

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 3 · 2001 · Heft 1

Ruhrgebiet

Inhalt

Markus Wissen	3	Wiedergelesen	53
Strukturpolitische Intervention und ungleiche Entwicklung. Zur Rolle des Staates im Strukturwandel		Einzelrezensionen	57
Stefan Goch	23	Zeitschriftenrevue	93
Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?			
Roland Günter	43		
Die Fotografie und ihr Nutzen für die Wissenschaft			

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck,
Jörg Becker (verantwortlich für diese
Ausgabe), Hans-Joachim Bürkner
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37136 Waake
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 13,00 DM (incl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
25,00 DM (incl. Versandkosten).
Die Geographische Revue erscheint

zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Dr. Jörg Becker, Institut für Geographie,
Universität Potsdam, Postfach 60 15 53,
14415 Potsdam
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
PD Dr. Wolfgang Aschauer, Bildungs-
wissenschaftliche Hochschule Flensburg
Universität, Institut für Geographie und
ihre Didaktik, Mürwiker Str. 77,
24943 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Markus Wissen ■

Strukturpolitische Intervention und ungleiche Entwicklung. Zur Rolle des Staates im Strukturwandel

1 Einleitung

Seit Ende der 80er Jahre hat die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Reihe neuer strukturpolitischer Interventionsformen entwickelt, mit der sie den Strukturwandel im Ruhrgebiet (und in anderen Teilen des Landes) zu beeinflussen versucht. Dazu gehören die regionalisierte Strukturpolitik, die 1999 zu Ende gegangene Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA), die sogenannte „Gründungsoffensive“ und die Versuche zur Stärkung regionaler Produktionsverbände („Cluster“) im Rahmen von „Brancheninitiativen“. Gegenüber der von Ende der 60er bis Mitte der 80er Jahre vorherrschenden strukturpolitischen Praxis stellen diese Ansätze eine Neuerung dar: Sie haben im Unterschied zum Entwicklungsprogramm Ruhr (1968), zum Nordrhein-Westfalen-Programm (1970) oder zum Aktionsprogramm Ruhr (1979) nicht den Charakter umfassender, von der Landesregierung entwickelter und implementierter Modernisierungsprogramme. Vielmehr beanspruchen sie, gezielte Anreize für Innovationsprozesse zu setzen, die dann dezentral und unter maßgeblicher Beteiligung von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ablaufen sollen.

Im Folgenden untersuche ich Entstehung, Implementation und Wirkung der neuen strukturpolitischen Interventionsformen und versuche aus dieser Analyse Erkenntnisse über die sich wandelnde Rolle des Staates im Strukturwandel zu ziehen. Ich gehe in vier Schritten vor: Im anschließenden zweiten Abschnitt stelle ich einige methodologische Überlegungen an. Ich untersuche die gängige Form der Konzeptualisierung von Staat im Strukturwandel und versuche, ihr gegenüber ein an die materialistische Staatstheorie und den Regulationsansatz angelehntes Vorgehen stark zu machen. Im dritten Abschnitt, dem ersten der beiden empirischen Abschnitte, analysiere ich die sozioökonomischen Entwicklungen, aus denen die strukturpolitischen Neuerungen der spätern 80er und der 90er Jahre hervor gingen. Der Schwerpunkt liegt hier auf dem Auseinanderbrechen des die Ruhrgebietsentwicklung lange Zeit tragenden montanindustriellen Blocks in der Krise der

Jahre 1987/88. Der vierte Abschnitt beginnt mit einem Überblick über die sozialen Akteure und politischen Programmatiken, die in das sich öffnende hegemoniale Vakuum vorstießen. Danach stelle ich einige zentrale strukturpolitische Neuerungen vor. Dabei verfolge ich nicht primär die Absicht, die Ergebnisse von Strukturpolitik an ihren Zielen zu messen. Vielmehr geht es mir darum, die Wirkungen aufzuzeigen, die Strukturpolitik trotz oder auch wegen ihrer Implementationsprobleme erzielt. Im fünften Abschnitt schließlich fasse ich die Ergebnisse der empirischen Analyse verdichtet zusammen und ziehe einige theoretische Schlussfolgerungen.

2 Methodologische Überlegungen

In der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur wird der Wandel in der strukturpolitischen Interventionspraxis oft als Entwicklung vom hierarchisch-intervenierenden zum „kooperativen Staat“ interpretiert. Letzterer zeichne sich dadurch aus, dass er mehrheits- und verhandlungsdemokratische Elemente in sich vereine, mithin mehr Raum für Prozesse „gesellschaftlicher Selbstregulierung“ lasse, die er moderierend bzw. korrigierend begleite (vgl. Kilper 1999). Seine Aufgabe sei es, „die Herstellung von Konsens und Akzeptanz zu organisieren, die innovativen Potentiale der unterschiedlichen Akteure zu mobilisieren und politische Schwerpunkte für die aktive Gestaltung der Zukunft zu formulieren“ (Voigt 1996, 129). Als Beispiele für diesen neuen Staatstypus werden im nordrhein-westfälischen Kontext vor allem die IBA und die regionalisierte Strukturpolitik angeführt. Mit diesen habe die Landesregierung begonnen, „der Bedeutung der Netzwerkorganisation und regionalen Konsensbildung bei Entwicklungsprozessen besondere Rechnung zu tragen“ (Heinze u.a. 1997, 256; vgl. Butzin 1995, Goch 1996). Das Konzept vom kooperativen Staat trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich bei Formulierung und Implementation politischer Entscheidungen um – institutionell strukturierte – Aushandlungsprozesse handelt, die zwar von intentional handelnden Akteuren gestaltet werden, die aber nicht auf ein zu rationalem Handeln befähigtes Subjekt „Staat“ reduziert werden können. Insofern stellt es einen Bruch mit einer – in den späten 60er und frühen 70er Jahren auch von einigen seiner Protagonisten vertretenen – Auffassung von Staat dar, die diesem die prinzipielle Fähigkeit zur vorausschauenden und aktiven Steuerung sozioökonomischer Prozesse zuschreibt.

Dieser Bruch wird jedoch überlagert von einer Kontinuität, die die Vorstellung vom gesellschaftlichem Steuerungszentrum auch im Konzept des verhandelnden Staates fortwirken lässt. Die meisten VertreterInnen des letzteren betonen die hohe Bedeutung, die dem hierarchischen Interventionspotenzial des Staates nach wie vor zukomme: Es wirke als „Rute im Fenster“ (Mayntz/Scharpf 1995, 29), die (etwa in Gestalt gesetzlicher Eingriffe) immer dann zum Einsatz komme, wenn die kooperativen Verfahren keine oder unerwünschte Ergebnisse hervorzubringen drohten. Verhandlungen fänden mithin im „Schatten der Hierarchie“ statt (ebd., 28).¹ Im Grunde wird der Staat hier analytisch

zweigeteilt. Der eine Teil ist jene Instanz, die unmittelbar in Verhandlungen mit gesellschaftlichen Akteuren involviert ist bzw. diese moderiert und dabei sowohl deren je spezifischen Potenziale aktiviert als auch konsensstiftend wirkt. Dieser Vorstellung liegt die Einsicht zugrunde, dass gesellschaftliche Interessen über die verschiedenen Staatsapparate bereits in der Phase der Politikformulierung staatlich repräsentiert sind und in der Phase der Politikimplementierung über erhebliche Sanktionsmacht verfügen. Der zweite Teil des Staates – und hier wirkt die Vorstellung vom Staat als hierarchischer Spitze der Gesellschaft nach – ist jener mit Rechtsetzungskompetenz ausgestattete Apparat, der die Bedingungen gesellschaftlicher Verhandlungssysteme gestaltet, deren Ergebnisse korrigiert oder auch einspringt, wenn sich Verhandlungsblockaden ergeben, der dabei aber von gesellschaftlichen Einflüssen prinzipiell unberührt bleibt. Es gibt also gewissermaßen den „Governance“- und den „Government-Staat“, wobei letzterer immer dann gefordert ist, wenn ersterer an seine Grenzen stößt. Dass auch der „Government-Staat“ ein umkämpftes Terrain ist, dass also jene – vorgeblich nach dem Muster hierarchischer Intervention zustande gekommenen – Entscheidungen, die die Bedingungen von Verhandlungsprozessen erst gestalten sollen, auch das Ergebnis eben solcher Prozesse sind, wird ausgeblendet. Die Untersuchung von Governance-Strukturen und -Prozessen beleuchtet zwar durchaus Akteurs- und Machtkonstellationen. Sie bleibt jedoch insofern auf halbem Weg stehen, als sie die staatliche Intervention in dieselben nicht in ihrem konfliktiven Entstehungsprozess problematisiert, sondern letztlich als der machtanalytischen Black Box der Hierarchie entsprungen begreift. Die dem planenden Staat der späten 60er und frühen 70er Jahre zugeschriebene Intentionalität, die mit dem Konzept vom kooperativen Staat überwunden zu sein schien, schleicht sich durch die Hintertür der hierarchischen, die Bedingungen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse strukturierenden bzw. deren Ergebnisse korrigierenden Intervention wieder ein.

Wird der Staat dagegen im Anschluss an Poulantzas (1978) als institutionelle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse begriffen, dann erscheint die implizit oder explizit unterstellte Intentionalität selbst als das Ergebnis institutionell kanalisierter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, als „Resultante aus unterschiedlichen Intentionalitäten“ (Sauer 1998, 31). Das vorgeblich intentionale Handeln eines Akteurs „Staat“ wird zum Ausdruck von institutionell vermittelten Kompromissen zwischen widersprüchlichen Interessen. Einerseits wird der Staat als Terrain verständlich, auf dem gesellschaftliche Partikularinteressen um ihre Verallgemeinerung kämpfen, und andererseits – in Gestalt seiner Apparate – als Akteur, dessen Handeln jedoch immer schon Ausdruck von gesellschaftlichen Kräftekonstellationen ist.² Der Staat trägt entscheidend zur Regulation gesellschaftlicher Widersprüche bei. Denn erst vermittelt über ihn verlieren diese ihre antagonistische Schärfe, werden also „prozessierbar“. Dieses Staatsverständnis verbinde ich mit solchen regulationstheoretischen Überlegungen, wie sie in jüngerer Zeit etwa von Mark Goodwin und Joe Painter angestellt wurden (Goodwin/Painter 1997, Painter/Goodwin 1995; vgl. dazu auch Wissen 2001). In Abgrenzung zur traditionellen

Regulationstheorie knüpfen Goodwin und Painter Regulation nicht so sehr an die Existenz einer *Regulationsweise*, also eines Sets von institutionellen Formen, die die Kohärenz eines Akkumulationsregimes herstellen und sich primär auf die nationale Ebene beziehen. Vielmehr machen sie *regulatorische Prozesse* zu ihrem Gegenstand, die – auf verschiedenen räumlichen Ebenen und durch räumlich divergierende institutionelle Formen hindurch – regulatorische Wirkung entfalten können, ohne notwendigerweise ein kohärentes Akkumulationsregime zu konstituieren.

Aus einer solchen theoretischen Perspektive ergeben sich andere Fragen an den empirischen Gegenstand, als sie von den VertreterInnen des Konzepts vom kooperativen Staat aufgeworfen werden. Gegenüber einer staatszentrierten Betrachtung sich wandelnder „Steuerungsformen“ rückt der umkämpfte Entstehungs- und Wandlungsprozess staatlichen Handelns in den Vordergrund. Zu untersuchen ist, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse dynamisieren und verschieben und inwieweit sich neue hegemoniale Konstellationen herausbilden. Des weiteren stellt sich die Frage nach den jeweiligen konkreten Formen staatlicher Intervention, in denen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verdichten. Hier kommt es auch darauf an, die Probleme zu untersuchen, die sich bei der Implementation staatlicher Maßnahmen ergeben. Schließlich geht es um die intendierten und nicht-intendierten Wirkungen staatlichen Handelns: Welche neuen institutionellen und räumlichen Konfigurationen bilden sich heraus, wie reproduzieren sie sich im Handeln der Akteure bzw. werden durch dieses modifiziert, und inwieweit verdichten sie sich zu neuen Entwicklungsmustern?

3 Das Ende der montanindustriellen Hegemonie

Den strukturpolitischen Neuerungen, besonders der regionalisierten Strukturpolitik und der IBA, waren in der zweiten Hälfte der 80er Jahre heftige soziale Auseinandersetzungen voraus gegangen. Binnen weniger Monate hatten die Vorstände von Thyssen und Krupp 1987 bekannt gegeben, ihre Produktionskapazitäten drastisch reduzieren zu wollen. Betroffen hiervon waren die Stahlwerke in Hattingen, Oberhausen und Duisburg-Rheinhausen, die ganz oder teilweise stillgelegt werden sollten. Die Konzernvorstände brachen damit nicht nur die Abmachungen, die sie noch kurz zuvor mit den jeweiligen Betriebsräten getroffen hatten, sondern sie betraten auch eine qualitativ neue Stufe in der Restrukturierung der Stahlindustrie: Es ging nicht länger nur um Modernisierung, Produktionseinschränkungen und den partiellen Abbau von Arbeitsplätzen. Um eine maximale Rentabilität zu erreichen, wurde vielmehr auf das Mittel der Stilllegung ganzer Betriebsstandorte zurückgegriffen. Für das Ruhrgebiet erschwerend kam hinzu, dass zeitgleich zur Stahlindustrie auch der Bergbau eine Krise erlebte. Nach Jahren einer weltpolitisch und -wirtschaftlich bedingten Konjunktur geriet die Ruhrkohle aufgrund sinkender Ölpreise und aufgrund des Dollarkursverfalls, der die Importkohle verbilligte, wieder unter verschärften Konkurrenzdruck. Die staatlichen Bergbau-Subventionen mussten beträchtlich

erhöht werden, um den Absatz der Ruhrkohle an die Stahlindustrie auch weiterhin zu gewährleisten.³

Vor allem die Stilllegungspläne der Stahlkonzerne riefen heftige Reaktionen hervor. Spontane Arbeitsniederlegungen weiteten sich zu einem monatelangen Arbeitskampf aus, der gewerkschaftlich nicht kanalisiert werden konnte. Zunächst in Hattingen und Oberhausen, später dann in Rheinhausen gingen Tausende von Menschen auf die Straße und solidarisierten sich mit den betroffenen Beschäftigten. Höhepunkte der Aktionen waren die Straßen- und Brückenblockaden durch Bergleute und Stahlarbeiter am 10. Dezember 1987 sowie die Menschenkette am 22. Februar 1988, die das Krupp-Hüttenwerk in Rheinhausen mit der Westfalenhütte des Hoesch-Konzerns in Dortmund verband.

Die Konflikte der Jahre 1987/88 hatten zwei eng miteinander zusammenhängende und die künftige Regionalentwicklung betreffende Konsequenzen: Zum einen stürzten sie die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie in eine politisch-konzeptionelle Krise, zum anderen erschütterten sie die montanindustrielle Hegemonie im Ruhrgebiet. Nach dem weitgehenden Scheitern der Diversifizierungsbemühungen im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ruhr von 1968 und des Nordrhein-Westfalen-Programms von 1970 hatte die sozialdemokratisch geführte Landesregierung seit Mitte der 70er Jahre versucht, das Ruhrgebiet als Energiezentrum der Republik zu stärken. Davon zeugten die Technologieprogramme Bergbau und Energie (beide ab 1974) sowie das Aktionsprogramm Ruhr von 1979, in deren Rahmen unter anderem atomare und nicht-atomare Projekte zur Kohleveredelung mit hohen Subventionen unterstützt wurden.⁴ Auch die Stahlindustrie gehörte zu den bevorzugten Empfängerinnen von Landesmitteln. Mit dem 1979 aufgelegten Technologieprogramm Stahl und ebenfalls mit dem Aktionsprogramm Ruhr wurde hier die Entwicklung von Produkten und Verfahren gefördert, die die Produktion effizienter gestalten und dem Werkstoff Stahl neue Märkte erschließen sollten. Die Zukunft des Ruhrgebiets wurde also gewissermaßen als modernisierte Variante seiner altindustriellen Vergangenheit konzipiert. Die „Monostruktur Kohle und Stahl“, so Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer (FDP) 1979, „ist nicht nur heute, sondern auch morgen nicht abzuschaffen, und wir müssen sie akzeptieren ... Das Ruhrgebiet wird immer das energie-wirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik bleiben, davon bin ich überzeugt. Einfach weil hier die heimische Steinkohle liegt. Dabei wird es künftig darauf ankommen, die Steinkohle in ihrer ganzen Vielseitigkeit als Rohstoff sinnvoll zu nutzen“ (Landesregierung NRW 1979, 14).

Die Modernisierung des montanindustriellen Komplexes konnte sich zunächst auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen: Sowohl die Stahlindustrie als auch der Bergbau und die Energiewirtschaft waren Schlüsselbranchen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Erstere befand sich seit Mitte der 70er Jahre in einer überakkumulationsbedingten Verwertungskrise, die staatliches – die internationale Konkurrenzposition stützendes – „Eingreifen“ erforderlich zu machen schien. Bergbau und Energiewirtschaft hatten durch die Dollarschwankungen seit Mitte der 70er Jahre sowie durch die

Ölpreiskrisen der Jahre 1973/74 und 1979/80 Auftrieb erhalten. Die Steinkohle aus dem Ruhrgebiet erschien wieder als ein zukunftsfruchtiger – weil von weltwirtschaftlichen und -politischen Turbulenzen unberührt – Energieträger. Die Weiterentwicklung der Bergbau- und Kohleveredelungs-Techniken versprach folglich einen Wettbewerbsvorteil in einem wichtigen Marktsegment, der auch auf andere Bereiche ausstrahlen würde.

In den 80er Jahren fing die montanindustrielle Hegemonie jedoch zu bröckeln an. Interessenvertreter von mittelständischen nicht-montanindustriellen Kapitalgruppen begannen, die finanzielle Bevorzugung von Bergbau, Stahlindustrie und Energiewirtschaft in Frage zu stellen. Vertreter der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern etwa, die sich noch bei der Ruhrkonferenz von Castrop-Rauxel 1979 dafür eingesetzt hatten, „durch politische Entscheidungen den Energieschwerpunkt Ruhrgebiet wiederherzustellen“ (Landesregierung NRW 1979, 39), bemängelten nun, dass „die Politik viel zu häufig dem Strukturwandel entgegengewirkt“ habe, anstatt ihn zu fördern (Pieper 1985, 152). Und auch innerhalb der SPD wurde der bisherige Kurs zunehmend in Frage gestellt. 1983, also gerade einmal vier Jahre nachdem sein Vorgänger dem Ruhrgebiet eine von Kohle und Stahl geprägte Zukunft prophezeit hatte, erklärte der seit 1980 amtierende Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen: „Eine Politik für das Ruhrgebiet heißt, in erster Linie Abschied von gestern, Ausbruch aus der festgefügt Welt, die Kohle und Stahl geformt haben, die auch Kohle- und jetzt Ölchemie und Werkstattaufgaben der verarbeitenden Industrie mitprägen.“ (Jochimsen 1983, 19) Ein erster programmatischer Ausdruck der veränderten Interessenstruktur war die Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien, in deren Rahmen ab 1985 die High-Tech-Förderung intensiviert wurde.

Das Ende der montanindustriellen Hegemonie kam dann in der Krise 1987/88. Die weltwirtschaftlichen und -politischen Entwicklungen der vorangegangenen Jahre hatten gezeigt, dass die Steinkohle aus dem Ruhrgebiet nicht der Energieträger der Zukunft sein würde, für den er angesichts der Ölpreiskrisen und der Dollarkapriolen lange Zeit gehalten worden war. Und die Restrukturierung der Stahlindustrie mochte zwar deren internationale Konkurrenzposition stärken, stellte aber gleichzeitig eine akute Gefahr für die soziale Stabilität im Ruhrgebiet dar. Sie wies mithin von Beginn an einen grundlegenden Widerspruch auf, der in der Krise 1987/88 schließlich seine Sprengkraft entfaltete: den zwischen weltmarktfähiger Akkumulation und sozialer Stabilität. Das über fast anderthalb Jahrzehnte hinweg verfolgte Projekt, dem Ruhrgebiet über die Modernisierung der Monstrukturen eine ökonomische Zukunft zu verschaffen, war gescheitert. Weder innerparteilich noch bei den relevanten gesellschaftlichen Machtgruppen waren hierfür länger Mehrheiten zu mobilisieren.

4 Strukturpolitik im post-montanindustriellen Ruhrgebiet

4.1 Akteure und Interessen

Das hegemoniale und politisch-konzeptionelle Vakuum, das nach dem Auseinanderbrechen des montanindustriellen Blocks entstanden war, wurde nun von widersprüchlichen Interessen zu füllen versucht. Etwas schematisch lassen sich drei Strömungen unterscheiden: *Zum einen* wurden solche Stimmen lauter, die die durch „konservative Sozialdemokraten, konservative Gewerkschaften und patriarchale Unternehmer“ (Grabher 1993, 750) geprägten Verhältnisse im Ruhrgebiet in Frage stellten und offensiv für neoliberale Reformen eintraten. Gefordert wurde etwa, die „nrw-typische Reglementierungswut“ zu bremsen, durch einen Subventionsabbau die Bedingungen für einen „unverfälschten Wettbewerb“ wiederherzustellen oder „ein Konzept für einen umfassenden Aufgabenabbau des Staates zu entwickeln, um soviel Leistungen wie möglich staatlicher Monopolverwaltung zu entziehen und unter Wettbewerbsdruck zu bringen“.⁵ Im Zuge der Rezession 1992/93 sowie vor dem Hintergrund des nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Vollendung des westeuropäischen Binnenmarktes verschärften Konkurrenzdrucks gewann diese Position weiter an Gewicht – sowohl gesellschaftlich, als auch innerhalb der Sozialdemokratie und des Staatsapparates, wo sie spätestens mit der Ernennung Wolfgang Clements zum Wirtschaftsminister 1995 einen Fürsprecher an zentraler Stelle fand.

Den neoliberalen Kräften standen – *zum anderen* – jene Teile der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie gegenüber, die eine Politik behutsamer, bestandsorientierter Modernisierung verfochten. Ihre institutionelle „Bastion“ war das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSVW). Dieses war 1980 vor dem Hintergrund der Konflikte um die Stadtentwicklungspolitik der 70er Jahre geschaffen worden: Gegen den im Entwicklungsprogramm Ruhr und im Nordrhein-Westfalen-Programm vorgesehenen Abriss von Arbeitersiedlungen und die geplante Umsiedlung der BewohnerInnen in neu zu schaffende bzw. auszubauende „Siedlungsschwerpunkte“ hatten sich etwa 50 miteinander vernetzte Bürgerinitiativen zur Wehr gesetzt, die von kritischen WissenschaftlerInnen, ArchitektInnen, Studierenden und PlanerInnen beraten wurden. Die Aktionen reichten bis hin zu Hausbesetzungen und Hungerstreiks. Bei einem Kongress in Gelsenkirchen forderten die Initiativen 1976 die Einrichtung eines für Stadtentwicklung und Wohnungsbau zuständigen Ministeriums. Bis dahin war das FDP-geführte Innenministerium unter Burkhard Hirsch für diese Bereiche zuständig gewesen. Dabei blieb es zunächst noch weitere vier Jahre. Als dann die SPD bei den Landtagswahlen 1980 die absolute Mehrheit gewann und fortan ohne die FDP regieren konnte, wurde für die Stadtentwicklung ein eigenes Ministerium geschaffen. Minister wurde Christoph Zöpel, Leiter der für Städtebau und Denkmalpflege zuständigen Abteilung der spätere IBA-Geschäftsführer Karl Ganser (vgl. Günter 1997, 252 ff., 271 ff.). Das MSVW und die es tragenden gesellschaftlichen Kräfte nahmen die Krise Ende der 80er Jahre zum Anlass, um die Strategie bestandsorientierter Modernisierung nun mit größerem Nachdruck fortzusetzen.

Ähnliche strukturpolitische Überlegungen kamen in den 90er Jahren vom Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, das zum Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen gehört, sowie von gewerkschaftlicher Seite (vgl. Kilper u. a. 1996, Ruhr-Memorandum 1997). *Zum dritten* schließlich spielten auch die Unternehmen des montanindustriellen Komplexes weiterhin eine zentrale Rolle. Ihr Interesse am Ruhrgebiet als Produktionsstandort ließ zwar nach, jedoch waren sie darauf bedacht, ihren riesigen Grundstücks- und Immobilienbesitz in der Region Gewinn bringend zu verwerten.⁶

4.2 Strukturpolitische Konzepte

Diese widersprüchliche Konstellation – auf der einen Seite die montanindustriellen „Resteverwerter“, auf der anderen Seite eine „Modernisierungskoalition“, die die spezifischen regionalen Kompetenzen weiterzuentwickeln und für neue ökonomische Aktivitäten fruchtbar zu machen versuchte, und schließlich eine „neoliberale Koalition“, die vorgab, einen Bruch mit der altindustriellen Vergangenheit vollziehen zu wollen – schlug sich in den späten 80er und frühen 90er Jahren in mehreren strukturpolitischen Neuerungen nieder. Als eine erste Reaktion auf die Krise schuf die Landesregierung 1987 die „Zukunftsinitiative Montanregionen“ (ZIM). Bei dieser handelte es sich nicht um eine inhaltliche, sondern um eine Verfahrensinnovation: Die Landesregierung rief die Akteure in den Montanregionen zur Erstellung „spezifischer, auf die besonderen Probleme und Chancen der jeweiligen Region ausgerichteter örtlicher oder regionaler ‘Aktionsprogramme’“ auf (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1987, 6). Sie erhoffte sich davon eine Art Ideenwettbewerb zwischen den Regionen, mit dem Ergebnis jeweils „unverwechselbarer Standortprofile“ (MWMT 1992, Anlage 5). Die Aktionsprogramme sollten „unter Einbeziehung und Nutzung der Eigeninitiative und des Sachverstandes der örtlichen und regionalen Träger der Wirtschaft einschließlich der Stahlunternehmen selber entwickelt und ausgeführt werden“ (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1987, 6). ZIM wurde 1989 als Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN) auch auf die übrigen Landesteile übertragen und ging 1990 in die (zumindest in einigen Regionen) bis heute andauernde Phase der Regionalkonferenzen und regionalen Entwicklungskonzepte über.

Eine nur wenig später als ZIM eingeleitete Maßnahme war die IBA Emscher Park. 1989 begonnen und auf zehn Jahre angelegt, war es deren Ziel, die Imagenachteile des Ruhrgebiets zu korrigieren und die Region als Standort für hochwertige Produktion und Dienstleistungen sowie als Tourismusregion zu profilieren. Dazu sollte gezielt an die altindustriellen Hinterlassenschaften angeknüpft werden; diese sollten bewahrt, ggf. modernisiert und neuen Nutzungen zugeführt werden. Die IBA verzichtete dabei bewusst auf eine regionale Gesamtplanung in Gestalt eines Entwicklungsprogramms: Ein solches – das hatten die Erfahrungen mit verschiedenen strukturpolitischen Vorläufern der IBA gezeigt – wäre auf verfestigte Machtstrukturen und andere Schwierigkeiten gestoßen, die

seiner Umsetzung entgegengestanden hätten. Stattdessen setzte sie auf städtebauliche, architektonische, infrastrukturelle, beschäftigungspolitische, ökologische und kulturelle *Projekte* mit Ausstrahlungskraft, auf eine „Propaganda des guten Beispiels“ (Häußermann/Siebel 1994, 60).

Vergleichbar mit den wirtschaftspolitischen Implikationen der IBA war die in den 90er Jahren forcierte Stärkung und Weiterentwicklung regionaler „Produktionscluster“: Innovationen wurden nicht mehr wie noch im Rahmen der Technologiepolitik der 80er Jahre primär als Funktion des neuesten technischen Standards betrachtet. Als entscheidender galt die Einbindung eines Unternehmens in ein Umfeld, das geprägt ist durch qualifizierte Beschäftigte, eine bedarfsorientierte wissenschaftliche Infrastruktur, eine anspruchsvolle Nachfrage, die frühzeitig Markttrends und Innovationsmöglichkeiten signalisiert, innovative Zulieferer sowie eine ausgewogene Mischung aus Konkurrenz und Kooperation im Verhältnis zu anderen Unternehmen. Als Produktionscluster werden räumliche Agglomerationen derartiger Verflechtungsbeziehungen bezeichnet. Sie zu fördern und damit die Position kleiner und mittlerer Unternehmen in den von transnationalen Konzernen dominierten Wertschöpfungsketten zu festigen bzw. zu stärken, war Ziel der vom Wirtschaftsministerium aufgelegten „Brancheninitiativen“. Eine weitere Neuerung, die auf die veränderten Kräfteverhältnisse zurückzuführen ist, war die forcierte Förderung von „Existenzgründungen“. Sie schlug sich programmatisch in der 1995 aufgelegten „Gründungsoffensive“ nieder, die neben Verbesserungen in der Finanzierungs- und Beratungsinfrastruktur für Unternehmensgründer und vor allem auch -gründerinnen eine breit angelegte, ein „Bündnis für Selbständigkeit“ und ein „positives Image für unternehmerisches Handeln“ (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1996, 24 f.) propagierende Kampagne beinhaltete.

Eine zentrale Rolle als Finanzierungs- und Legitimationsressource der strukturalpolitischen Neuerungen spielte der europäische Regionalfonds. In den 70er Jahren als Maßnahme zur Refinanzierung der nationalen Regionalpolitiken geschaffen, hatte er sich im Zuge mehrerer Reformen bis Ende der 80er Jahre zu einem eigenständigen Politikinstrument in den Händen der Europäischen Kommission entwickelt. Fortan setzte die europäische Regionalpolitik ihrerseits die nationalen und regionalen Strukturpolitiken unter Modernisierungsdruck, wie sie umgekehrt innovative Ansätze derselben in ihre Programmatik integrierte. Ihr Hauptanliegen ist die Förderung innovativer „endogener Potentiale“ in den Problemregionen. Bei diesen handelt es sich vor allem um flexible kleine und mittlere Unternehmen (KMU), denen ebenso mittelbare wie unmittelbare Unterstützung zuteil wird: unmittelbar in Gestalt von Beratung und finanziellen Zuschüssen bei technologischen Innovationen oder bei der Professionalisierung der Betriebsführung, mittelbar durch die Förderung von bedarfsgerechten Qualifizierungsmaßnahmen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Unternehmensberatung, Forschungseinrichtungen, Transferstellen), durch Anreize zur Unternehmenskooperation und durch die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur. Statt also dem „klassischen“ Konzept zu

folgen und durch Investitionsanreize in den rückständigen Gebieten die räumliche Verteilung ökonomischer Aktivitäten zu beeinflussen, fördert die europäische Regionalpolitik die modernisierungsfähigen *Segmente* in den Problemregionen (vgl. Tömmel 1994).

4.3 Umsetzungsprobleme und nicht-intendierte Folgen

Die Resultate, die die strukturpolitischen Neuerungen bislang erbracht haben, sind gemessen an den Ansprüchen eher ernüchternd. Was die regionalisierte Strukturpolitik betrifft, so hat die intraregionale Kooperation – überlagert von der interkommunalen Konkurrenz – nicht die von der Landesregierung erhofften „unverwechselbaren Standortprofile“ hervorgebracht. Stattdessen ähneln sich die regionalen Entwicklungskonzepte im Bestreben, die Ansiedlung neuer Unternehmen zu fördern. Im Vordergrund stehen Projekte wie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder die Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen. Die erhoffte Mobilisierung endogener, regionalspezifischer Entwicklungspotenziale tritt hinter das Bemühen um exogene Impulse zurück (vgl. Wissen 2000, 140 ff.). Demgegenüber hat die IBA eine Vielzahl von hochwertigen Projekten verwirklicht und Entwicklungen (etwa im Tourismusbereich) angestoßen, die über die Grenzen des Ruhrgebiets hinaus viel Beachtung gefunden haben. Gleichwohl hat sie der in ihrem ersten Memorandum konstatierten Gefahr, dass sich in der Emscherzone „vorrangig Produktionsstätten mit geringerer Fertigungstiefe, unterentwickelter Produktionskraft und unattraktiven Arbeitsplätzen ansiedeln würden“ (MSWV 1988, 34), nicht entgegenwirken können: Mindestens ebenso prägend wie die IBA-Projekte und die von diesen angestrebte kleinteilige, die polyzentrale Struktur des Ruhrgebiets betonende regionale Erneuerung sind die in den 90er Jahren entstandenen Großprojekte in den Bereichen Konsum, Unterhaltung sowie Mobilisierung von Industrie- und Gewerbeflächen. Zu diesen gehören unter anderem: der ehemals vom Time-Warner-Konzern betriebene Film- und Freizeitpark in Bottrop; das „CentrO“ in Oberhausen, das auf dem Gelände eines 1987 stillgelegten Thyssen-Stahlwerks entstand; der interkommunale Gewerbe-„Park“ Dorsten/Marl, der auf einer ehemals für ein Kraftwerk vorgesehenen Fläche der Ruhrkohle-Tochter STEAG ausgewiesen wurde; sowie weitere zum Teil noch im Planungsstadium befindliche großflächige Projekte in der Emscher-Lippe-Region.⁷

Was die Brancheninitiativen angeht, so handelt es sich bei diesen um eine langfristige Modernisierungsstrategie, über deren Erfolg noch nicht abschließend geurteilt werden kann. Ansätze zur Entwicklung neuer post-montanindustrieller Produktionscluster sind durchaus vorhanden (vgl. Kilper u. a. 1996, Ruhr-Memorandum 1997). Jedoch bewegen diese sich in einem ständigen Spannungsfeld zwischen regionalen Netzwerken und einer globalisierten Ökonomie. Eine im Auftrag der nordrhein-westfälischen Ministerien für Wirtschaft und Arbeit erstellte Studie wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, inwieweit Netzwerke dazu tendieren, „regionale Bezugspunkte zu verlassen und nur noch im überregionalen, ja sogar internationalen Rahmen (zu) existieren“ (InWIS u.a. 1997, 78).

Für eine konkrete Antwort ist es noch zu früh. Jedoch ist eine solche Entwicklung durchaus denkbar: Durch die gezielten Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Brancheninitiativen könnte das Ziel, die Position der betreffenden Unternehmen in den Wertschöpfungsketten der Großkonzerne zu stärken, durchaus erreicht werden, während aber gleichzeitig die erhoffte Bildung regionaler Cluster nicht zustandekäme oder zumindest kein sich selbst tragendes Wachstum induzierte, sondern der Dynamik globaler Netzwerke unterläge. Regionale Zusammenhänge würden dadurch zugunsten globaler Netze geschwächt, sozialräumliche Disparitäten verschärft. „If localities are on the march, it is, if anything ... to the tune of globalizing forces in the organisation of production – a process in which local territorial integrity is far from guaranteed.” (Amin/Thrift 1992, 574)⁸ Bezogen auf die Gründungsoffensive lässt sich sagen, dass das landesweit verbesserte Finanzierungs- und Beratungsangebot für UnternehmensgründerInnen zwar durchaus nachgefragt wird (vgl. Institut für Mittelstandsforschung 1998, Gründungsoffensive 1999). Auch stieg der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen nach der Rezession von 1993 bis zum Ende der 90er Jahre wieder an. Jedoch gelang es nicht, den hohen Saldo aus den frühen 90er Jahren, der Zeit vor der Gründungsoffensive also, wieder zu erreichen. Des Weiteren lässt sich nicht quantifizieren, welchen Anteil die Gründungsoffensive am Ansteigen des Saldos hat. Deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Unternehmensgründungen in NRW ist, so lässt sich festhalten, also eher ungewiss oder zumindest unspektakulär.

Die Bedeutung der strukturpolitischen Neuerungen nach dem Ende montanindustrieller Hegemonie lässt sich allerdings erst dann vollständig erfassen, wenn jenseits der Umsetzungsprobleme die intendierten und nicht-intendierten Wirkungen in den Blick genommen werden. Hier sticht *erstens* vor allem der Beitrag zur *symbolischen und materiellen Bearbeitung der Krise* 1987/88 sowie darauf folgender Krisensituationen hervor, den die strukturpolitischen Neuerungen leisteten. So konnte die Landesregierung mit der Einführung der regionalisierten Strukturpolitik zunächst in Gestalt von ZIM in der akuten Krisensituation 1987/88 Handlungsfähigkeit und Gestaltungswillen demonstrieren, ohne substanziell wirklich etwas Neues zu schaffen. Des Weiteren errichtete sie mit dem neuen Verfahren einen institutionellen Rahmen, um relevante Akteure strukturpolitisch stärker einzubinden, und dies auf regionaler Ebene, also segmentiert und damit weniger artikulationsfähig. Unter hohem Handlungsdruck stehend schuf sie die Voraussetzung für eine regionale Kleinarbeitung der Folgeprobleme ökonomischer Restrukturierung. Insofern ist dem früheren Wirtschaftsminister Einert durchaus Recht zu geben, wenn er schreibt: „Wir haben tatsächlich stabile Netzwerke geschaffen [...] und diese Netzwerke können die Vorwarn- und Reaktionszeit in den Regionen erheblich verkürzen. Das hört sich zunächst sehr abstrakt an. Aber wer zum Beispiel miterleben konnte, wie schnell 1993 in den erneut krisengeschüttelten Stahlregionen Wirtschaftskonferenzen organisiert werden konnten, die zu ganz konkreten Absprachen geführt haben, der hat heute den ganz konkreten Erfolg, auch der Regionalisierung, vor Augen. Regionalisierte Strukturpolitik kann uns zwar auch

zukünftig nicht vor Rezession und Krisen bewahren, aber sie wird uns helfen, schneller zu reagieren und schneller wieder aus ihnen herauszukommen.“ (MWMT 1995, 6; vgl. ausführlich Wissen 2000) Auch die IBA kann als eine Form der symbolischen Problembearbeitung interpretiert werden, indem sie dazu beiträgt, den industriellen Niedergang durch neue Identifikationsangebote zu kompensieren. Mittels Landschaftsarchitektur und geschickt in Szene gesetzter Industriedenkmäler werden neue Bilder produziert. Einzelne, oft eher marginale Aspekte des Strukturwandels werden ästhetisch aufgeladen und als Symbole einer „Region im Aufbruch“ vermarktet. „Regionaldesign“ blendet über die sozialräumliche Polarisierung hinweg (vgl. Müller/Hermann 1999, Voß 1999). Dazu passt die mit der Gründungsinitiative propagierte Selbsthilfe als Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Ein neuer und offensiv geführter Selbstständigkeitsdiskurs vermittelt das Leitbild vom „unternehmerischen Menschen“, der durch Eigeninitiative jene Misere bewältigt, die der Rückzug der Großindustrie herauf beschworen hat.

Zweitens verschränken sich die konzeptionell unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Strategien von Regionalentwicklung zu einem Entwicklungsmuster, das auf der *differenzierten Inwertsetzung regionaler Potenziale* beruht. Innovative ökonomische Aktivitäten und relative Prosperität wechseln sich ab mit niedriger Wertschöpfung, schlechten Arbeitsbedingungen und zunehmender Verarmung. Anspruchsvolle Industriekultur findet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu kommerzieller Kulturindustrie. Ökologische Nischen und „Industrienatur“ koexistieren mit Industrie-„Parks“ auf der grünen Wiese, einem erweiterten Straßennetz und Müllverbrennungsanlagen. Kurz: Gegensätze werden profiliert und als Vorteile in der Standortkonkurrenz zu nutzen versucht, als Möglichkeit, in unterschiedlichen preis- und qualitätskompetitiven Marktsegmenten gleichzeitig konkurrieren zu können. „Am Ende“, so Wolfgang Clement, „wird eine Region stehen, deren Teilräume eigenständige Entwicklungspfade entlang ihrer komparativen Stärken eingeschlagen haben.“ (MWMTV 1995a, 20) Dieses Entwicklungsmuster scheint sich gerade aufgrund seiner Uneinheitlichkeit bzw. Widersprüchlichkeit durchzusetzen – wird so doch die Einbindung einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren ermöglicht: von „modernen“ und „innovativen“ Kapitalgruppen ebenso wie von solchen, die primär an niedrigen Produktionskosten, einem dichten Autobahnnetz oder der profitablen Verwertung ihres Grundbesitzes interessiert sind; von kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderern, die an raschen Ansiedlungserfolgen interessiert sind, ebenso wie von den VerfechterInnen einer behutsamen, flächenschonenden und an den vorhandenen Potenzialen anknüpfenden Modernisierungsstrategie; von gewerkschaftlichen Akteuren, die unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit stehend, zu weitreichenden tariflichen Zugeständnissen bereit sind, ebenso wie von anderen gewerkschaftlichen Akteuren, die sich neue Arbeitsplätze von der Stärkung regionaler Kooperationsbeziehungen erhoffen; schließlich von Arbeitersiedlungsinitiativen, denen die behutsame Erneuerungspolitik der IBA entgegen kommt, ebenso wie von den neuen Dienstleistungseliten oder Teilen der Alternativkultur bzw. des grün-alternativen Spektrums, die von den im IBA-Rahmen

realisierten Kulturprojekten oder der unter anderem von der IBA voran getriebenen baulichen Ermöglichung unterschiedlicher Wohn- und Lebensformen profitieren.

Drittens beinhaltet das sich heraus bildende Entwicklungsmuster jedoch auch eine Reihe von *Widersprüchen*: So kommt es zwischen den unterschiedlichen Strategien im Einzelfall durchaus zu Konflikten, die sich im Falle ihrer Häufung politisch zuspitzen könnten. Dies gilt vor allem für die großflächigen Entertainment-, Konsum- und Industrieansiedlungsprojekte, die – unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger Stützen des montanindustriellen Blocks (traditionelle Sozialdemokratie, Bergbau- und Energieversorgungsunternehmen) – einen Bruch mit der montanindustriellen Vergangenheit zu leisten vorgeben, dabei aber faktisch deren negative Auswüchse in neuem Gewand reproduzieren und folglich auch neues Konfliktpotenzial erzeugen. Des weiteren treiben die Profilierungsbemühungen, die eine bessere Positionierung in der interregionalen Standortkonkurrenz ermöglichen sollen, eben diese auf ein immer höheres Niveau. Der Modus intraregionaler Widerspruchsbearbeitung verschärft mithin das interregionale Konfliktpotenzial. Und schließlich bleibt die Aneignung der Region mittels ihrer „ästhetische(n) Überaufladung“ (Müller/Hermann 1999, 8) so lange prekär, wie sich die realen Lebensbedingungen größer werdender „Randgruppen“ immer weiter von den produzierten Bildern entfernen.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieses Aufsatzes war eine Kritik der gängigen Konzeptualisierung von Staat im Strukturwandel des Ruhrgebiets. Diese begreift die Entwicklung staatlicher Intervention als einen Lernprozess, in dessen Zuge das strukturpolitische Instrumentarium ständig verfeinert wird, bis es schließlich – zugespitzt formuliert – unter den Bedingungen des „kooperativen“, die Kompetenzen gesellschaftlicher Akteure dezentral aktivierenden Staates seine höchste Form erreicht. Ausgehend von einem materialistischen Staatsverständnis und neueren regulationstheoretischen Arbeiten habe ich versucht, einen anderen Blick auf die Entwicklung strukturpolitischer Intervention im Ruhrgebiet zu werfen. Ich habe letztere weniger als das intentionale Handeln eines Akteurs Staat betrachtet, sondern sie vor dem Hintergrund der Dynamik gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu verstehen versucht. Dabei ging es mir vor allem darum, zu zeigen, wie die intendierten und nicht-intendierten Folgen staatlicher Intervention einerseits zur Regulation von gesellschaftlichen Widersprüchen beitragen, andererseits diese Widersprüche aber auch akzentuieren können. Die Ergebnisse der empirischen Analyse sollen im Folgenden verdichtet dargestellt und interpretiert werden.

Ein wesentlicher Aspekt der veränderten Formen staatlicher Intervention in den Strukturwandel ist die krisenvermittelte Herausbildung neuer räumlicher und institutioneller Konfigurationen. Verschiedene räumliche Ebenen treten über institutionelle Veränderungen, wie die Einrichtung von Regionalkonferenzen und Branchenforen oder die Schaffung neuer intermediärer Akteure wie die IBA, in ein neues Verhältnis zueinander.

Nicht dass sich dabei Regionen unterhalb der Landesebene als neue „Akteure“ konstituieren würden, jedoch entstehen auf regionaler Ebene neue institutionelle Terrains, die – in der Interaktion vor allem mit der Landes- und verstärkt auch mit der europäischen Ebene, auf der eine Vielzahl von Anreizen und Restriktionen geschaffen werden – zwei zentrale Merkmale aufweisen: Erstens sind sie sowohl Voraussetzung als auch Medium für die Herausbildung eines neuen Entwicklungsmusters, das sich als differenzierte Inwertsetzung regionaler Potenziale bezeichnen lässt. Die für dieses charakteristische Zunahme inter- und intraregionaler Disparitäten, die in herkömmlichen staatstheoretischen Konzepten als Mängel oder sogar als Versagen politischer Steuerung interpretiert werden, wird im Rahmen des hier vorgeschlagenen Analyserahmens als konstitutiver und durchaus funktionaler – weil wettbewerbsfördernder und die Angebotsbedingungen differenzierender – Bestandteil einer post-fordistischen Konstellation verständlich. Ungleiche Entwicklung ist nicht länger ein Prozess, dem durch großangelegte, auf zentraler Ebene entwickelte und die räumliche Gleichverteilung ökonomischer Aktivitäten anstrebende strukturpolitische Programme entgegen zu wirken wäre, wie dies noch in den späten 60er und frühen 70er Jahre versucht wurde. Staatliche Intervention zielt heute vielmehr darauf, Differenzen zu markieren und Räume unterschiedlich in Wert zu setzen. Sie wirkt folglich verstärkend auf den Prozess ungleicher Entwicklung ein.

Gleichzeitig trägt sie aber zumindest bislang auch zur Regulation der ungleichen Entwicklung bei, nämlich indem sie die Terrains definiert, auf denen sich die Widersprüche artikulieren. Dies ist das zweite zentrale Merkmal der neuen räumlich-institutionellen Konfiguration. Die Widersprüche, die durch die Prozesse weltmarktorientierter ökonomischer Restrukturierung akzentuiert werden, artikulieren sich nicht primär als soziale, sondern als regionale. Sie werden in Form von interregionalen Standortkonkurrenzen ausgetragen, die *intraregional* der Bildung von klassenübergreifenden „Schicksalsgemeinschaften“ Vorschub leisten. Joachim Hirsch hat in seiner Untersuchung über den „nationalen Wettbewerbsstaat“ auf die konstitutive Rolle des Nationalstaats bei der Regulation der strukturellen Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung hingewiesen. Dass letztere gelinge, beruhe wesentlich darauf, „daß die im globalen Verwertungs- und Akkumulationszusammenhang sich gegenüberstehenden Klassen durch die Existenz konkurrierender Einzelstaaten *in sich selbst politisch gespalten* werden. Das kapitalistische Klassenverhältnis wird durch das Staatensystem in der Weise modifiziert, daß die immer auch in wechselseitiger Konkurrenz stehenden Klassenangehörigen – die Lohnabhängigen ebenso wie die Unternehmen – auf staatlicher Ebene zusammengebunden und damit zugleich in Gegensatz zu den entsprechenden Klassen außerhalb des staatlichen Territoriums gebracht werden. Dadurch vor allem entsteht auf einzelstaatlicher Ebene die Möglichkeit zur Bildung *klassenübergreifender Koalitionen* zwecks Sicherung gemeinsamer Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt.“ (Hirsch 1995, 32; Hervorheb. i. O.) Ohne dass diese Aussage an Richtigkeit verloren hätte, so muss sie angesichts der zunehmenden Disparitäten *innerhalb* der Nationalstaaten doch um eine regionale

Dimension erweitert werden. Denn die sich auf der regionalen Ebene herausbildenden Standortbündnisse und Modernisierungskoalitionen tragen wesentlich dazu bei, die Widersprüche des post-fordistischen Kapitalismus zu domestizieren und die Folgeprobleme weltmarktorientierter Modernisierung klein zu arbeiten. Sie selbst werden ihrerseits freilich erst dann verständlich, wenn ihre Interaktionen mit anderen räumlichen Ebenen bzw. die von letzteren ausgehenden Anreize und Restriktionen berücksichtigt werden.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass mit den veränderten Formen staatlicher Intervention in den Strukturwandel neue räumlich-institutionelle Konfigurationen entstehen, die die ungleiche Entwicklung vorantreiben *und* gleichzeitig zu deren Regulation beitragen. Daraus ergeben sich zwei theoretische Schlussfolgerungen. Die erste bezieht sich auf das Konzept des kooperativen Staates. Mit diesem hat sich der politikwissenschaftliche Mainstream, wie gesehen, zwar auf die materialistische Staatstheorie zubewegt. Jedoch ist er dabei auf halber Strecke stehen geblieben. Der Bruch, der mit der traditionellen Vorstellung vom hierarchisch intervenierenden Souverän vollzogen wird, wird überlagert von einer Kontinuität, in der die Vorstellung vom neutralen Akteur Staat fortwirkt. Der Staat, so Heinze, Strünck und Voelzkow (1997, 332), sei nicht einfach ein Akteur unter anderen, sondern trage „eine besondere Verantwortung für die Transformation partikularer Orientierungen in kollektive Leitbilder.“. Eine solche Subjektivierung des Staates öffnet zwar die Tür in den Raum politischer Empfehlungen. Sie wird jedoch der Rolle des Staates im Prozess der ungleichen Entwicklung, die ich in diesem Aufsatz heraus zu arbeiten versucht habe, nicht gerecht. Denn diese kann im Rahmen des Konzepts vom kooperativen Staat letztlich nur als Steuerungsversagen begriffen werden, das mit Hilfe wissenschaftlichen Beistands voluntaristisch korrigiert werden kann, nicht aber als wesentlicher Bestandteil post-fordistischer Staatlichkeit. Es bedürfte also einer konsequenten Weiterentwicklung des Konzepts dahin gehend, dass die implizite analytische Zweiteilung des Staates in einen verhandelnden und einen hierarchisch-intervenierenden Staat überwunden und auch letzterer nicht länger als ein neutraler Akteur, sondern ebenfalls als ein umkämpftes Terrain begriffen wird.

Die zweite Schlussfolgerung bezieht sich auf die Regulationstheorie. Deren begriffliches Instrumentarium legt es nahe, von einer stabilen Entwicklungsweise nur dann zu sprechen, wenn – auf der Basis eines bestimmten industriellen Paradigmas – ein Entsprechungsverhältnis zwischen dem vorherrschenden gesellschaftlichen Produktions- und Konsummuster, mit anderen Worten: ein kohärentes Akkumulationsregime, vorliegt. Dieses Entsprechungsverhältnis konstituiert sich vorwiegend auf nationaler Ebene über unterschiedliche kodifizierte und nicht-kodifizierte institutionelle Formen, die zusammen eine Regulationsweise bilden.⁹ Mag mit dieser Begrifflichkeit die fordistische Phase des Kapitalismus erfasst werden können, so tun sich in Bezug auf die post-fordistische Phase Probleme auf. Angesichts der Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche post-fordistischer Entwicklung scheint eine ähnlich kohärente Konstellation wie die fordistische nicht in Sicht zu sein. Viele Rezipienten der Regulationstheorie betrachten daher die gegenwärtige

Phase noch als solche der Krise und der Transformation. Jedoch deuten die Ergebnisse meiner Untersuchung, die im Wesentlichen mit denen anderer Studien übereinstimmen (vgl. Brenner 2000, Candeias 2000, Jones 1998, Tömmel 1994), darauf hin, dass es durchaus gerechtfertigt ist, wenn auch nicht von einer entwickelten Regulationsweise, so doch von bestimmten regulatorischen Prozessen zu sprechen. Diese vollziehen sich u. a. über neue räumlich-institutionelle Konfigurationen, die offensichtlich in der Lage sind, bestimmte Widersprüche post-fordistischer Entwicklung prozessierbar zu machen. Auch wenn damit noch nichts über die langfristige Stabilität letzterer gesagt ist, legen diese Befunde es doch nahe, nicht länger darauf zu warten, bis die Realität sich dem regulationstheoretischen Instrumentarium fügt, sondern dieses selbst grundlegend zu überarbeiten bzw. zu überdenken. Die Herausforderung liegt darin, Regulation weniger mit „Stabilität, Kohärenz, Funktionalität und Struktur“ als mit „Prozess, Ungleichheit, Tendenz und Praxis“ (Goodwin/Painter 1997, 23) zu konnotieren.

Anmerkungen

- 1 In der Systemtheorie von Willke wird der gleiche Sachverhalt mit dem Begriff der „dezentralen Kontextsteuerung“ beschrieben (Willke 1987, Teubner/Willke 1984).
- 2 Von diesen hängt es zum großen Teil ab, ob ein Problem politisch überhaupt thematisiert und, wenn ja, wie darüber entschieden wird. Jedoch bilden sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und ihr Wandel nicht unmittelbar auf der Ebene des Staates ab. Denn: „Der Staat hat eine eigene Dichte und Widerstandskraft und reduziert sich nicht auf ein Kräfteverhältnis. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Klassen hat sicherlich immer Auswirkungen innerhalb des Staates, sie überträgt sich jedoch nicht direkt und unmittelbar. Sie paßt sich der Materialität der verschiedenen Apparate an und kristallisiert sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form.“ (Poulantzas 1978, 121)
- 3 Allein der Landeszuschuß kletterte von 617,5 Millionen (1986) auf gut 1 Milliarde Mark (1987). 1989 erreichte er mit 1,2 Milliarden seinen Höchststand, um dann bis 1995 wieder auf 715 Millionen zu sinken (Finanzministerium Nordrhein-Westfalen).
- 4 Im nicht-atomaren Bereich wurde unter anderem die von der Ruhrkohle AG und VEBA betriebene „Kohleöl-Großversuchsanlage“ in Bottrop gefördert, mit der die Technik der Kohleverflüssigung weiterentwickelt werden sollte. Ein atomares Großprojekt war der Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, dessen Prozesswärme für die Kohlevergasung genutzt werden sollte.
- 5 Die Zitate sind dem Bericht der von der Landesregierung anlässlich der Konflikte im Ruhrgebiet eingesetzten „Kommission Montanregionen“ entnommen (Kommission Montanregionen 1989, 12 ff.). Vgl. auch IHK NRW 1985.
- 6 Ein ebenfalls nach wie vor politisch bedeutsamer Faktor sind die Bergleute und ihre Gewerkschaft. Wie die Proteste im Frühjahr 1997 zeigten, verfügen sie noch immer über

eine große Mobilisierungsfähigkeit. Dazu kommen enge Beziehungen zu den politischen Entscheidungsträgern. So erklärt sich, dass der Bergbau – bei abnehmender Tendenz – bis heute der größte Subventionsempfänger der gewerblichen Wirtschaft NRWs blieb. Gleichwohl handelt es sich bei den Kämpfen der Bergleute letztlich um Rückzugsgefechte, deren Einfluss auf die Regionalentwicklung langfristig eher gering sein dürfte.

- 7 Unter anderem soll eine zu den Kommunen Datteln und Waltrop gehörige Fläche der VEW, auf der ebenfalls ursprünglich ein Kraftwerk angesiedelt werden sollte, nach der erst jüngst gescheiterten Ansiedlung von BMW für andere industrielle und gewerbliche Zwecke genutzt werden.
- 8 Vgl. Döhl/Sauer (1995, 113), die in ihrer Untersuchung des Verhältnisses zwischen neuen Unternehmensstrategien und regionaler Entwicklung zu folgender Schlußfolgerung kommen: „Die ökonomische Bedeutung der Region resultiert immer weniger aus den eigenständigen, historisch gewachsenen Potentialen, sondern leitet sich aus ihrem Stellenwert in den Strategien von Unternehmen und Unternehmensnetzwerken ab, für die die Potentiale nur in ihrer aktuellen Verwertbarkeit von Interesse sind.“
- 9 Das begriffliche Instrumentarium der Regulationstheorie ist anhand von Untersuchungen der fordistischen Phase des Kapitalismus gebildet worden. Als charakteristisches Merkmal derselben gilt die Massenproduktion standardisierter Konsumgüter, die durch den „Produktivitäts-Nominallohn-Nexus“ (Hübner 1989) und durch den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme auf eine kaufkräftige Nachfrage traf. Die entscheidende institutionelle Form und damit das entscheidende Element fordistischer Regulation, das die Kohärenz des Akkumulationsregimes gewährleistete, war folglich das Lohnverhältnis.

Literatur

- Amin, Ash, Nigel Thrift 1992: Neo-Marshallian Nodes in Global Networks. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 4. S. 571-587.
- Brenner, Neil 2000: Building „Euro-Regions“. *Locational Politics and the Political Geography of Neoliberalism in Post-Unification Germany*. In: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 7. S. 319-345.
- Butzin, Bernhard 1995: Neue Strategien der Regionalentwicklung – Perspektiven für das Ruhrgebiet? In: *Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Wege, Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet*. Essen. S. 145-187.
- Candeias, Mario 2000: Restrukturierung der räumlichen Organisation des Staates. In: *Das Argument* 236. S. 355-373.
- Döhl, Volker, Dieter Sauer 1995: Neue Unternehmensstrategien und regionale Entwicklung. In: *Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung*. Berlin. S. 103-157.

- Finanzministerium Nordrhein-Westfalen: Subventionsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (verschiedene Jahrgänge). Düsseldorf.
- Goch, Stefan 1996: Politik zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet – Ein Überblick. In: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996. Essen. S. 380-426.
- Goodwin, Mark, Joe Painter 1997: Concrete Research, Urban Regimes, and Regulation Theory. In: Mickey Lauria (ed.): Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy. Thousand Oaks, London, New Delhi. S. 13-29.
- Grabher, Gernot 1993: Wachstums-Koalitionen und Verhinderungs-Allianzen. Entwicklungsimpulse und -blockierungen durch regionale Netzwerke. In: Informationen zur Raumentwicklung 11. S. 749-758.
- Gründungsoffensive 1999: Bilanz der Gründungs-Offensive NRW „GO!“ 1996-1998. o. O.
- Günter, Roland 1997: Im Tal der Könige. Ein Reisebuch zu Emscher, Rhein und Ruhr. Essen.
- Häußermann, Hartmut, Walter Siebel 1994: Wie organisiert man Innovation in nicht-innovativen Milieus? In: Rolf Kreibich, Arno S. Schmid, Walter Siebel, Thomas Sieverts, Peter Zlonicky (Hg.): Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen. Essen. S. 52-64.
- Heinze, Rolf G. u.a. 1997: Innovative Standortpolitik auf Länderebene – das Beispiel Nordrhein-Westfalen. In: Udo Bullmann, Rolf G. Heinze (Hg.): Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen. S. 251-268.
- Heinze, Rolf G., Christoph Strünck, Helmut Voelzkow 1997: Die Schwelle zur globalen Welt. Silhouetten einer regionalen Modernisierungspolitik. In: Udo Bullmann, Rolf G. Heinze (Hg.): Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen. 317-347.
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam.
- Hübner, Kurt 1989: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin.
- IHK NRW (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen) 1985: Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Institut für Mittelstandsforschung 1998: Wissenschaftliche Begleitforschung 1997 zur Gründungsoffensive Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Bonn.
- InWIS (Institut für Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung)/MR Regionalberatung und Projektentwicklung (Dr. Michael Ridder)/NEI (Netherlands Economic Institute) 1997: Zwischenevaluierung des operationellen NRW-EU-Ziel-2-Programms 1994-1996. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für

- Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr sowie des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Endbericht. Bochum, Delmenhorst, Rotterdam.
- Jochimsen, Reimut 1983: Politik für das Ruhrgebiet – Kontinuität, Perspektive, Prioritäten. In: Strukturanalyse Ruhrgebiet. Bilanz – Kritik – Perspektiven. Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und des Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrums der Hochschulen des Ruhrgebiets am 23./24. März 1983 in Gelsenkirchen. o. O. S. 11-19.
- Jones, Martin 1998: Restructuring the local state: economic governance or social regulation? In: Political Geography, Vol. 17. S. 959-988.
- Kilper, Heiderose 1999: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion. Opladen.
- Kilper, Heiderose u. a. 1996: Wegweiser in die Zukunft. Perspektiven und Konzepte für den Strukturwandel im Ruhrgebiet. Essen.
- Kommision Montanregionen 1989: Bericht der Kommission Montanregionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1979: Die Landesregierung informiert. Politik für das Ruhrgebiet. Dokumentation der Ruhrkonferenz am 8./9. Mai 1979 in Castrop-Rauxel. Düsseldorf.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1987: Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen informiert. Unsere Politik für die Zukunft der Montanregionen. Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1987. Düsseldorf.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1996: Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen. Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs. Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode. Düsseldorf.
- Mayntz, Renate, Fritz W. Scharpf 1995: Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren. In: dies. (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a.M., New York. S. 9-38.
- MSWV (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) 1988: Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industrieregionen. Memorandum zu Inhalt und Organisation. Düsseldorf.
- Müller, Sebastian, Rita A. Hermann 1999: Vorwort. In: dies. (Hg.): Inszenierter Fortschritt. Die Emscherregion und ihre Bauausstellung. Bielefeld. S. 7-8.
- MWMT (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen) 1992: Regionalisierung. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens. Düsseldorf.
- MWMT (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen) 1995: Strukturwandel in NRW: Fortschritt durch Kooperation

- und Kreativität. Kongreß am 18. November 1994 im Seidenweberhaus Krefeld. Düsseldorf.
- MWMTV (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) 1995a: Statement des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, zum Thema „Die neue Landesregierung Nordrhein-Westfalen – ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft“ (Vortrag bei „Pro Ruhrgebiet e.V.“) am 28. September 1995 in Essen, Landtag Nordrhein-Westfalen. 12. Wahlperiode, Vorlage 12/139. Düsseldorf.
- Painter, Joe, Mark Goodwin 1995: Local governance and concrete research: investigating the uneven development of regulation. In: *Economy and Society*, Vol. 24. S. 334-356.
- Pieper, Theodor 1985: Regionale Strukturpolitik in altindustrialisierten Gebieten. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4. S. 151-156.
- Poulantzas, Nicos 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg.
- Ruhr-Memorandum 1997. *Zu Lage und Perspektiven der Ruhrwirtschaft*. Herausgegeben von der Arbeitnehmerfraktion in der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Bochum, Essen.
- Sauer, Birgit 1998: Entstaatlichung des Staates im Zeitalter der Globalisierung? Unzeitgemäßes Plädoyer für ein anti-patriarchales Staatskonzept. In: *femina politica* 1. S. 26-34.
- Teubner, Gunther, Helmut Willke 1984: Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 1. S. 4-35.
- Tömmel, Ingeborg 1994: Staatliche Regulierung und europäische Integration. Die Regionalpolitik der EG und ihre Implementation in Italien. Baden-Baden.
- Voigt, Rüdiger 1996: *Des Staates neue Kleider. Entwicklungslinien moderner Staatlichkeit*. Baden-Baden.
- Voß, Arnold 1999: Städtebau als Regionaldesign. Zum Verhältnis von baulich-räumlicher Gestaltung und regionalem Strukturwandel bei der IBA Emscher-Park. In: Sebastian Müller, Rita A. Hermann (Hg.): *Inszenierter Fortschritt. Die Emscherregion und ihre Bauausstellung*. Bielefeld. S. 50-60.
- Willke, Helmut 1987: Entzauberung des Staates. Grundlinien einer systemtheoretischen Argumentation. in: Thomas Ellwein, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf (Hg.) 1987: *Jahrbuch Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Band 1. Baden-Baden. S. 285-308.
- Wissen, Markus 2000: Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen. Münster.
- Wissen, Markus 2001: Global Cities, urbane Regime und Regulation. Zur Debatte über städtische Transformationsprozesse. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*. (i. E.)

Stefan Goch ■

Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?

„Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Deutschland“ hieß der Slogan einer Imagekampagne für das Ruhrgebiet, während man auf der anderen Seite seit 40 Jahren immer wieder von neuen Krisen in diesem Ballungsraum hört. Gegenwärtig heißt es: „Der Pott kocht“. Starkes Stück, High Tech, gelungener Strukturwandel, brodelnde Stadtlandschaft oder schwarze Fahnen an der Ruhr, autobahnblockierende Stahlarbeiter, protestierende Bergarbeiter, vergammelnde Industriekulissen – was ist los in dieser Gegend?

Das Bild, das der unbefangene Betrachter vom Ruhrgebiet gewinnen kann, ist widersprüchlich: Trotz der schwarzen Fahnen an der Ruhr der 1960er Jahre und sich mit jeder größeren Betriebsschließung wiederholenden Protestaktionen vollzieht sich „tief im Westen“, „wo die Sonne verstaubt“ (Herbert Grönemeyer, Bochum), relativ friedlich ein einschneidender Strukturwandel. Im ehemaligen „Wilden Westen“ ist eine der dichtesten Hochschullandschaften entstanden, wo früher nur wenige Gymnasien zu finden waren. An die Stelle von Zechen und Stahlwerken sind die verspiegelten Fassaden von High-Tech-Betrieben und Dienstleistern getreten. Da besteht eine außerordentlich breite Kulturszene mit Dutzenden von Theatern, Museen und anderen Kultureinrichtungen. Und in dieser Gegend, wo trotz Zechenschließungen angeblich immer noch Briketts tieffliegen, leben die Einheimischen sogar sehr gerne, weil sie es dort „viel besser, als man glaubt“ (Herbert Grönemeyer, Bochum) finden. Inzwischen gibt es sogar schon eine Reihe von Reise Führern über den Ballungsraum, der doch, wie viele Menschen außerhalb der Region immer noch annehmen, außer Ruß, Maloche und niedergehenden Montanstrukturen wenig zu bieten hat.

Konstruktion einer Region

Regionen als räumliche Einheiten werden praktisch durch Ähnlichkeiten im Raum bzw. räumliche Homogenitäten konstruiert, wobei zwischen verschiedenen Wissenschaften unterschiedliche Auswahlverfahren von Strukturmerkmalen die konkreten Konstruktionen von Regionen bestimmen. Gemeinhin werden dabei administrative oder rechtliche Merkmale (Grenzen), (sozio)ökonomische Strukturen und/oder historische oder kulturelle

Eigenarten berücksichtigt. Vergleichbar erfolgt die Konstruktion von Regionen durch eine Berücksichtigung funktionaler Zusammenhänge zwischen Teilräumen bzw. räumlichen Einheiten. Region kann also als „eine gewachsene historische Einheit“ betrachtet werden, in der ethnische, kulturelle, historische, politische und lebensgeschichtliche Gemeinsamkeiten vorhanden und wirksam sind. Das Selbstverständnis von Menschen, zu einem spezifischen Raum hinzuzugehören, bestimmt dabei auch die regionale Differenzierung des Gesamttraumes mit (Brunn 1996, 11). Wenn es darum geht, „das Besondere“ und „das Charakteristische“ des Ruhrgebiets auszumachen, muß das Ruhrgebiet als so beschriebene Region in den Blick genommen werden.

Da das Ruhrgebiet weder eine historische noch eine naturgeographische Einheit ist (Blotevogel 1999), ist dann die beste Antwort auf die Frage, wo denn genau das Ruhrgebiet liegt: Ruhrgebiet ist dort, wo man sich als Ruhrgebietler fühlt (Petzina 1993). Angesichts einer Vielzahl sich widersprechender theoretischer Zugänge zu dieser Aussage und auch deren unklarer Operationalisierung sollen im folgenden drei Aspekte der Regionsbildung untersucht werden:

- die Prozesse administrativer Regionsbildung, denen im allgemeinen eine eminente Bedeutung für regionale Bezüge zugeschrieben wird,
- die Herausbildung einer eigenständigen Regionalkultur als Voraussetzung für das Begreifen individuellen Schicksals als eines kollektiv-regionalen, und
- die Wirksamkeit wichtiger Promotoren eines Ruhrgebietsbewußtseins, aber auch die Bedeutung konkurrierender Angebote raumbezogener Zuordnungen.

Zentrales Element all dieser Aspekte einer Zugehörigkeit zu einer Region „Ruhrgebiet“ ist der Bezug auf dessen schwerindustrielle Prägung bzw. Vergangenheit, im engeren Sinne dessen langfristige Prägung durch den Bergbau. Obwohl der montanindustrielle Komplex weitgehend verschwunden ist und schon 1989 nur mehr 5,1 % aller Erwerbstätigen des Ruhrgebiets im Bergbau arbeiteten, „existiert der Mythos des Bergmanns in der gesamten Region von Duisburg bis Hamm“ (Petzina 1993, 45). Trotz aller intraregionalen Differenzierungen ist Aufstieg und Niedergang der Montanindustrie wesentlicher strukturbestimmender Faktor der Region, auch wenn diese Prozesse lokal unterschiedlich oder zeitversetzt stattfanden. Aber nicht nur ein Selbstbewußtsein als Ruhrgebietler, sondern auch die Charakterisierung als altindustrielle Region und die Zuschreibung einer regionalen (politischen) Kultur von außen läßt das Ruhrgebiet zur erkennbaren Region werden (Blotevogel 1993, 47).

Kommunalverband Ruhrgebiet

Da nun eine Region exakter beschrieben werden muß, um überhaupt persönliche Bezüge dazu formulieren zu können, umschreibt man das Ruhrgebiet üblicherweise mit den administrativen Grenzen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), des Nachfolgers des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR), der seit 1920 regionale Politik im Ruhrgebiet mitgestaltet und begleitet hat.

In der Kommunalverwaltung wurde schon vor dem Ersten Weltkrieg angesichts erheblicher Folgeprobleme der ungeplanten Industrieansiedlung und Städtebildung im Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß der Gedanke einer ruhrgebietsweiten, übergemeindlichen und notwendigerweise auch provinzübergreifenden Planung entwickelt. Vor allem schien die Ausweisung von Industrie-, Siedlungs- und Grün- und Erholungsflächen, also eine funktionsräumliche Gliederung der Städte wie der Gesamtregion, eine Erhaltung von Freiflächen und eine übergemeindliche Verkehrsplanung geboten. 1910 entstand auf eine Initiative des Regierungspräsidenten in Düsseldorf anläßlich einer Städtebauausstellung eine Grünflächenkommission, die schon die Merkmale eines gemeinschaftlich planenden Kommunalverbandes aufwies.

Nach dem Ersten Weltkrieg war dann aber der eigentliche Anlaß für die Gründung des „Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk“ (SVR) durch Gesetz vom 5. Mai 1920 unter Leitung Robert Schmidts die angesichts der Reparationsforderungen und den sich daraus ergebenden Kohlelieferungen gesehene Notwendigkeit der Anwerbung von Bergleuten und ihrer Familien im Ruhrgebiet. Die Ansiedlung von vermutlich 150.000 Bergarbeitern bzw. 600.000 Menschen machte nach damaliger Auffassung die Bildung des Siedlungsverbandes, der diesen Gründungsursachen seinen Namen verdankt, notwendig, während die eigentlichen Initiatoren der Bildung eines überkommunalen Zweckverbandes (neben Robert Schmidt der Essener Oberbürgermeister Hans Luther) weitergehende raumplanerische Ziele verfolgten und mit dem Begriff der Siedlung überkommunale und regionale Flächenplanung verbanden (Hoffacker 1989, Benedict 2000, 28 ff.).

Im Bereich der Selbstverwaltungsangelegenheiten erhielt der Siedlungsverband Aufgaben der gemeindlichen Fluchtlinien- und Bebauungsplanung, der Festsetzung der regionalen Verkehrs- und der Grünflächenplanung und im Bereich der staatlichen Auftragsverwaltung Aufgaben bei der Aufstellung von Bau- und Wohnungsordnungen und der Siedlungstätigkeit. Somit gewann der SVR besondere über- und zwischengemeindliche Bedeutung und konnte zur Vereinheitlichung der Region beitragen. Dabei war der SVR einerseits ein Zusammenschluß der Gebietskörperschaften des Ruhrgebiets (nach sachlich-funktionalen Kriterien über Regierungsbezirksgrenzen hinweg) und damit ein Kommunalverband, andererseits eine regionale Planungsbehörde für den Raum Ruhrgebiet und als solche der preußischen Landesregierung im Rahmen der Raumplanung zur Aufsicht unterstellt.

Die Doppelstruktur als Selbstverwaltungseinrichtung und staatliche Institution fand ihren Niederschlag in der doppelten Führungsstruktur mit Verbandsdirektor und Verbandspräsident. In der Verbandsversammlung saßen indirekt gewählte Vertreter der Gebietskörperschaften mit den von den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft bzw. vom preußischen Innenminister benannten Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Region bzw. deren Verbänden zusammen, d. h. auch die funktionale Selbstverwaltung wurde in den SVR integriert, womit eine frühe korporatistische Einrichtung für die Region entstand. In diesem Gremium konnten demnach unter den verschiedenen Akteuren

Konzepte der Regionalentwicklung abgestimmt werden, zugleich aber auch die im Ruhrgebiet dominante Montanindustrie direkt politischen Einfluß auf Planungsentscheidungen ausüben. Der SVR trug damit wesentlich dazu bei, daß die Region nunmehr als Einheit bzw. als spezifisch montanindustriell geprägte Gegend wahrgenommen wurde (Blotevogel 1993, 50; Benedict 2000, 31 f.; kritischer Rommelspacher 1982, 16 f.).

Die ursprüngliche Aufgabe des SVR fiel schon 1923 weg, als der weitere Ausbau der Steinkohlenförderung und die Ansiedlung zusätzlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet obsolet geworden war. Der SVR orientierte sich stärker auf seine bei der Gründung ja auch intendierte raumordnende Funktion und trug zur Vernetzung der Ruhrgebietsstädte und zur Fortentwicklung der Infrastruktur bei. Bei seiner raumordnenden Tätigkeit schuf der SVR im Rahmen der noch unverbindlichen Regionalplanung mit Hilfe sogenannter Wirtschaftspläne, die späteren Flächennutzungsplänen vergleichbar waren, auch erste Grundlagen einer funktionalen Aufteilung der Region. Besonders widmete sich der SVR dabei der Erhaltung von Frei- und Grünflächen, den „Verbandsgrünflächen“. Mit seinen letztlich doch nur begrenzten Kompetenzen und seinen neuartigen Aufgaben bzw. neuartigen regionalplanerischen Vorstellungen konnte der SVR am Beginn seiner Tätigkeit viele seiner Ziele nur realisieren, wenn er gegenüber den verschiedenen Akteuren der Region Überzeugungsarbeit leistete, neue diskursive Steuerungsformen entwickelte und informelle Verfahren anwandte (Rommelspacher 1982, 18-21; Benedict 2000, 35-51). Er trieb damit die Vernetzung im Ruhrgebiet voran, entwickelte bereits „weiche“ Steuerungsinstrumente und schuf Anregungen zur Kooperation der Akteure.

Im „Dritten Reich“ blieb der SVR, der Kontrolle durch die kommunale Selbstverwaltung entzogen und nach dem Führerprinzip entdemokratisiert sowie dem Anweisungsrecht der Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen untergeordnet, erhalten. Überlegungen zur Neuordnung des rheinisch-westfälischen Raumes blieben im Dickicht von Bürokratie und Rivalitäten regionaler NS-Einrichtungen stecken. Er wurde längerfristig sogar eher einflußreicher, da er im Rahmen des Ausbaus der staatlichen Raumordnungspolitik die Funktion einer Landesplanungsgemeinschaft (unter Einbeziehung der kommunalen und funktionalen „Selbstverwaltung“) erhielt (Hoffacker 1989, 12-14; Benedict 2000, 53-58).

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus trug der SVR wesentlich zur Wiederherstellung der montanindustriellen Strukturen und der Unterordnung der Region unter die Interessen der Großindustrie bei. Neben Planung und Finanzierung von Wohnraum wurde die Regionalplanung ganz an den Standorten der montanindustriellen Großbetriebe orientiert und sogar die Ansiedlung neuer Betriebe im Ruhrgebiet abgelehnt, um die gewachsenen montanindustriellen Strukturen nicht zu gefährden. Lediglich im Bereich der Frauenarbeitsplätze sollten Ansiedlungen und damit eine Diversifizierung der Ruhrwirtschaft erfolgen. Man rechnete mit einem dauerhaften Bedarf von etwa 350.000 Bergleuten und einer bergbauverbundenen Bevölkerung des Ruhrgebiets von 1,5 Mio. Menschen (Rommelspacher 1982, 21 ff.; Petz 1995, 39 f.).

Mit der Gebietsreform und dem entsprechend novellierten nordrhein-westfälischen Landesplanungsgesetz von 1975 verlor nach der Diskussion seit den 1960er Jahren der SVR ab 1. Januar 1976 die Planungshoheit an die neuen Bezirksplanungsräte, die als Träger der Landesplanung bei den politisch gestärkten Regierungspräsidenten geschaffen wurden. Bis zur Mitte der 1970er Jahre war der SVR eine wichtige Einrichtung zur Diskussion raumplanerischer Alternativen gewesen. Produkte der breiten Diskussionsprozesse, an denen auch Akteure außerhalb der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt wurden, waren beispielsweise der Regionalplanungsatlas (1960), der Referentenentwurf eines „Entwicklungsprogramms für das Ruhrgebiet“ (1961), der Gebietsentwicklungsplan (1966) und der Gebietsentwicklungsplan „Regionale Infrastruktur“ (1974). Die Kompetenzreduzierung des Siedlungsverbandes erfolgte gegen den Rat unterschiedlicher Akteure, auch gerade aus der Wissenschaft. Unter dem Eindruck des Strukturwandels forderten zahlreiche Wissenschaftler eine einheitliche Institution zur Koordinierung der Planungen für die Umstrukturierung und Modernisierung des Ruhrgebiets. Ein wichtiger Grund für die Kompetenzbescheidung des SVR lag in dessen verwaltungsorganisatorischer Isolierung. Gleichzeitig fürchteten Vertreter kommunaler und regionaler Institutionen eine Zentralisierung von Kompetenzen beim regionalen Verband. Auf Landesebene lehnte man eine mögliche Dominanz des Ballungsraums Ruhrgebiet ab. Mit Hilfe der von den Kommunen im jeweiligen Regierungsbezirk nach den Wahlergebnissen mit Gemeindevertretern besetzten Bezirksplanungsräte sollte das Selbstverwaltungsrecht der kommunalen Einheiten in der Regional- und Landesplanung zum Zuge kommen, während die Entscheidung über die Landesplanung verfassungsgemäß als staatliche Aufgabe beim Land blieb und Aufsichts- und Vollzugsfunktionen durch die Behörden des Regierungsbezirks (Bezirksplanungsbehörde) wahrgenommen wurden. Durch die Schaffung der Bezirksplanungsräte sollten also Landesplanung und selbstverwaltete regionale und lokale Planung durch prozedurale Beteiligung an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen miteinander verkoppelt bleiben. Die Anbindung an die Regierungsbezirke förderte aber das Verständnis der Regionalplanung als staatliche Angelegenheit und bei den Gemeindevertretern in den Bezirksplanungsräten das Selbstverständnis, vor allem die Berücksichtigung der Interessen der eigenen Gemeinde durchzusetzen. Diese Orientierung an den gebietskörperschaftlichen Interessen verhinderte, wie schon die Aufteilung des Ruhrgebiets zwischen drei Regierungsbezirken, das Entstehen eines einheitlichen Administrativraums als Grundlage eines entsprechenden regionalen Bewußtseins und förderte das Sonderbewußtsein von Teilräumen. Die Vermittlung zwischen der staatlichen Raumordnung und Landesplanung und der kommunalen Ebene blieb also problematisch.

Hauptaufgaben des ab 1. Oktober 1979 nach dem „Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet“ vom 18. September 1979 geschaffenen neuen Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) sind die regionale Koordinierung der Abfallbeseitigung, die Schaffung und Unterhaltung von Freizeitanlagen und Erholungsflächen, das Vermessungswesen, die Landschaftspflege sowie planerische Dienstleistungen und Öffentlichkeitsarbeit für die

Region. Selbstverwaltungsorgane des KVR sind die Verbandsversammlung, der von dieser gewählte Verbandsausschuß und der gewählte Verbandsdirektor. Die Vertreter der funktionalen Selbstverwaltung haben im Kommunalverband ihren direkten Einfluß auf die Ruhrgebietsinstanz verloren. Als Kommunalverband mußte der KVR fortan seine Aufgaben überwiegend als Dienstleister für die Kommunen und Berater und Förderer der Zusammenarbeit zwischen den Ruhrgebietskommunen sehen (Benedict 2000). Mit der Zersplitterung der Planung, die den Grenzen der das Ruhrgebiet zerteilenden Regierungsbezirke folgt, ist eine regionale Planung für das Ruhrgebiet als Region mit relativ einheitlichen Problemlagen bis zur Gegenwart erheblich erschwert.

Die Regierungsbezirke haben historische Grenzen und folgen nicht räumlich-funktionalen Kriterien. So werden innerhalb der Regierungsbezirke Planungen für recht unterschiedlich geprägte Räume vorgenommen und andererseits zusammengehörige Räume durch Bezirksgrenzen geteilt. Eine einheitliche Planung für das ganze Ruhrgebiet wird so verhindert und der innerregionalen Konkurrenz der Boden bereitet. Entsprechend flammte in der Diskussion um Fragen der Verwaltungsorganisation bis zur Gegenwart immer wieder die Forderung nach Schaffung einer für das Ruhrgebiet einheitlichen Mittelinstanz auf. In der jüngsten Zeit wird die Diskussion unter dem Begriff Ruhrstadt geführt, womit allerdings auch wiederum vor allem die Frage diskutiert wird, welche Kompetenzen auf welcher Ebene, bei welcher Instanz angesiedelt werden sollen.

Mangels der Konstituierung einer staatlichen Verwaltungseinheit „Ruhrgebiet“ wird unter diesem Begriff heute das Verbandsgebiet des KVR verstanden; dieses umfaßt (seit 1979) die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Hier leben in 53 selbständigen Gemeinden mit einer Gesamtgröße von 4.433 Quadratkilometern heute etwa 5,3 Mio. Menschen.

Gegenüber den allgemeinen Vorstellungen vom „Revier“ weisen innerhalb der so beschriebenen Region Hagen und der südliche Ennepe-Ruhr-Kreis, die oft zum bergisch-märkischen Wirtschaftsraum gezählt werden, eine etwas andere Struktur auf, die Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie dieses Teilraums waren und sind aber eng mit der Ruhr-Industrie verbunden. Andererseits sind im Zuge von Standortverlagerungen zur „Rheinschiene“ die Verbindungen des Ruhrgebiets zum nicht zum KVR gehörigen rheinischen Raum enger geworden. Auch der (historische) Begriff „rheinisch-westfälisches Industriegebiet“, manchmal auch „Rhein-Ruhrgebiet“, spiegelt die Verbindung zum Rheinland wieder, reflektiert, daß das Ruhrgebiet selbst wiederum ein Teilraum eines größeren Ballungsraumes ist. Auch fallen der ehemalige Zechenstandort Ahlen und die Gebiete einer möglichen weiteren Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus nicht in den so beschriebenen Raum Ruhrgebiet. Weiterhin weisen die eher ländlichen Gemeinden des Kreises Wesel und auch die nicht durch Montanindustrie und den Entwicklungsprozeß des engeren Ruhrgebiets geprägte Stadt Wesel andere Strukturen auf als sie im übrigen Ruhrgebiet anzutreffen sind.

Region ohne Organisation

Außer dem früheren Siedlungsverband und gegenwärtigen Kommunalverband existiert für das Ruhrgebiet keine administrative Einheit, die den ganzen Raum erfaßt: Mit der preußischen Neuordnung nach der napoleonischen Zeit und der Eingliederung Rheinland-Westfalens in den preußischen Staat entstanden in der Region des späteren Ruhrgebiets die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster, die bis zur Gegenwart „von außen“ jeweils Teile des Ruhrgebiets verwalten. Zudem verlief die historisch ja nicht völlig willkürliche Grenze zwischen der preußischen Rheinprovinz und der ebenfalls preußischen Provinz Westfalen mitten durch das Ruhrgebiet bis schließlich der preußische Staat aufgelöst wurde. Die ehemaligen Provinzialgrenzen spielen bis zur Gegenwart bei den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe noch eine Rolle. Trotz aller Neuordnungen bis zur Gegenwart stimmen viele Verwaltungs- oder Institutionengrenzen weiter und auch erneut nicht überein. Beispielsweise haben Arbeitsamtsbezirke und Kreise jeweils andere Grenzen. Jenseits der unterschiedlichen Zugehörigkeiten zu Regierungsbezirken stimmen nicht einmal die Arbeitsmarktregionen (der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, an denen sich die Regionalpolitik des Bundes und des Landes sowie auch der EG/EU orientiert) mit den Arbeitsamtsbezirken überein. Wiederum andere Raumgliederungen werden als Analyseregionen des Bundesraumordnungsprogramms, als Raumordnungsregionen des Bundesraumordnungsberichts oder als Analyseregionen der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung benutzt. Diese Regionen sind dann weitgehend kompatibel mit den Regionen der Landesplanung. In jüngerer Zeit kommen weitere Raumaufteilungen im Zusammenhang der regionalisierten Strukturpolitik für das Ruhrgebiet hinzu.

Im Kontext der europäischen Politik stellt sich die Wahrnehmung und Einteilung von Regionen wiederum anders dar, ist hier aber auch nicht einheitlich. Der Europarat hatte bereits 1970 eine Region als „größte Gebietseinheit in jedem Land, d. h. unmittelbar unter der Zentralregierung, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit“ definiert. 1975 wurde auf einer Fachkonferenz des Europarates und seiner Europäischen Kommunalkonferenz Region als eine mit umfassender Zuständigkeit und gewählter Vertretungskörperschaft ausgestattete gebietskörperschaftliche Ebene bezeichnet. Diese Umschreibung des Regionsbegriffs definierte trotz weiterer Konkretisierungsversuche immer noch sehr unterschiedliche räumliche Gebilde als Regionen. Das Europäische Parlament beschrieb in der am 18. November 1988 verabschiedeten Gemeinschaftscharta der Regionalisierung eine Region als ein Gebiet, das geographisch eine Einheit bildet, ein geschlossenes Gefüge darstellt und dessen Bevölkerung durch Gemeinsamkeiten wie Sprache, Kultur, geschichtliche Tradition, Wirtschaftsinteressen usw. geprägt ist. Da solche abstrakten Definitionen von Regionen für die konkrete Regionalpolitik der EG/EU kaum operationalisierbar waren, man aber differenzierte Indikatoren zur Identifikation und Charakterisierung von Regionen brauchte, erstellte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT)

eine einheitliche Systematik von Gebietseinheiten für die Statistik, die NUTS (Nomenclature of territorial units for statistics bzw. Nomenclature des unités territoriales statistiques). Aus praktischen Gründen folgte man dabei der institutionellen Gliederung der Mitgliedsstaaten. Es werden drei NUTS-Ebenen unterhalb des Nationalstaates unterschieden. Bezogen auf die Bundesrepublik werden die Bundesländer (NUTS-1), die Regierungsbezirke (NUTS-2) und die Landkreise und kreisfreien Städte (NUTS-3) als Regionen aufgefaßt. Eine europäische Region ist das Ruhrgebiet also nicht. Das Ruhrgebiet ist seit der Neuordnung Deutschlands nach der Befreiung vom Nationalsozialismus Teil des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (NRW), das eine europäische Region darstellt und z. B. im europäischen Ausschuß der Regionen vertreten ist.

Zusätzlich zu der administrativen Zergliederung des Ruhrgebiets ist die Region analytisch immer wieder in unterschiedlicher Weise in Teilräume eingeteilt worden. Besonders wichtig war und ist die Zoneneinteilung, die der Industrialisierungsgeschichte und der Nordwanderung des Bergbaus folgt (Ruhr-, Hellweg-, Emscher-, vestische und Lippe-Zone). Eine weitere Teilung erfolgt in West-Ost-Richtung in westliches Ruhrgebiet (auch „Rheinschiene“ mit Duisburg, Dinslaken und Moers), mittleres Ruhrgebiet (Bochum, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Wattenscheid, Witten und der Kreis Recklinghausen) und östliches Ruhrgebiet (Dortmund, Castrop-Rauxel, Lünen, Hamm und der Kreis Unna). Zahlreiche weitere Zergliederungen kommen hinzu wie z. B. die Organisationsgrenzen von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. So ist das Ruhrgebiet eine Region ohne einheitliche Organisation und regionale administrative Strukturen – aber mit einem Namen.

Begriffliche Wahrnehmung der Region

Neben der Bezeichnung Rheinland-Westfalen wurden zunächst hauptsächlich Begriffe verwendet, die auf den Bergbau in der Region verwiesen, beispielsweise „Ruhr-Revier“; seltener wohl (rheinisch-westfälischer) „Kohlenbezirk“ oder (rheinisch-westfälisches) „Kohlenbecken“. Allerdings verbreitete sich dann vor dem Ersten Weltkrieg auch die Bezeichnung „rheinisch-westfälischer Industriebezirk“ für eine Region, die mit dem Ruhrgebiet aber nicht deckungsgleich war, sondern ohne festumrissene Grenzen die rheinischen Industriestädte bzw. -gebiete von Düsseldorf bis Essen und die westfälischen Industriestädte um Bochum, Dortmund bis zur Ruhr und die nördlichen Industriedörfer zusammenfaßte (Blotvogel 1993, 49).

Trotz der provinzübergreifenden Regionsbildung kam es bis zum Ersten Weltkrieg nicht zu bedeutenderen Versuchen, Rheinland und Westfalen politisch-administrativ zusammenzufassen. Aufgrund der zunächst weitgehend ungeplanten Besiedlung der Region im Zuge des von der Montanindustrie geprägten Industrialisierungsprozesses bildeten sich auch regionale Traditionen kaum heraus, ein kollektiv-räumliches Bewußt-

sein konnte sich angesichts der großen Fluktuation von Belegschaften und Bevölkerung nur kleinräumig an Zechen, Kolonien und immer wieder umorganisierten kommunalen Gebilden, in denen die Masse der Bevölkerung bis zum Ersten Weltkrieg über keinen politischen Einfluß verfügte, orientieren (Blotevogel/Butzin/Danielzyk 1988).

Die verschiedenen ökonomischen, sozialen und politischen Organisationen, die in der und für die Region gebildet wurden, wählten ganz unterschiedliche Organisationsbereiche. Die wichtigsten Wirtschaftsinteressen organisierten sich im „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ (1858), im regionalen Wirtschaftsverband „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (Langnamverein von 1871), im „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Nordwestliche Gruppe“ (1874). Die Syndikatsbildung im Bergbau wurde 1893 nach verschiedenen Vorformen mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat erreicht, im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie erfolgte die Kartellbildung wesentlich differenzierter unter Einbeziehung von Standorten außerhalb des Ruhrgebiets. Die Kammern der Wirtschaft zerschnitten das Gebiet des Ruhrgebiets mehrfach. Die bis 1914 in verschiedene Richtungen zerfallenden Gewerkschaften wählten ganz unterschiedliche Organisationsgebiete und Vororte. In neuerer Zeit wurde 1958 das Ruhrbistum Essen, das wiederum nur Teile des Ruhrgebiets umfaßt, gegründet. Die ersten halbwegs auf die gesamte Region bezogenen Einrichtungen zur notwendigen Regelung von Problemen der Wasserwirtschaft wurden der 1899 gegründete Ruhrtalsperrenverein, 1904 die vom preußischen Staat initiierte Emschergenossenschaft und 1913 der Ruhrverband (mit dem reorganisierten Ruhrtalsperrenverein) (Korte 1990).

Der Prozeß der Herausbildung eines regionalen Selbstbewußtseins begann unter den Bedingungen der Weimarer Republik mit der Schaffung des SVR. In den 1920er Jahren veränderte sich nun langsam die Bezeichnung des Ruhrgebiets. Neben dem Begriff des (größeren) rheinisch-westfälischen Industriegebiets, wurde unter Bezugnahme auf den Bergbau ohne ausreichende Gebietsabgrenzungen der Begriff „Ruhrrevier“ verwendet, schriftsprachlich benutzte man immer öfter den vom Essener Oberbürgermeister bei der Gründung des SVR vorgeschlagene Begriff des Ruhrkohlenbezirks. Im Kontext des Ausbaus der Daseinsfürsorge und der kommunalen Leistungsverwaltung sowie beim Ausbau der städtischen Infrastruktur und der Kultur- und Bildungseinrichtungen in den 1920er Jahren fanden sich offenbar insbesondere bei der Stadt Essen erste Ansätze eines „regionalen Marketings“. Dort wurde versucht, den Begriff „Ruhrland“ für die Region (mit Zentrum Essen) zu etablieren.

Als in der Zeit der Weimarer Republik die ökonomische Bedeutung des Ruhrgebiets nach dem Verlust von Industriegebieten im Osten stieg, das Ruhrgebiet zum Brennpunkt von Konflikten im Kontext der Auseinandersetzungen um die Reparationen wurde und schwere politische Kämpfe in der Region ganz Deutschland erschütterten, geriet das Ruhrgebiet auch mehr und mehr in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit und erhielt so gewissermaßen eine Außensicht, die die Herausbildung eines Eigenbildes in der Region

förderte. Die Region erregte in der Zeit der Weimarer Republik einige Aufmerksamkeit: durch die großen sozialen und politischen Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Sechsstundenschicht im Bergbau, den Ruhrkampf mit den Kämpfen der Roten Ruhrarmee, durch die französische-belgische Ruhrbesetzung, durch die langjährigen Auseinandersetzungen um Reparationen, die immer auch das Ruhrgebiet betrafen, durch die spezifische politische „Färbung“ der Region mit starken Kommunisten und starken Zentrums-Katholiken und dann bald durch Massenarbeitslosigkeit und politische Kämpfe in der Endphase der ersten deutschen Republik.

Der Name Ruhrgebiet, der zunächst nur den Einzugsbereich der Ruhr bezeichnet hatte, bürgert sich dann für die ganze montanindustriell geprägte Region um 1930 mehr und mehr ein (Blotevogel 1999, Spethmann 1995).

Entwicklung einer regionalen politischen Kultur im strukturellen Wandel

Im besonderen Maße trugen die Erfahrungen der Zeit nach 1945 und dann die Bewältigung des Strukturwandels zur Herausbildung einer regionalen politischen Kultur bei. Bereits in den ersten Nachkriegsmonaten entstand in den Ruhrgebietsstädten ein regionsspezifisches Politikmuster, für das sich der Begriff der „basinahen Stellvertretung“ eingebürgert hat. Anknüpfend an alte sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Traditionen einer Politik der Teilhabe und des Klassenkompromisses entstand unter den Bedingungen des schwerindustriell geprägten Ruhrgebiets mit seinen korporatistischen Strukturen dieses Politikmodell basinaher Stellvertretung, worin sozialdemokratischen Eliten aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterschaft und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft zukam. Der Niedergang älterer Solidarstrukturen machte das an Stellvertreterhandeln ausgerichtete Politikmodell zum einzig akzeptierten Konzept der kollektiven Interessenvertretung. In diesem Modell artikulierten nun Gewerkschafter und Sozialdemokraten das Emanzipationsstreben der Ruhrgebietsbevölkerung und deren Anspruch auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Die Ruhr-SPD und ihre gewerkschaftlichen und politischen Funktions- und Mandatsträger wurden in gewisser Weise Ausdruck der kollektiven Erfahrungen der „kleinen Leute“ in den Industriestadtteilen des Ruhrgebiets und entwickelten als deren Interessenvertreter eine spezifische „Kultur des kleinen Mannes“ (Faulenbach 1989).

Während allgemein von der Notwendigkeit weiterer Steigerungen der Steinkohleförderung ausgegangen wurde, brach im Februar 1958 die Kohlekrise an Rhein und Ruhr aus. Mit dem Ende des Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“ begann auch der Rückgang der Eisen- und Stahlindustrie. Die Montanindustrie geriet mit dem Strukturwandel der Industriegesellschaften insgesamt, durch Substitutions- und Rationalisierungsprozesse, zunehmenden internationalen Wettbewerb und sektoralen Wandel immer stärker unter Druck.

Im Ruhrgebiet erfolgte der Schrumpfungsprozeß der Montanbranchen nicht regional einheitlich, sondern folgte den entstandenen Standortstrukturen und der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus. So hatte der Verlust von Arbeitsplätzen in einzelnen Ruhrgebietsstädten besonders gravierende Folgen. In Nordrhein-Westfalen verlor das produzierende Gewerbe insgesamt, d. h. Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, von 1961 bis 1987 1,5 Mio. Arbeitsplätze und bis zur Gegenwart weitere 500.000 Arbeitsplätze. Der weit über die Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl hinausgehende Abbau von Arbeitsplätzen zeigt, daß auch mit jedem Arbeitsplatz im Bergbau oder der Eisen- und Stahlindustrie weitere Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen oder vernetzten Betrieben verloren gingen und andere Branchen des produzierenden Gewerbes, in Nordrhein-Westfalen z. B. die Textilindustrie, gleichzeitig mit der Montanindustrie schrumpften (MWMT 1989, 238 f.; Heinze/Hilbert/Voelzkow 1992, 40; Petzina 1992, 540).

Die Kohlenkrise seit 1958 und der Arbeitsplatzabbau in der Montanindustrie des Ruhrgebiets stärkte das basisnahe Politikmodell weiter, weil Belegschaftsvertreter und Kommunalpolitiker bei der sozialen Abfederung der Folgen des Strukturwandels der Montanindustrie Verteilerstellen für die Sozialpläne bzw. die diversen Sozialmaßnahmen waren. Mit Hilfe der öffentlichen Subventionierung konnte der Arbeitsplatzabbau halbwegs sozial ausgewogen abgewickelt werden (Lauschke 1984, 139). Nach dem Verblässen alternativer Vorstellungen zur Gestaltung von Arbeit und Leben erhoffte sich die Arbeiterschaft des Reviers von den basisnahen Eliten die Organisation eines auskömmlichen Lebens und Schutz vor den Folgen der Krise (Esser/Fach/Väth 1983, 208-221). Diese Hoffnungen der Ruhrgebietsarbeiterschaft konnten die Ruhr-Sozialdemokratie und ihre Arbeitnehmervertreter erfüllen. Das ruhrgebietstypische Politikmodell der basisnahen Stellvertretung existierte fort und stärkte die regionale SPD. Der Untergang der Montanindustrie stärkte auch insgesamt ein auf Kooperation und Ausgleich zielendes Modell: Die Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen verloren unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise und dem gemeinsamen Interesse an der Abfederung des Niedergangs der Montanindustrie an Bedeutung. Im betrieblichen Bereich wurde es daher relativ einfacher, Maßnahmen der sozialen Abfederung zu erreichen. Die gewerkschaftlichen Vertreter hatten zudem mit der Gründung der Ruhrkohle AG 1968 zu verhindern erreicht, daß irgendein Ruhrbergmann „ins Bergfreie“ fiel. Bis zur Verschärfung des sozialen Klimas in den 1980er Jahren konnten Betriebsräte und Gewerkschaften auch in der Eisen- und Stahlindustrie für eine sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels sorgen. Insgesamt gewährleistete ein regionales Politikmodell der Sozialpartnerschaft wenigstens eine soziale Abfederung des Strukturwandels, der in anderen Regionen wesentlich bruchhafter und für die Betroffenen brutaler verlief. Mit dem Strukturwandel bildete dieses die spezifische regionale Kultur des Ruhrgebiets und verfestigte sich. Die SPD wurde mit ihren (auch eingelösten) Forderungen nach sozialem Ausgleich der Folgen des Strukturwandels dominante Partei,

die Krise erzeugte ein „Wir-Gefühl“, korporatistische Strukturen der Konsenssuche wurden zu einem Kennzeichen politischen Verhaltens im Ruhrgebiet (Faulenbach 1996, 373 f.).

Seit dem „Entwicklungsprogramm Ruhr“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung von 1968 wurde eine insbesondere für das Ruhrgebiet auch inhaltlich spezifische Politik betrieben. Im Bundesland NRW wurde in deutlicher Abgrenzung von liberal-konservativer Politik eine eigene politische Linie verfolgt. Die „abweichende“ Politik Nordrhein-Westfalens läßt sich auf verschiedenen Politikfeldern feststellen. Bei der Strukturpolitik sind es z. B. die Versuche der sozialen, ökologischen und ökonomischen Bewältigung des Strukturwandels, bei der Energiepolitik ist es der unbedingte Kohlevorrang, bei der Verkehrspolitik stehen im Unterschied zum Bund und anderen Bundesländern eher die Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsberuhigungen und zurückhaltender Straßenneubau im Vordergrund, und die Wissenschafts- und Bildungspolitik ist nach zahlreichen Universitätsgründungen insbesondere im zuvor hochschulfreien Ruhrgebiet durch die Förderung der Gesamtschulen und der Weiterbildungspolitik gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der gelungenen sozialen Abfederung des krisenhaft verlaufenden Strukturwandels und des korporatistischen Politikmodus in NRW, der insbesondere die Gewerkschaften in die Politikformulierung einbindet, gilt NRW vor allem aber als „soziales Gewissen“ unter den Bundesländern und gegenüber dem Bund, was schon auf entsprechenden Traditionen des katholisch-sozialen Flügels der CDU seit Karl Arnold gründete. Diese Prägung hat das Land insbesondere durch die Arbeiterschaft und ihre Bewegungen gerade auch im Ruhrgebiet erhalten. Zur Ausbildung von Überzeugungen, die das Land zum sozialen Gewissen machten, gehörten die sozial-partnerschaftlichen Aushandlungsmechanismen, wie sie in der Nachkriegszeit in der Montanindustrie des Ruhrgebiets geschaffen und im Strukturwandelprozeß fortentwickelt wurden. Ein sozialer Grundkonsens vereint Einheitsgewerkschaft, Teile der Unternehmerschaft, den sozialkatholischen Flügel der Arbeiterschaft bis in die CDU und die Sozialdemokratie. Die in der regionalen politischen Kultur vorhandenen Vorstellungen zu Fragen sozialer Gerechtigkeit waren auch geprägt von einem defensiven Mißtrauen gegen „die da oben“, einem arbeitnehmerorientierten Korporatismus, einer Grundorientierung an Solidarität und Gerechtigkeit, einem ausgesprochenen Pragmatismus und einer personalistischen Kommunikation (Niethammer 1986, 206). In seiner Stellung als „soziales Gewissen“ spiegelt sich noch die frühere Prägung der Region durch die relativ einheitlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse der montanindustriellen Arbeiterschaft wider, die schon vor Jahrzehnten das Ruhrgebiet von anderen Regionen sozial unterscheidbar machte und Ausdruck fand im Selbstbild der Region mit allem Arbeiterstolz und allen Minderwertigkeitskomplexen. Eine politische Tradition des Ruhrgebiets quer durch alle Lager und Schichten ist in diesem Kontext auch das eher geringe Vertrauen, das einer Steuerung durch den Markt entgegengebracht wird, wohingegen hochorganisierte Steuerungsformen, besonders tripartistische, positiver eingeschätzt werden.

Das um die SPD herum gruppierte Politikmuster hat inzwischen allerdings starke Risse bekommen. Einerseits fällt die Intergration einer mit dem ökonomischen und sozialen Strukturwandel immer differenzierteren Gesellschaft schwerer, und andererseits haben politische Eliten vielfach auch versagt und die vielbeschworene Bodenhaftung verloren. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zeigen, daß der Spagat der in sich stark differenzierten Großorganisation SPD zunehmend weniger gelingt und die Partei in immer mehr strategische „Zwickmühlen“ zwischen unterschiedlichen Interessen und Gruppierungen gerät (vgl. Alemann/Heinze/Schmid 1998, 2). Als bei den Kommunalwahlen 1999 ein negativer bundespolitischer Trend, eine wenig attraktive Landespolitik nach dem Wechsel vom „Landesvater“ Johannes Rau zum „Macher“ Wolfgang Clement mit örtlichen Skandalen, Skandälchen, offensichtlicher (sozialdemokratischer) „Politik nach Gutsherrenart“ und „Arroganz der Macht“ zusammenkamen, verlor die SPD als für ewig sicher angesehene Hochburgen an die CDU.

Obwohl die regionale Politik und die regionale politische Kultur z. Zt. ebenfalls einem starken Wandel unterworfen ist, kann man die Bewältigung des Strukturwandels insgesamt als Erfolg ansehen. Angesichts der massiven Arbeitsplatzverluste im Ruhrgebiet ist nach den Arbeitsmarktdaten die Situation in der Region nicht besonders schlecht. Auch ist das Ruhrgebiet als Wirtschaftsregion keine monostrukturierte Montanregion mehr, sondern eine stark diversifizierte und damit weniger krisenanfällige Wirtschaftsregion mit Kohle und Stahl geworden. Bedeutende neue und nach dem derzeitigen Wissensstand zukunfts-trächtige Wirtschaftszweige wurden angesiedelt. Um die „alten“ Branchen Kohle, Eisen und Stahl, Chemie und Energie sind verschiedene Netzwerke neuer Produktionslinien, Produkte und Verfahren entstanden, in denen zukunftsweisend ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden. Im Prozeß des Strukturwandels ist es dabei im Ruhrgebiet in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfolgreich gelungen, Mittel zur sozialen Abfederung der Folgen des Strukturwandels zu mobilisieren, so daß die Kernbelegschaften des Ruhrbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie relativ gut abgesichert blieben. Gemessen an Arbeitsmarktdaten, an gegenwärtigen Vorstellungen über zukunftsweisende regionale Wirtschaftsstrukturen und erfolgversprechende Wirtschaftszweige sowie an allgemeinen Beurteilungen über sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit war die Bewältigung des Strukturwandels und seiner Folgen im Ruhrgebiet insgesamt also relativ erfolgreich (Goch 1996; Goch 1999; Goch 2000; Tenfelde 1997).

Die ständigen Krisenerfahrungen haben die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen im Revier zusammengeführt und hier eine gewisse Fähigkeit zum sozialen Interessenausgleich zwischen Unternehmen und Gewerkschaften entstehen lassen. Ein Kernpunkt aller strukturpolitischen Bemühungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung blieben Vorstellungen einer Kooperation aller relevanten Akteure. Dabei haben sich die verschiedenen Akteure dem Strukturwandel nicht entgegengestellt, sondern versucht, diesen zu gestalten. Die strukturpolitischen Maßnahmen und die von der Region zur Bewältigung des Strukturwandels mobilisierten Mittel haben auch sicht- und meßbaren

Erfolg. Die erreichte Vielfalt der Region und mittlerweile auch ihrer Wirtschaft, die Vielfältigkeit der Strukturpolitikprojekte und -initiativen, die breite Beteiligung unterschiedlicher regionaler Akteure an der Bewältigung des Wandels, die Konsensorientierung in tripartistischen Politikmodellen und die Orientierung an selbstgesetzten sozialen und ökologischen Normen dürften für die Zukunft die wichtigsten Entwicklungspotentiale der Region sein, weil der Region damit angesichts gegebener Unsicherheit über zukünftige Verläufe gleichzeitig unterschiedliche Entwicklungsperspektiven offenstehen, die Region also nicht mehr wie zu früheren Zeiten auf Gedeih oder Verderb auf eine Monostruktur und nur eine Entwicklungsperspektive angewiesen ist.

Regionales Bewußtsein, Image, Selbstvergewisserung

Aber nicht nur die Arbeit an der Bewältigung des Strukturwandels trug zu einem auch regional definierten Zusammengehörigkeitsgefühl bei. So begann bereits Mitte der 1980er Jahre der KVR eine intensive Auseinandersetzung mit dem Image der Region. Die verstärkten Bemühungen um Imagewerbung beruhten dabei auf der Erkenntnis des Bedeutungsgewinns „weicher“ Standortfaktoren und angesichts der Unübersichtlichkeiten der Informationen über Charakteristika von Räumen der Einsicht in die Wichtigkeit und die möglicherweise handlungsleitende Kraft von „Vorstellungsbildern über Regionen“ (KVR 1993, 1; KVR 1994, 1). 1985 gab der KVR eine Imageuntersuchung in Auftrag, mit der ein deutliches Negativimage festgestellt wurde, wobei die Region von deren Bewohnern um ein vielfaches besser beurteilt wurde, als von Bundesbürgern, die nicht dort wohnten. Nach der Untersuchung von 1985 wurden diese Analysen im Rahmen einer nun systematischer betriebenen Imagewerbung des KVR jeweils nach zwei Jahren (bis 1993) wiederholt, um die 1986 begonnenen Imagekampagnen des KVR einschätzen zu können (KVR 1993, 1; KVR 1994, 1 f.).

Wesentlicher Bestandteil der Sicht auf die Region durch die Bewohner selbst ist die Wahrnehmung der Region als einer Region im Wandel (KVR 1992, 6 ff.). Bezeichnend für die Konstituierungsbedingungen und die Entstehungsgeschichte des Selbstbewußtseins der Ruhrgebietler war die Tatsache, das die 1993 im Rahmen der regelmäßigen Imageuntersuchungen befragten Ruhrgebietsbewohner zu 55 % die faktisch falsche Feststellung, daß immer noch mehr als die Hälfte der im Ruhrgebiet arbeitenden Menschen in den Bereichen Bergbau und Stahlindustrie beschäftigt seien, für richtig hielt (KVR 1994, 11 f.). Nach der Befragung von 1993 lebten 69 % der Ruhrgebietler sehr gern im Ruhrgebiet, was gegenüber den vorherigen Befragungen (jeweils 61 %) trotz mancher skeptischer Einschätzung über die Region eine weitere Steigerung der Zufriedenheit mit der Region bedeutete. Die Bemühungen des KVR um Imagewerbung verzeichneten aber auch Erfolge bei den nicht in der Region lebenden Menschen. 1993 konnten Verbesserungen der Bewertung des Ruhrgebiets durch Menschen, die außerhalb der Region lebten, festgestellt

werden. Allerdings ergab die Umfrage unter „Meinungsführern aus der Wirtschaft“ (aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden) von 1992, daß über die Hälfte der Befragten (52 %) ihre Kenntnisse über die Region als „gering“ einschätzten. Der KVR führte dies darauf zurück, „das der Begriff ‘Ruhrgebiet’ im europäischen Ausland von vielen nicht klar definiert werden kann, d. h. einzelne Städte sind zwar bekannt, die Region insgesamt wird aber anscheinend weniger deutlich wahrgenommen“. Aber auch bei den befragten „Meinungsführern“, die über Kenntnisse über die Region verfügten, galt die Region oft noch als typische altindustrielle Region (KVR 1993, 1 ff.). Imageuntersuchungen unter einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe ergaben für das Ruhrgebiet weiterhin besonders Assoziationen des Ruhrgebiets mit der Vorstellung einer alten Industrieregion und einer weiter durch den Bergbau geprägten Region (KVR 1993, 6 ff.). Während also die Bewohner der Region begannen, den Wandlungsprozeß des Ruhrgebiets in ihren Regionsbegriff zu integrieren, wurden diese Veränderungen „von außen“ nur begrenzt wahrgenommen.

In der Umgangssprache der Ruhrgebietsbevölkerung hat sich in jüngerer Zeit auch der Begriff „Kohlenpott“ wieder stärker verbreitet. Ursprünglich war dieser Begriff eine eher abschätzige Bezeichnung von außen. Kohlenpott meinte Kohle, Stahl, Rauch und Schmutz. In gewisser Weise knüpfte der Begriff als umgangssprachlicher Begriff an den Begriff „Revier“ oder an die Vorstellung vom Schmelztiegel Ruhrgebiet. Der Begriff „Kohlenpott“ wurde dann vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1974 selbstironisch in der Kampagne „Grüße aus Ruß-Land“ aufgegriffen. Die nicht unumstrittene Kampagne des Kommunalverbandes Ruhrgebiet „Der Pott kocht“ griff dann Ende der 1990er Jahre den Begriff „Kohlenpott“ wieder auf und versuchte ihn positiv zu wenden (Benedict 2000).

Die Verankerung eines Regionalbewußtseins wird jedoch trotz der in ihrer Wirksamkeit nicht uneingeschränkt als effektiv zu beurteilende Image-Arbeit des KVR nicht nur durch die mangelnde administrative Klammer des Ruhrgebiets insgesamt erschwert, sondern erfährt auch eine starke Konkurrenz durch die weitverbreiteten kleinräumigen Identitäten unterhalb der regionalen Ebene, die auch auf der besonderen Form der Urbanisierung der Region beruhen. Mit dem rasanten Wachstum der Industrie, der ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vorwiegend aus den preußischen Ostprovinzen erfolgenden Zuwanderung und dem Wuchern der „Industriedörfer“, insbesondere in der nördlichen Emscherzone, hatte die Herausbildung urbaner Strukturen nicht Schritt gehalten (Niethammer 1979).

Die Städte im Ruhrgebiet sind in ihren gegenwärtigen Grenzen überwiegend Produkte eines Urbanisierungsprozesses, der in Richtung Norden immer ungeordneter verlief, und der kommunalen Neuordnungen in den 1920er und 1970er Jahren. Viele Städte erhielten zum wiederholten Male neue Grenzen bzw. wurden wie die Hellwegstädte erheblich vergrößert. Aufgrund der Siedlungs- und Bauweise blieb trotzdem der Orientierungspunkt der Bevölkerung der Betrieb, der meist eng mit den (Werks-)Siedlungen verbunden war. Das Alltagsleben blieb kleinräumig beschränkt. Diese Tendenz verstärkte sich im Verlauf

der 1920er Jahre eher noch, als die Ruhrbevölkerung aufgrund der ersten strukturellen Wandlungen in der Montanindustrie des Ruhrgebiets, besonders im Bergbau, seßhafter werden mußte, weil häufiger Arbeitsplatzwechsel aufgrund des Abbaus von Arbeitsplätzen nicht mehr so einfach möglich war. Trotz der schon recht dauerhaften städtischen Gebilde haben sich seltsame unstädtische kleinräumige Orientierungen an den früheren Industriedörfern und späteren Stadtteilen und einer längst vergangenen Struktur des Städtesystems im (späteren) Ruhrgebiet erhalten. Im Ruhrgebiet herrscht eine ausgesprochene Orientierung auf kleinräumige Lokalitäten vor, wobei neben den Stadtteilen auch (ehemalige) Werkssiedlungen oder spezielle Wohngehenden Orientierungspunkte sein können (KVR 1992, 26). Solche Orientierungen kommen alltäglich in bestimmten auf den Raum bezogenen Ausdrucksweisen zum Ausdruck: Mancherorts heißt es: „Ich gehe ins Dorf“, wenn man die Mitte des Stadtteils meint, „Ich fahre in die Stadt“ oder z. B. „Ich fahre nach Dortmund“, wenn man in eines der größeren bzw. höherrangigen Stadtzentren fährt.

Ausdruck der verbreiteten Stadtteilidentitäten ist auch die ausgeprägte Stadtteilbeirichterschattung der Lokalzeitungen, insbesondere der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) und der unter deren Dach erscheinenden Zeitungen Neue Ruhr Zeitung/ Neue Rhein Zeitung in Essen, Westfälische Rundschau (Dortmund) und der Westfalenpost (Hagen) mit ihren jeweils spezifischen Einzugsbereichen (1988 mit 157 Ausgaben). Der WAZ gelang es, die ganze Region zu repräsentieren und sich inhaltlich und sprachlich auf die Bevölkerung einzustellen, deren innere Differenzierung und kleinräumige Orientierung aufzunehmen und gleichzeitig umgekehrt die Region zu prägen und zur Konstituierung des Ruhrgebiets als Region beizutragen. Eine Besonderheit des regionalen Bewußtseins ist daher im Ruhrgebiet diese Gleichzeitigkeit lokaler und regionaler Orientierung, die über kein eigentliches Zentrum verfügt.

Angesichts der geschilderte Hemmnisse bei der Herausbildung eines regionalen Bewußtseins kommt der regionalen Geschichtsschreibung eine zentrale Rolle zu. Die Geschichtsschreibung über das Ruhrgebiet blieb jedoch in dieser von rasantem Wandel und entsprechenden Anpassungsproblemen geprägten Region lange beschränkt, so daß auch die Herausbildung regionalen Bewußtseins verzögert wurde. Allerdings hat das Ruhrgebiet als bedeutender schwerindustrieller Ballungsraum seit seiner Entstehung immer wieder Wissenschaftler, Journalisten und andere Beobachter unterschiedlichster Provenienz zu Untersuchungen über diese Region und zur Interpretation ihrer Entwicklung und ihrer Zukunftsperspektiven angeregt. Im Ruhrgebiet selbst wurde die Geschichtsschreibung über die Region bis zum Zweiten Weltkrieg vorrangig von der schmalen bürgerlichen Schicht bestritten und folgte dabei besonders auch der spezifischen Art der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung des Spät-Historismus und berücksichtigte vorrangig die „großen Männer, die die Welt bewegten“. Weitere historische Anstrengungen gingen von gebildeten preußischen Bergbeamten aus, die in oft legitimatorischer Absicht Bergbaugeschichte, Geschichte der technologischen Errungenschaften und ansatzweise auch eine Geschichte der sozialen Verhältnisse im Bergbau mit durchaus kritischer Sicht

auf Liberalisierung des Bergbaus schrieben. Zunehmend geriet diese Geschichtsschreibung aber unter den Einfluß der Zechenherren, ihrer Verbände und derjenigen, die deren Sichtweisen teilten. Die um die Jahrhundertwende aufkommende bürgerliche Heimatbewegung fand sich vorwiegend bzw. stärker in den älteren Städten des Ruhrgebiets, also besonders den Hellwegstädten. Im Kontext der Heimatgeschichtsschreibung entstanden die ersten Stadtgeschichten, die sich ausführlich der vorindustriellen Zeit widmeten, aber auch bis zur Gegenwart vordrangen (Tenfelde 1996, 245 f.; Schulte 1973).

Im Rahmen der seit den späten 1960er Jahren aufkommenden verstärkten Befassung mit dem Thema Regionalität und im Ruhrgebiet auch der verstärkten Beschäftigung mit der eigenen Geschichte wurde in der Region begonnen, sich ein eigenes regionales Selbstverständnis zu erarbeiten. Seit spätestens Mitte der 1970er Jahre bis in die Gegenwart hat die Erforschung des Ruhrgebiets und eine entsprechende Ruhrgebietsliteratur Konjunktur (Goch 1994). Auch wenn die eher wissenschaftliche Fachliteratur zur Ruhrgebietsgeschichte noch begrenzt ist, so entfaltet diese über popularisierte und z. T. auch nostalgisch-heimattümelnde Publikationen eine erhebliche Breitenwirkung, womit auf die Funktion der Geschichte „als genuines Element jeder räumlichen und psychischen ‚Verortung‘ von Menschen“ verwiesen ist (Briesen/Gans/Flender 1994, 2).

Seit den 1970er Jahren wurde dann auch im traditionell in dieser Beziehung schnellebigen und traditionsvergessenen Ruhrgebiet der Wert der materialen und baulichen Überlieferung der Industriegeschichte des Ruhrgebiets erkannt. Nach dem 1975 gegründeten Hagener „Museum technischer Kulturdenkmale“ werden seit 1979 mit dem Rheinischen und dem Westfälischen Industriemuseum verschiedene charakteristische Industriedenkmäler (nicht nur im engeren Ruhrgebiet) erhalten und in ihrer ursprünglichen Umgebung und Funktion präsentiert. Auch der Kampf um die Erhaltung von Werksiedlungen und schließlich auch einer Reihe weiterer historischer Gebäude gehört in diesen Zusammenhang. Bis in die Gegenwart werden als sinnstiftende Elemente des Identitätsgefühls der Ruhrgebietsbevölkerung und Ausdruck ihrer regionalen politischen Kultur bauliche Zeugnisse der Ruhrgebietsgeschichte mit z. T. hohem Aufwand erhalten. Im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (seit 1989) wurden vielerorts restaurierte Industriedenkmale nicht nur für museale Nutzung zur Verfügung gestellt, sondern auch neuen Nutzungsmöglichkeiten zugeführt und verkörpern und symbolisieren seither als meist weithin sichtbare Landmarken altes und neues Revier und den permanenten Wandel als ein Strukturelement der regionalen politischen Kultur.

Schluß

Das Ruhrgebiet entstand in einem rasenten, von der Montanindustrie geprägten Industrialisierungsprozeß, überwiegend „auf der grünen Wiese“ und ohne größere Rücksicht auf ältere Siedlungen. Lange war diese Montangegend in der eigenen Wahrnehmung keine Region mit einem regionalen Selbstbild. Von außen wurde ihr aber bald wegen ihrer

großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine Identität zugeschrieben, die bis in die Gegenwart fortwirkt. Erst mit der besonderen Bedeutung im Wiederaufbau nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dann in der Jahrzehnte dauernden Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel, der gleichzeitig das Verschwinden der montanindustriellen Spezifik mit sich brachte, entwickelten die Menschen und die verschiedenen Akteure in der Region Denk- und Verhaltensweisen, in denen sich die besonderen Erfahrungen in der regionalen Gesellschaft widerspiegeln. In der Wahrnehmung entstanden nun Bild und Selbstbild der Region „Ruhrgebiet“. Dabei ist davon auszugehen, daß im Ruhrgebiet nicht ein einziges einheitliches Bild von der Region existiert: die neuen akademisch ausgebildeten Mittelschichten, die verbliebenen Bergarbeiter, die verschiedenen Zuwanderergruppen und -generationen haben hier sicher nicht die gleiche Vorstellung. Auch ist das Ruhrgebiet eine in sich differenzierte Region, bei der auch die Identifikation mit der Region von einem Kern in den Hellweg- und Emscherstädten abnimmt. Wie das Ruhrgebiet heute keine monostrukturell geprägte, sondern vielfältig differenzierte Region ist, so ist auch das Selbstbewußtsein dieser Region vielfältig und jenseits der Erfahrung des Wandels schwer auf einen Nenner zu bringen.

Literatur

- Alemann, Ulrich von, Rolf G. Heinze, Josef Schmid 1998: Parteien im Prozeß der Modernisierung. Auf der Suche nach einem realistischen Bild der Partei. In: Ernst-Martin Walsken, Ulrich Wehrhöfer (Hg.): Mitgliederpartei im Wandel. Veränderungen am Beispiel der NRW-SPD. Münster. S. 1-13.
- Benedict, Andreas 2000: 80 Jahre im Dienste des Ruhrgebiets. SVR und KVR im historischen Überblick 1920-2000. Essen.
- Blotevogel, Hans Heinrich 1993: Vom Kohlenrevier zur Region? Anfänge regionaler Identitätsbildung im Ruhrgebiet. In: Heiner Dürr, Jürgen Gramke (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.-9. Oktober 1993. Paderborn (= Bochumer Geographische Arbeiten, Heft 58). S. 47-52.
- Blotevogel, Hans Heinrich 1999: Ist das Ruhrgebiet eine Region? Duisburg (= Gerhard-Mercator-Universität-GH Duisburg, Institut für Geographie, Diskussionspapier 3/1999).
- Blotevogel, Hans-Heinrich, Bernhard Butzin, Rainer Danielzyk 1988: Historische Entwicklung und Regionalbewußtsein im Ruhrgebiet. In: Geographische Rundschau 40, H. 7-8. S. 8-13.
- Briesen, Detlef, Rüdiger Gans, Armin Flender 1994: Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland-Siegerland-Ruhrgebiet. Bochum.
- Brunn, Gerhard 1996: Einleitung. In: Gerhard Brunn (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden. S. 9-24.

- Esser, Josef, Wolfgang Fach, Werner Väth 1983: Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge. Frankfurt a. M.
- Faulenbach, Bernd 1989: Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet. In: Helmut Martens, Gerd Peter (Hg.): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung. Wiesbaden. S. 216-228.
- Faulenbach, Bernd 1996: Merkmale und Entwicklungslinien der politischen Kultur des Ruhrgebiets. In: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996. Essen (= Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte. Beiträge, Bd. 7). S. 365-377.
- Goch, Stefan 1994: Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht. In: Archiv für Sozialgeschichte 34. S. 441-475.
- Goch, Stefan 1996: Politik zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Ein Überblick. In: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996. Essen (= Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte. Beiträge, Bd. 7). S. 380-426.
- Goch, Stefan 1999: Strukturwandel im Ruhrgebiet. Eine Erfolgsgeschichte? In: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, H. 22. S. 159-190.
- Goch, Stefan 2000: Strukturpolitik als Lernprozeß. In: Karsten Rudolph u. a. (Hg.): Reform an Rhein und Ruhr. Nordrhein-Westfalens Weg ins 21. Jahrhundert. Bonn. S. 26-35.
- Heinze, Rolf G., Helmut Voelzkow, Josef Hilbert 1992: Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven. Opladen.
- Hoffacker, Heinz-Wilhelm 1989: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933. Essen.
- Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.) 1992: Lebensraum Ruhrgebiet. Räumliche Vorstellungsbilder im und über das Ruhrgebiet. Essen.
- Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.), Bearbeiter: Uwe Andersen 1994: Das Image des Ruhrgebiets im Spiegel von Meinungsumfragen. Ergebnisse der Image-Analyse 1993 im zeitlichen Vergleich. Bochum.
- Kommunalverband Ruhrgebiet 1993: Das Image des Ruhrgebiets in Europa. Ergebnisse einer europaweiten Imageuntersuchung. Essen.
- Korte, Hermann 1990: Die Entfaltung der Infrastruktur. In: Wolfgang Köllmann u. a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1. Düsseldorf. S. 582-589.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWMT) 1989: Bericht der Kommission Montanregionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Niethammer, Lutz 1979: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Commu-

- nalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf, oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung. Frankfurt a.M.
- Niethammer, Lutz 1986: „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre. In: Gerhard Brunn(Hg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46. Essen. S. 175-206.
- Petz, Ursula von 1995: Vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk zum Kommunalverband Ruhrgebiet. 75 Jahre Landesplanung und Regionalpolitik im Revier. In: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Kommunalverband Ruhrgebiet. Wege. Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Essen. S. 7-68.
- Petzina, Dietmar 1988: The Ruhr Area: Historical Development. In: Joachim Jens Hesse (Hg.): Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich. Baden-Baden. S. 467-510.
- Petzina, Dietmar 1992: Zwischen Neuordnung und Krise. Zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Ottfried Dascher, Christian Kleinschmidt (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Dortmund. S. 525-544
- Petzina, Dietmar 1993: Die Erfahrung des Schmelzriegels. Zur Sozialgeschichte des Ruhrgebiets. In: Heiner Dürr, Jürgen Gramke (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.-9. Oktober 1993. Paderborn (= Bochumer Geographische Arbeiten, Heft 58). S. 41-46.
- Plumpe, Werner 1990: Das „Arbeitshaus“ des neuen Staates?: Die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die Bundesrepublik zwischen 1946 und 1955. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Der schwierige Weg zur Demokratie. Die Bundesrepublik vor 40 Jahren. Düsseldorf. S. 251-263.
- Rommelspacher, Thomas 1982: Staat, Montankapital und Ruhrgebiet. Zur Soziologie des raumrelevanten Staatshandelns für das Ruhrgebiet. In: Katalyse-Technikergruppe: Ruhrgebiet – Krise als Konzept. Untersuchungen zur Situation und Zukunft eines industriellen Lebensraums. Bochum. S. 11-53.
- Schulte, Wilhelm 1973: Der Westfälische Heimatbund und seine Vorläufer. Münster. 2 Bde.
- Spethmann, Hans 1995: Das Ruhrgebiet. Essen. 2 Bde. (Nachdruck der Originalausgabe 1933-1938)
- Tenfelde, Klaus 1996: Geschichtskultur im Ruhrgebiet. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 47. S. 240-253.
- Tenfelde, Klaus 1997: Das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen. Das Land und die Industrieregion im Strukturwandel der Nachkriegszeit. in: Jan-Pieter Barbian, Ludger Heid (Hg.): Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946-1996. Essen. S. 24-40.

Sammelrezensionen

Roland Günter ■

Die Fotografie und ihr Nutzen für die Wissenschaft

Horst Lang: ... als der Pott noch kochte. Photographien aus dem Ruhrgebiet. Mit einem Text von Andreas Rossmann. München 2000. 96 großformatige Abbildungen, S/W.

Sigrid Schneider (Hg.): Schwarzweiss und Farbe. Das Ruhrgebiet in der Fotografie. Ruhrlandmuseum Essen. Eine Ausstellung des Ruhrlandmuseums auf der Zeche Zollverein Juni/Oktober 2000 im Rahmen von Historama 2000. Bottrop/Essen 2000. 560 S.

Landschaftsverband Rheinland/Rheinisches Industriemuseum (Hg.): War die Zukunft früher besser? Visionen für das Ruhrgebiet. Katalog. Bottrop/Essen 2000. 351 S.

Wissenschaft ist nicht die einzige Umgangs-Form mit der Fotografie – eher eine seltene, fast ein Nebenprodukt. Meist dienen Fotos ganz anderen Interessen. Aber die Wissenschaft kann fotografische Schätze für sich abfischen. Das hat sie selten getan. Auch wenn es eine Fülle bebildeter Publikationen gibt: Bilder waren und sind

für sie auch heute noch eine nebensächliche Dimension. Schade – es entgeht den Wissenschaften ein Kosmos.

In den 1980er Jahren entfachte die amerikanische Kunsthistorikerin Svetlana Alpers unter denen, die sich mit der Bilderwelt der Niederlande beschäftigen, einen heftigen Streit – mit der Aufforderung: Die Bilder ernst nehmen. Dieser Streit wandte sich an Kunsthistoriker. Die Aufforderung läßt sich erweitern – hin zu jedwedem Wissenschafts-Zweig, in dem Bilder eine Rolle spielen müßten, aber nicht spielen. Weithin werden sie nicht ernst genommen.

Wer sich mit dem Lauf der Dinge nicht zufrieden gibt, sondern daran Kritik übt und Vorschläge macht, muß den Sachverhalt untersuchen. Dazu geben drei Publikationen über das Ruhrgebiet Anlaß. Sie entstanden in indirektem Zusammenhang mit der IBA Emscher Park, dem weltweit einzigartigen Strukturentwicklungs-Projekt der 1990er Jahre, dirigiert vom querdenkenden Karl Ganser. In ihrem Zusammenhang erhielt auch die begleitende Reflexion der Region Auftrieb. Es könnten hier viele weitere Publikationen genannt werden, die ebenfalls aus diesem Impuls entstanden.

An dieser Stelle geht es nicht darum, die komplexen Inhalte der drei Bücher zu besprechen, sondern einen einzigen Aspekt: wie sie mit der Welt der Bilder umgehen. Was können sie für die Wissenschaft leisten?

Der Rezensent ist sich darüber im Klaren, daß er den Publikationen nicht vorwerfen kann, was noch wenig als allgemeines Bewußtsein entwickelt ist. In ihrer Art leisten alle drei Bücher Hervorragendes. Aber eine Rezension kann darauf hinweisen, welche Potentiale weiterentwickelt werden können.

Alle drei umfangreichen Publikationen handeln vom Ruhrgebiet. Ein ausgezeichnete Einstieg ist das Buch des Fotografen Horst Lang (1931-2001): *Der fotografische Blick* geht in viele Szenen: in Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Wattenscheid, Bottrop-Welheim, Essen, in die Landschaft zwischen Ruhr und Emscher. In einer Epoche, „als der Pott noch kochte.“ In diese Welt führt ein kenntnisreicher und anregender Essay von Andreas Rossmann, der sich – im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen – seit langer Zeit als FAZ-Korrespondent in NRW um das Ruhrgebiet gut kümmert.

Horst Lang verdiente sein Brot als Gerichts-Photograph. Seine Ruhrgebiets-Bilder spiegeln keinerlei massenmediale Abhängigkeiten. Sie wurden erst ein Jahr vor seinem Tod publiziert – in seinem einzigen Buch.

Eine völlig andere Darstellung liefert das Ruhrlandmuseum (Schneider 2000) als Katalog-Buch zu einer großen Ausstellung im Rahmen von *Historama 2000*: Auf 560 Seiten versucht es mit 400 Abbildungen

darzustellen, wie sich die Region als Welt der fotografischen Bilder zeigt. Es ist der bislang umfangreichste Versuch einer komplexen Darstellung. Ein drittes Buch, herausgegeben vom Rheinischen Industriemuseum, widmet sich dem Thema „Visionen für das Ruhrgebiet“. Es ist ein Sammelband mit Texten von 27 Autoren. Er spiegelt den üblichen Gebrauch von Bildern in der Wissenschaft – als Illustration.

Das Buch von Horst Lang ist die klassische Form der Publikation, die von Fotografen seit den 1920er Jahren entwickelt wurde. Häufig hat sie ein Thema – durchgespielt von einem einzigen Autor. Daß sich daraus auch wissenschaftlich viel Nutzen ziehen läßt, deutet der begleitende Essay von Andreas Roßmann an. Allerdings ziehen die Wissenschaften aus solchen Veröffentlichungen bislang noch wenig Gewinn.

Das Buch des Ruhrlandmuseums widmet sich u. a. einem Teil des Kontextes, der „Gebrauchsgeschichte“ genannt wird. Dies erweitert sich zu einer Art „Überlieferungsgeschichte“. Darin steckt ein archivarisches Interesse und eine Neugier: Wie bestimmen Aufträge, vor allem von Massen-Medien, Agenturen und öffentlichen Einrichtungen, die Weise des Fotografierens ?

Im Buch über die Visionen im Ruhrgebiet ist das selbstgesetzte Thema wenig stringent durchgespielt. Schließlich ist jeder menschliche Entwurf in einem so allgemeinen Verständnis zunächst eine Vision.

Hinzu kommt, daß das schwierige Thema bei vielen Autoren an einem schwerwiegenden Mangel leidet: Dem Gegenstand völlig unangemessen ist die Dürftigkeit an

Hinweisen auf Quellen und genau verarbeiteter Literatur. Eine Orthodoxie von graphischer Gestaltung (oder was die Herausgeber davon halten) hat die Fußnote verbannt – mit Folgen. Dazu gehört, daß viele einzelne Autoren monoman jeder für sich mehr Urteile aus dem Bauch produzieren als sorgfältige Analyse und Fragen, geschweige denn Diskurs zu liefern. Aber dies eingehend zu rezensieren, ist hier nicht die Aufgabe.

Die Publikation stellt dem Leser eine Menge Bilder zur Verfügung – aber nebenbei. Es ist die am meisten verbreitete Methode: die Illustration. Ihre Begründung ist meist vordergründig: Bilder sollen ein Buch gefällig machen. Man findet ein breites Spektrum von Bild-Gebrauch: von gezielt (Thomas Parent) bis willkürlich (Bernhard Weber-Brosamer, der auch glaubt, ohne Anmerkungen arbeiten zu können). Viele Wünsche, die aus der Sache hervorgehen müßten, bleiben unerfüllt. Beim Stichwort William Thomas Mulvany konnte man erwarten, einiges von seinen Stätten anschaulich zu sehen – Abgerissenes und erhalten gebliebene Spuren. Mager mit Bildern versehen, allerdings mit hochkarätigen, bleibt der Aufsatz über die Margarethenhöhe (Rainer Metzendorf, Achim Mikuscheit).

Wissenschaftlern steckt die Tradition in den Köpfen: das Wort. Dies war in Zeiten verständlich, als Bilder drucktechnisch schwierig kommunizierbar waren – aber der Druck von vielen Bildern ist seit zehn Jahren kein Problem mehr.

Eine Ahnung von einer möglichen entwickelten Rolle der Bilder kann der Leser im Aufsatz über das „Lastrohrfloß“ (Eck-

hard Schinkel) bekommen. Überhaupt nimmt die Zahl der Bilder sofort zu, wenn es sich um anscheinend weniger bekannte Sachverhalte handelt, zum Beispiel im Aufsatz über die Auto-Utopie (Hans H. Hanke) oder beim Traum vom blauen Himmel über der Ruhr (Reiner Weichelt).

Wenn man einen Schritt weitergeht, dürfte erkennbar werden: Auch die scheinbar bekannten Sachverhalte lassen sich durch verbesserte Nutzung von Bildern erheblich vertiefen.

Das Ausstellungswesen mag im Umgang mit Bildern eine sparsame symbolische Auswahl vorgeben. Aber das Medium Buch eröffnet ungleich mehr Möglichkeiten. Der Ausstellungs-Katalog nennt sich Begleitbuch, d. h. die Autoren schrieben, bevor sie die Ausstellung sehen konnten. Tiefgreifend hat die Enthaltsamkeit an Bildern aber eine fundamentale Ursache: die Bilder-Welt wird unterbewertet. Dies geschieht in vielen Wissenschaften (das Rheinische Industriemuseum ist verhältnismäßig interdisziplinär besetzt) und in ihren Anwendungs-Bereichen, selbst im interessanten Typ dieses Museums.

Im vorliegenden Buch hat das Industriemuseum die Aufsätze so gut es möglich war mit begleitendem Bild-Material versehen. Es ist hervorragend ausgesucht, zeigt aber keineswegs einen Hunger nach Anschaulichkeit. Und fast nirgendwo findet eine Diskussion mit den Bildern auch nur ansatzweise statt. Bei diesem Bild-Gebrauch darf man allgemein fragen, ob Fotos nur dazu dienen, Publikationen, die sonst im Zirkel bleiben, ein bißchen unter ein Volk zu bringen, dem man kaum mehr zutraut, daß es Texte liest.

Es bleibt eine Zukunfts-Aufgabe, die Bilder ernst zu nehmen – in mehreren Dimensionen. Dies ist mitnichten ein Plädoyer für einen Bild-Gebrauch, wie er uns täglich in vielen Medien, vor allem im Internet, entgegenkommt. Auch dort werden Bilder nicht ernst genommen, am wenigsten in einer Tages-Zeitung, die sich sogar „Bild“ nennt, weil der Umgang mit ihnen semantisch korrupt ist.

Inzwischen darf man als bekannt voraussetzen, was sich an Foto-Theorie durch eine Fülle von Publikationen hindurchzieht: Daß jedes Bild Wirklichkeit selektiert. Daß es durch das Nadelöhr des subjektiven Bewußtseins hindurchgeht. Daß es von Kontexten abhängt. Daß diese unbewußt und teilweise bewußt im Gehirn gespeichert werden. Daß darin auch die Gebrauchsweisen des Bildes wie Aufgaben eingehen – unbewußt oder gezielt gestellt.

Diese erkenntnistheoretischen Funde sind zwar sehr wichtig, aber sie durchziehen inzwischen Foto-Bücher in einem überflüssigen Ausmaß an Wiederholung – so auch im Ruhrland-Buch. Dies ist keineswegs mehr notwendig als Ausweis der Theorie-Fähigkeit – und erscheint eher als Status-Symbol, vor allem wenn es in einer Sprache daherkommt, die nahezu auf Kommunikation verzichtet.

Man kann auch darüber diskutieren, ob diese relativierenden Erkenntnisse eher dazu dienen, die Bilder ein weiteres Mal abzuweisen, statt sie produktiv als Quelle zu entdecken. Denn alle Relativierungen können nicht darüber hinweglenken, daß Bilder stets für die Wissenschaften gebrauchsfähig sind. Und so lassen sich die drei vorliegenden Bücher ausgezeichnet

nutzen: als Speicher des kollektiven und individuellen Gedächtnisses. Es sind die Beobachtungen vieler Menschen – mit unterschiedlichen Interessen, Seh- und Verarbeitungs-Weisen.

Wenn man Quellen benutzt, muß man natürlich wissen, wie sie mit der Wirklichkeit arbeiten – auf welchem Weg (Methode) ein Bild die Wirklichkeit ergreift. Jedwede Fotografie ist ein Dokument – ebenso wie jede andere Quelle. Im wissenschaftlichen Umgang mit allen Quellen tauchen immerzu ähnliche Fragen auf. Wenn man das Leistungs-Vermögen der einzelnen Quelle erkennen will, muß man sie auch in ihrer spezifischen medialen Fähigkeit erkennen. In diesem Bereich gibt es erhebliche Defizite an Diskussion. Das gilt ähnlich für die schriftlichen und für die mündlichen Quellen. Die Bild-Quellen sind übrigens sehr unterschiedlich.

Bilder drücken mit ihren Möglichkeiten einen Bereich aus, der ebenso zur Welt gehört wie die Worte. Übrigens entstehen in den Worten ebenfalls Bilder: Sprach-Bilder. Einer der frühesten Impulse in der Geschichte der Fotografie war die Erweiterung der Wahrnehmung.

Daß Wissenschaften sich, abgesehen vom immer noch schwierigen Sonderfall Kunstgeschichte, bislang kaum auf Bilder einließen, ist das Problem ihrer historischen Herkunft. Meist verdrängten sie sinnliche Erfahrungs-Kanäle. Hinzu kam Bequemlichkeit: Auch Wissenschaftler neigen dazu, das Einfache dem Komplexen vorzuziehen – eine Falle mit Folgen. Und schließlich behauptete im 20. Jahrhundert eine stark verbreitete Kunst-Ideologie kulturpolitisch fast totalitär die Subjektivität

von Bildern – und suggerierte damit eine weithin abstrakte Eigenwelt.

Als Antwort auf die komplexen Probleme im Umgang mit Bildern hat sich Wissenschaft weithin auf Worte reduziert, die sie für trennscharfe Begriffe hält. Das ist durchaus fruchtbar – aber nur als Tendenz.

Die moderne Wissenschaft begann in der mittelitalienischen Renaissance des 15. Jahrhunderts: mit einer Sprach-Kritik, die sich Philologie nennt. Aber die genaue Abgrenzung, die sie als Definition bezeichnet, läßt sich in vielen Wissenschaften nicht durchhalten. Es gehört zwar zur Wissenschaft, so weit wie irgend möglich genau zu sein, aber dies ist immer nur in Annäherungen möglich.

Das Problem der Genauigkeit haben Wissenschafts-Orthodoxien, die sich nicht oder kaum selbst befragen, immer schon naiv beantwortet: mit Ausgrenzen und Ignorieren. Nichts rechtfertigt jedoch das Verstellen von weiten Bereichen der Wirklichkeit. Ein ähnliches Problem wie bei den Bildern stellt sich für die Quellen, die wir als literarische Verarbeitung der Wirklichkeit schätzen können. Auch sie werden von den Wissenschaften noch kaum als Quellen genutzt.

Es ist nun an der Zeit, seiner eigenen Herkunft kritisch gegenüber zu treten. Das bedeutet, eine Quellen-Kritik zu entwickeln, die die Welt der Bilder für die Wissenschaften produktiv nutzbar macht. Fotografie ist ein ausgreifendes Instrument unserer Wahrnehmungs-Möglichkeiten. Dies gilt jedoch nicht für alle Bilder gleichermaßen. In welcher Weise Wahrnehmung für Wissenschaften nutzbar ist, darüber entscheidet der Prozeß der Quellen-Kritik.

In jedem Bild stecken mehrere Bereiche: Für die Wissenschaften am wichtigsten ist die Information, die aus dem abgebildeten Gegenstand selbst stammt. Die zweite Ebene: die Weise, wie der Bild-Produzent wahrnahm und verarbeitete. Die dritte Ebene: Kontexte. Die vierte Ebene: Gebrauchs-Weisen. Die fünfte Ebene: Rezeptions-Geschichte. Dies klingt sehr komplex – und ist es auch. Aber man kann durchaus damit umgehen.

Genauso wie bei Worten und Sätzen muß man bei Bildern fragen, welchen Bezug Zeichen und Wirklichkeit zueinander haben. Ein Foto ist keine autonome Welt, sondern es steht für einen Zusammenhang. Quellen-Kritik ist die Mühe, dies zu erfassen.

Nicht nur die objektiven Mitteilungen des Gegenstandes lassen sich nutzen, sondern auch die subjektiven. Sie zeigen Einstellungen, Verarbeitungsweisen und Anforderungen von Auftraggebern – kurz: von Menschen zum Gegenstand. Auch die Weisen ästhetischer Verarbeitung in Bildern lassen sich sozialwissenschaftlich lesen – und können dadurch mehr oder weniger aufschlußreiche Quellen sein. Wenn Wissenschaften die Bilder als Quellen entdecken und eine produktive Quellen-Kritik entwickeln, werden sie ihre Inhalte bereichern.

Die Geo-Wissenschaften haben mit der Kunstgeschichte gemeinsam, daß beide ein Faible für Anschaulichkeit besitzen. In den Geschichts- und Sozialwissenschaften ist dies leider sehr wenig entwickelt. Hinzu kommt, daß viele Wissenschafts-Zweige seit langer Zeit die Tendenz haben, die Realität auf einem hohen Abstraktions-

Grad zu erfassen. Unter diesem Blick reduzieren sie Konkretes gern zur Bagatelle. Dann werden Einzelphänomene in ihrem heuristischen Wert nicht genutzt. Und dies führt dazu, daß nicht genau hingeschaut wird. Nichts rechtfertigt, daß sie außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses bleiben.

Die Berufs-Gruppe der Fotografen nimmt sich selbst bis heute fast nirgendwo wirklich ernst. Insgesamt hat sie zwar mehr fundierte wissenschaftliche Arbeit aufzuweisen als andere angewandte Künste wie z. B. Grafik, Typografie, Mode, aber keine wissenschaftliche Begleitung, wie Schriftzeugnisse sie haben – obwohl das Bild-Medium seit 150 Jahren weithin verbreitet ist.

Die klassische Wissenschaft der Bild-Medien, die Kunstgeschichte, hat sich auf die gemalten Bilder beschränkt. Wenn Geografen, Historiker, Sozialwissenschaftler u. a. sich auf die Quelle Fotografie einlassen, kann dies nicht nur sie selbst weiterbringen, sondern auch die Fotografen.

Meist werden Fotografien mit der Frage nach dem Was untersucht. Zum Was gehört der gesamte Bereich dessen, was inhaltlich leicht benennbar ist – bis hin zu Symbolen. Aber: Nur selten kommt das Wie in den Blick. Hier beginnen erhebliche Schwierigkeiten: Das Material ist nicht einfach lesbar und nur mühsam mit Worten zu begreifen.

Von diesem Wie könnten viele Wissenschaften umfangreich profitieren. Denn die Kamera ist in der Lage, Verfeinerungen darzustellen: eine Fülle von materiellen Details. Vor allem subtile Verhaltens-Weisen wie Ausdruck, Zuwendung und Abwendung, Beziehungen unterschiedlicher Art

und Prozessuales.

Das Buch des Ruhrlandmuseum macht einige ernsthafte Schritte in diese Richtung, bricht dann aber ab. Man kann fragen: Warum diese Kürze? Warum nicht mehr Diskurs?

Der Begriff Ästhetik wird meist nicht in seiner ursprünglichen und wichtigsten Bedeutung genommen – nämlich phänomenologisch: als Erscheinungs-Weise. Meist wird er sofort mit dem Begriff Schönheit besetzt – und gerät damit in einen Kanal, mit dem Wissenschaft zu Recht nicht viel oder nur Spezielles anfangen kann.

Goethe hatte vor dem Straßburger Münster, das damals als häßliches Stachel-Monstrum galt, die blitzhafte Einsicht: „Die Kunst ist lange bildend, eh sie schön ist.“ Mit einer ähnlichen Vorstellung sagte der legendäre Reporter-Fotograf Hilmar Pabel von sich, er sei gar kein Fotograf – er schreibe das Leben: mit der Kamera. Kern von Pabels Konzept: Leben am Punkt seiner intensivsten Lebendigkeit erfassen – eine Ästhetik, wie sie auch das Theater benutzt.

Dies ist – bewußt oder unbewußt – ein Auswahl-Kriterium des Buches, das Sigrid Schneider zusammenstellte. Es gilt auch für Horst Langs eindrucksvolle Fotos. Ihr Schwarz/Weiß macht die Sujets weit besser erkennbar als später die Farbe, die meist ablenkt, weil sie viel Eigengewicht hat.

Die Inszenierung des Ruhrland-Buches ging in die Falle einer seit dem späten 19. Jahrhundert verbreiteten Bild-Ideologie, die besonders die Fotografie ergriff: Sie gebärdete sich antirational und damit anti-wissenschaftlich. Sie setzte im Bilder-

machen auf Spontanität, und ebenso in der Bild-Wahrnehmung. Dies führte im Ruhrland-Buch zur stummen Präsentation der Bilder. Der Widerspruch: an anderer Stelle sind pingelige archivarische Daten angefügt.

Etwas ganz anderes ist das Schweigen in den Bildern selbst – besonders deutlich im Buch von Horst Lang. Die Stille wird ähnlich einer Theater-Praxis genutzt: Sie konzentriert den Betrachter, öffnet ihn für das Gegenüber, für das „Anderssein des anderen“, schafft Zeit zum Nachdenken. Sie begreift das Sujet als einen Prozeß und entdeckt in ihm eine Geschichte, die eine Spannung besitzt: ein Vorher und ein Nachher. Der Fotograf drückt Stille oft durch ein breites Schwarz aus.

Die Diskussion über die Bilder wurde seit 150 Jahren stark von Kunst-Fragen beeinflusst und geriet durch deren sehr unscharfe und behauptende Thesen in ein arg reduziertes Fahrwasser. Diese Thesen zielten vor allem auf ein stark ideologisches Konzept der Subjektivität. Es ist hier nicht Anlaß und Raum, die ausdrücklichen künstlerischen Konzepte zu besprechen. Keines der drei vorliegenden Bücher behauptet, künstlerische Konzeptionen für das Ruhrgebiet darzustellen, aber im Hintergrund steht natürlich einiges aus diesem Bereich.

Ein weiteres Problem: Aus dem Gebrauch in den Massen-Medien stammt die Neigung vieler Fotografen und auch des Ruhrland-Buches, die Such-Raster stark zum Ereignishaften zu orientieren. Und innerhalb dessen zum Exotischen – und damit zur Unterhaltung. Das Titel-Bild des Ruhrland-Buches mag zwar als Ausrufe-

Zeichen wirksam sein, aber es ist absurd als Symbol-Bild für einen Band über das Ruhrgebiet: ein Vulkan aus dem „Bermuda Dreieck, Warner Bros. Movie World“ in Bottrop-Kirchhellen. Auch der Kontrast mit dem Schornstein-Bild auf der Rückseite kann Auswahl und Positionierung nicht rechtfertigen.

Dies alles hat natürlich einen Stellenwert. Aber die häufig alles andere wegbeißenden Behauptungen aus dem Kunst-Bereich wirkten sich zum Schaden von Fotografie und Wissenschaften aus, vor allem der dokumentarischen Fotografie.

Die Frage liegt nah: Was kommt zu kurz? Das Greifen des ganz Normalen. Dies war seit Beginn der Fotografie ihre besondere Fähigkeit. Darauf wiesen bereits Diskussionen in den 1970er Jahren hin. Die Folkwang-Ausstellung 1981 nahm die Kritik auf – weithin blieb es jedoch bei dieser einmaligen und einzigartigen Ausstellung.

Aus der Zunft der Fotografen selbst kam die Gegenkritik – sie behauptete: Das Normale ist langweilig. In vielen Fällen stimmt das. Daneben gibt es den banalen Blick, den der Betrachter zu verantworten hat. Aber man kann mit Hilmar Pabels oben beschriebener Konzeption antworten: Wer in der Lage ist, das Leben in seiner Lebendigkeit zu begreifen, dem ist nichts langweilig – alles wird spannend. Ein ausgebreiteter Blick in die Geschichte der Bilder zeigt, daß zum Beispiel die Bild-Tradition der Niederlande aus der vertieften Sicht und der ausgezeichneten Darstellung des Normalen lebt – von den gemalten Bildern bis zur Fotografie und zum Film (Johan van der Keuken). Tonino Guerra nannte es „das Drama der Fliege.“ Dazu mag man auch

die zwei Seiten von Robert Musil über den Tod einer Fliege lesen, um sich zu überzeugen, daß es auf die Kraft des Begreifens und Darstellens ankommt.

Ausstellungsplaner brauchen sinnliche Objekte. Dazu zählen Fotos. Aber die Macher lösen selten das Problem, daß sie diese sinnlichen Objekte wirklich ernst nehmen. Meist bleibt es beim guten Willen – und endet wiederum in der Illustration. An den Katalogen kann man ablesen, wie wenig ernst es ihnen mit den Bildern ist. Ein Beispiel dafür ist die Publikation des Rheinischen Industriemuseums. Zur Verteidigung wird eine von Fotografen erfundene Bild-Ideologie ins Feld geführt: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Oder bescheidener: Das Bild spricht für sich selbst. Das ist ja zum Teil wahr – aber nur halb. In dieser Halbwahrheit, die gern eine Diskussion ausschließt, steckt das unaufgearbeitete Problem. Auch mit der Sprache der Bilder muß man verbal umzugehen lernen, zumindest mit klugen Hinweisen.

Das Ruhrland-Buch schwankt zwischen einer essayistischen Schau und Wissenschaft. Dies läßt sich im Prinzip miteinander vereinbaren – man kann die Absicht schätzen, bietet sie doch mehrere Zugangs-Kanäle.

Ausdruck dessen ist zunächst der Versuch, die Vielfalt der Bilder-Welt in dieser Region zu fassen. Der Katalog zeigt ein breites Spektrum von Bild-Quellen.

Ob jedoch die Strukturierung weit führt, mag man als Frage stellen. Was sagen Kapitel-Überschriften wie Wäsche, Klassiker 1, Schauspiele, Archiv 1, Archiv 2, Archiv 3, Heimat 1, Perspektive 1, Heimat 2, Werkskosmos, Perspektive 2,

Schnittstellen, Klassiker 2, Metamorphose? Mit Ausnahme des Stichwortes Werkskosmos sind solche Titel nichtssagend – eine Vergeheimlichung, die aus dem Kunst-Betrieb stammt. Aber selbst darin geben die Worte nichts her.

Die Rechtfertigung der Autorin kann in ihrer viel zu knappen sprachlichen Fassung nur geahnt werden. Sie gruppiert nach unterschiedlichen Interessen, die die Produktion der Bilder leiten. Dann wird das Buch jedoch so inszeniert, daß dies kaum merkbar ist.

Als Struktur spricht Sigrid Schneider von „assoziativer Montage ...“, die das Zufällige nicht versteckt und sich dem Spiel mit dem Bedeutungsüberschuß fotografischer Bilder nicht versagt.“ Soviele Andeutungen lassen sich weder im einzelnen verstehen noch als Zusammenhang. Auch hier ist offensichtlich eine unproduktive Praxis des Kunstbetriebes dazwischengerutscht, die allzu häufig solche Wort-Kaleidoskope ohne Rücksicht auf Semantik und Verständlichkeit wirbelt.

Im Kern ist die Darstellung eine Ikonografie von Ruhrgebiets-Klischees und eine Veranschaulichung der Image-Konzepte von Institutionen. Aber dies bleibt in sich in einer groben Klischierung stecken und führt nicht zur Differenzierung.

Weitere vorhandene Versuche, andere Images zu erzeugen, kommen viel zu kurz – zum Beispiel die Bilder-Welt der Bürgerinitiativen (ein Stichwort, das im Buch fehlt). Daran läßt sich die Frage knüpfen, wie Geschichte geschrieben wird – mit der inzwischen ziemlich fatalen Vorliebe für Offizielles und Offiziöses und für berufstädtisch Legitimiertes, aber kaum mit der

Lust, „unten“ und in den Ritzen zu sammeln. Da war die Ausstellung des Folkwangmuseums 1981 erheblich weiter.

Daß ausgerechnet die Leute die kreativen und kämpferischen 1970er Jahre verdrängen, denen sie den institutionellen und persönlichen Aufstieg verdanken, darüber kann man sich nur wundern – eine vernünftige Erklärung gibt es nicht. Offensichtlich sind sie in dieselbe Falle getappt, wie damals die Leute, zu denen diese Bewegungen in Opposition standen.

Viel zu groß sind die Pulks der Blöcke, am deutlichsten sichtbar im Kapitel Heimat 2. Wie sich dieser Block von Heimat 1 unterscheidet, bleibt unerfindlich.

Dies läßt auch ein weiteres Problem sichtbar werden: Im Bereich der Fotografie scheint es erlaubt, ziemlich diffus zu sein. Auch dies stammt eher aus dem Bereich des Kunst-Gebrauchs als aus der Wissenschaft – und der Fotografie als spezifisches Medium. Nicht zufällig hat ein so scharf analysierender Kopf wie Renger-Patzsch jeglichen künstlerischen Anspruch brüsk von sich gewiesen. Das bedeutet nicht, daß Fotografie keine künstlerische Dimension hat, aber aus der ungeheuer scharfen Konkurrenz mit der Malerei hat der Umgang mit der Fotografie immer noch zu wenig differenzierte Erkenntnisse gezogen.

Hierhin gehört auch eine Anmerkung zur Auswahlbibliografie des Ruhrland-Buches. Sie scheint stark nach opulenter Ausstattung, teurem Druck und Einband, zu zielen. Wir erfahren fast nichts über die produktiven 1970er Jahre, die dies weder bieten können noch wollen.

Den diffus-nichtssagenden Titel „Schwarzweiß und Farbe“ wiederruft Insti-

tuts-Direktor Ulrich Borsdorf bereits im Vorwort: „... geht es mehr um Grauwerte ...“ In seinem kurzen Text stecken viele kluge Hinweise, denen wenig Taten folgen.

Diese Relativierung der immens umfangreichen Publikation soll nicht verdunkeln, daß sich insgesamt das ausgebreitete Material hervorragend nutzen läßt – in vielerlei Richtungen. Es bietet auch eine Anzahl interessanter Anregungen. Dazu gehört besonders das Kapitel über Heinrich Hauser und seinen Bild-Text-Bezug.

Das Buch des Rheinischen Industriemuseums hat das Verdienst, ein wichtiges Thema aufgegriffen zu haben. Mehr als in anderen Landschaften ist im Ruhrgebiet seit Beginn der Industrie-Epoche der Wandel einprogrammiert – was häufig übersehen bzw. mit ideologischen Stillstands-Vorstellungen überspielt wurde. Mehr als anderswo legte der Wandel Ziel-Vorstellungen utopischer Art nahe.

Aber dies hat ein Teil der Autoren wenig sorgfältig verarbeitet. Der komplexe Sachverhalt ist weitaus schwieriger als er hier ausgebreitet wird. Dies gilt vor allem für die Einschätzungen der IBA Emscher Park, die der Rezensent aufgrund intensiver Erfahrung besonders gut auf ihre Wirklichkeit hin überprüfen kann. Ein Essay zu Karl Ganser mag als süffiger, rhetorisch perlender Beitrag gelesen werden, der sich von vornherein selbst eher als Unterhaltung denn als Realitäts-Analyse darstellt. Problematischer wird es, wenn ein weiterer Beitrag Wissenschaft behauptet, aber in lange Sätze jeweils ein Knäuel von Andeutungen einfüllt und sich daher nicht mehr durchschaubar und kontrollfähig macht. Überdies wechselt er, ebenso wie einige

weitere Autoren, ständig die Maßstäbe aus. Und: eine Behauptung ist noch keine Begründung.

In einigen Artikeln wird sichtbar, daß der Unterschied zwischen der markig schillernden blasigen Ankündigungs-Politik von Politikern der Region und besserwissenden pauschal behauptenden Wissenschaftlern verschwindet: beide verzichten auf genaues Hinschauen. Dazu aber könnten die Bilder zumindest auffordern, wenn sie ernst genommen würden.

Die drei insgesamt sehr anregenden Bücher legen nahe, nach Perspektiven für die Region zu fragen. Immense Potentiale sind vorhanden – meist nicht oder wenig bearbeitet. Schätze schlummern, wie die Entdeckung von Horst Lang zeigt. Viele weitere sind zu entdecken, ich nenne stellvertretend Ruth Gläser, Richard Oertel und Rudolf Holtappel in Oberhausen.

Es fehlt die Erschließung. Wir brauchen eine Übersicht über die vielen Lagerstätten. Und eine Etablierung der Sammlungs-Ebene. Vorreiter sind das Ruhrlandmuseum in Essen (Sigrid Schneider) und

das Rheinische Industriemuseum in Oberhausen (Daniel Stemmerich). Die Photographische Sammlung des Folkwang-Museums (Ute Eskildsen) hat sich nach ihrer vorzüglichen Ausstellung 1981 auf eine ältere dualistische Ästhetik-Position zurückgezogen.

Ruhrlandmuseum und Rheinisches Industriemuseum haben große Verdienste in ihrer Ausstellungs-Tätigkeit der Bilder-Welt. Ausstellungen, die bekanntlich sehr teuer sind, sollten endlich die Dimension der Nachhaltigkeit erhalten, d. h. nach Ablauf nicht zerfleddert werden, sondern zumindest als Gerüst auch auf Dauer in einem öffentlichen Gebäude sichtbar bleiben. Die wissenschaftliche Begleitung des Mediums Fotografie ist zu organisieren. Dies kann im Diskurs mit den Wissenschaften geschehen, die an der Fotografie ein tiefgreifendes Interesse entwickeln sollten.

Hier können die Geo-Wissenschaften eine Vorreiter-Rolle spielen, weil sie einen Vorlauf haben: an Zugang, Nutzung und Verarbeitung.

Wiedergelesen

Alfred Weber: Schriften zur Industriellen Standortlehre. Herausgegeben von Hans G. Nutzinger. Alfred-Weber-Gesamtausgabe, Band 6. Marburg 1998. 535 S.

Die Webersche Standorttheorie ist im vergangenen Jahrzehnt aus dem Olymp vertrieben worden. War sie zu Beginn der 90er Jahre noch der Grundbaustein in den meisten wirtschaftsgeographischen Lehrbüchern, so wird sie in Veröffentlichungen aus institutionalistischer und regulations-theoretischer Perspektive oder in der New Economic Geography kaum noch mit einer Fußnote gewürdigt. Webers Standortdreieck, das war die Erklärung des Raumes aus den Transportkosten. Und die Transportkosten scheinen in den Zeiten des *global sourcing* endgültig zu einem Randphänomen geworden zu sein.

Die Herausgabe von Alfred Webers standorttheoretischem Werk braucht aber keineswegs als Grabgabe für eine untergehende Theorietradition gewürdigt zu werden. Webers Entwurf der Raumwirtschaftstheorie sah anders aus als es die heutigen Lehrbuchdarstellungen glauben machen wollen. Dies gilt es nun wieder zu entdecken.

Die „Schriften zur Industriellen Standortlehre“ sind Teil einer zehnbändigen Alfred-Weber-Gesamtausgabe und versammeln zum ersten Mal seine sämtlichen Arbeiten zur Standorttheorie in einem Band. Allein die Neuauflage der Monogra-

phie „Ueber den Standort der Industrien“ ist bereits ein herausgeberisches Verdienst. Dieses Hauptwerk des Begründers der Industriegeographie war seit vielen Jahren im deutschsprachigen Raum vergriffen. Weiter enthält der Band die „Industrielle Standortlehre“ sowie einige Artikel und Vorworte, die teilweise an abgelegenen Orten veröffentlicht waren. Schließlich werden eine Nachschrift seiner Vorlesungen zur „Praktischen Volkswirtschaftslehre“ von 1919 und drei Gutachten erstmals veröffentlicht. An der Nachschrift ist bemerkenswert, wie Weber hier eine Skizze der sozialökonomischen Prozesse mit ihren wirtschaftsgeographischen Auswirkungen verbindet. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei der Kapitalkonzentration und den Standortmustern der kapitalistischen Großunternehmen. Erhellend ist ebenfalls, wie er die Stärken des deutschen industriellen Systems herausarbeitet. In den 1917/18 für das Reichsschatzamt erstellten Gutachten untersucht Weber, wie sich die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft nach Kriegsende gestalten könne bzw. sich eine Rohstoffblockade der Alliierten auswirken werde. Der Ton dieser Ausarbeitung ist sachlich-nüchtern, gleichwohl zeichnet Weber mit wenigen Strichen, wie das Zusammenspiel von Rohstoffvorkommen und industrieller Nutzung in der damaligen Zeit geostrategische Einflusssphären festlegte.

Abgerundet wird der Band durch eine informative Einleitung des Herausgebers H. G. Nutzinger. Darin wird dankenswerter-

weise auch auf den „Abbruch“ des Weberischen Projektes eingegangen. Weber hatte 1899 mit ersten Vorarbeiten zu seiner empirisch fundierten Standorttheorie begonnen, 1909 aber nur den ersten Band seines Werkes, die „Reine Theorie des Standortes“, publiziert. Trotz mehrfacher Ankündigungen erschien der zweite Band, die „realistische“ Theorie, nie. Einen wenig befriedigenden Ersatz legte Weber 1914 mit dem Artikel „Industrielle Standortslehre“ vor, der seine Theorie zusammenfaßte und in wenigen Punkten auch weiterentwickelte, sowie zwischen 1913 und 1931 mit der Herausgabe von acht Dissertationen zu empirischen Beispielen. Nutzing er weist nun zum einen darauf hin, daß Webers Beschäftigung mit raumwirtschaftlichen Problemen nicht einfach abriß, zumindest bis zu seiner Emeritierung 1933 nahm er das Thema immer wieder auf. Zum anderen war weniger das knappe Zeitbudget des auf vielen Feldern beheimateten Wissenschaftlers ausschlaggebend als die Inkonsistenzen seines Ansatzes.

Die Frage, wo eigentlich diese Inkonsistenzen liegen, könnte auch beantworten helfen, wo heute die Weberischen Beiträge in die Industrie- und Wirtschaftsgeographie einzuordnen sind. Weber sieht auf der ersten Ebene seiner Theorie die geometrische Entfernung und physischen Gewichte der Waren als die raumbestimmenden Faktoren. Falsch, antworteten bereits Andreas Predöhl, Tord Palander und Walter Isard für die Neoklassik. Nicht physische, sondern wirtschaftliche Größen – Preise und Kosten – sind für ökonomische Akteure entscheidend. Sie übersetzten Webers technische Problemlösung in ein Preissystem, aber be-

kräftigten seine Sichtweise, daß den Transportkosten die determinierende Rolle in der Raumstrukturierung zukommt. In dieser Form wurde die „Webersche Standorttheorie“ kanonisiert. Aber was hier als Lösung verbreitet wurde, erschien Weber selbst nur als erster Problemaufriß. Denn neben der ersten Ebene der regionalen Faktoren (eben den Transportkosten und den regional gegebenen Arbeitskosten) existiert bei ihm die zweite Ebene der Agglomerationsfaktoren. Unter ihnen versteht Weber alles, was die „Zusammenballung der Produktion“ an einem Ort bewerkstelligt. Hier wird die brancheninterne Differenzierung und Integration angesprochen, Führungsvorteile zwischen Institutionen und Unternehmen und die Vorteile eines lokalen qualifizierten Arbeitsmarktes. Das heißt, hier behandelt Weber bereits viele Punkte, die aktuell in den Theorien der intraregionalen Spezialisierung diskutiert werden. In einem abschließenden Kapitel versucht Weber den Zusammenhang der verschiedenen Einflußfaktoren und die Dynamik des Gesamtsystems zu bestimmen.

Webers Agglomerationsfaktoren und seine Dynamisierungsversuche wurden in der neoklassischen Fassung nur als Appendix behandelt. Es war immer offensichtlich, daß die Tendenz zur Agglomeration das Ideal eines räumlichen Gleichgewichts störte. Um so interessanter ist es, diese Spannung zwischen Regional- und Agglomerationsfaktoren im Originaltext aufzuspüren. Einerseits verheißt Weber eine mathematisch exakte Ableitung von Standorten ausgehend von den Transportentfernungen, andererseits weist er auf die *Offenheit* einer selbstregulativen kapitalisti-

schen Wirtschaft hin. In einer Reihe von Hinweisen geht Weber auf die Dynamik der Produktionskosten in räumlichen Produktionssystemen ein, unter anderem auf die Kosten- und Innovationsvorteile, die ein spezialisierter Maschinenbau am Standort einer Branche ermöglichen kann. Seine häufig wiederholte Zurechtweisung, der dynamische Aufbau von Agglomerationsvorteilen an einem Standort *modifiziere* stets nur die vorhandene transportorientierte Raumstruktur, klingen vom heutigen Standpunkt aus wie hilflose Versuche, die Geister zu bändigen, die er selbst gerufen hatte. Diese Widersprüche dürften der Grund sein, warum dem ersten Band der „reinen Theorie“ kein zweiter Band mit der empirischen Untersuchung am Beispiel Deutschland folgte. Weber selbst bezeichnete seinen ersten Band als „Propädeutik“, der erst noch die „realistische“ oder „empirisch-kapitalistische“ Theorie im zweiten Band folgen sollte. Deren Stellenwert gibt er im letzten Satz seiner „Reinen Theorie“ an, wenn er darauf hinweist, daß „die kapitalistische Behandlung der Arbeitskraft als eine >Ware< (...) ungefähr den halben lokalen Aufbau unseres gegenwärtigen Gesellschaftskörpers“ bedeutet. Offensichtlich hielt der Spannungsbogen nicht, und das empirische Material ließ sich nicht mit seiner „reinen Theorie“ vereinbaren.

Dieser Widerspruch bei Weber zwischen dem sterilen Transportkosten-Modell und den Ausführungen der Agglomerationstendenz wurde in der neoklassischen Lesart kaum thematisiert. Sie glaubte in Weber einen der ihren zu erkennen. Zwar kritisierte Weber ebenso wie die österreichische Grenznutzenschule die Methodik

der dominierenden Historischen Schule. Tatsächlich hatte er aber bei der Publikation im Jahr 1909 mit der Neoklassik nur den methodologischen Individualismus und die Lust an der isolierenden Abstraktion gemeinsam (und in späteren Jahren nicht einmal dies). Ihren Gleichgewichtsansatz und ihre Beschränkung auf die Tauschsphäre teilte er nie. Das raumwirtschaftliche Gleichgewicht ist zwar der methodische Fixpunkt seiner Untersuchung der Transportkosten, und Weber kleidet das Gleichgewichtsdenken kongenial in das Bild des Kräfteparallelogramms der Mechanik. Aber spätestens in der Betrachtung der Agglomerationsfaktoren wird jede normative Kraft des Gleichgewichtsbegriffs aufgegeben. Er betrachtet die Wechselwirkung der ökonomischen Aggregate, ohne daß er eine Anpassung an ein vorausgesetztes Gleichgewicht herbeimodelliert. Daß Weber die Indeterminiertheit der kapitalistischen Raumstrukturierung registriert, gilt es als seine besondere analytische Leistung anzuerkennen.

Damit ist es an der Zeit, von der traditionellen Verstümmelung der Weberschen Theorie Abschied zu nehmen. Weber interessierte nicht allein – wie es zuletzt auch Paul Krugman dargestellt hat – die Standortwahl des Einzelunternehmens. Richtig ist, daß dieser Teil formal am meisten befriedigt und als praktisches Instrument eingesetzt werden kann. Die einzelwirtschaftliche Perspektive ist aber nach Webers Bekunden nur ein Hilfsschritt zu Beginn seiner Standorttheorie. Letztlich möchte er „nicht mehr nur eine Analyse isoliert gedachter Produktionsprozesse, sondern der Gesamtlagerung der Industrie

nach generellen Gesetzen“ leisten. Gerade dieser gesamtwirtschaftlichen Sicht dient seine Bestimmung der Agglomerationsfaktoren. Es bleibt zu hoffen, daß Weber am Ende dieses Jahrzehnts, wenn sein Haupt-

werk 100 Jahre alt sein wird, als legitimer Gründervater einer dann umfassenderen Wirtschafts- und Industriegeographie anerkannt wird.

Christoph Scheuplein

Einzelrezensionen

Sebastian Kisters: „Ruhrpott, Ruhrpott!“ Wie die Europapokaltriumphe von Schalke 04 und Borussia Dortmund Image und Identität des Ruhrgebiets veränderten. Bochum 2000 (Materialien zur Raumordnung, Band 56). 121 S.

„Die Welt ist zwar kein Fußball, aber im Fußball, das ist kein Geheimnis, findet sich eine Menge Welt.“ Diese Worte des Schriftstellers Ror Wolf sind in besonderer Weise bei der Lektüre von Sebastian Kisters' Arbeit „Ruhrpott, Ruhrpott!“ nachzuempfinden. Sebastian Kisters erörtert die Frage, in welcher Weise die Europapokalerfolge von Borussia Dortmund und Schalke 04 aus dem Jahr 1997 Image und Identität des Ruhrgebiets verändert haben. Gerne habe ich dem Wunsch der *geographischen revue* entsprochen, die Ausführungen von Sebastian Kisters zu diesem hoch interessanten Thema aus meiner Sicht, also aus der Sicht des Managers von Borussia Dortmund, zu beleuchten.

Meiner kurzen Betrachtung stelle ich zunächst eine provozierende, wenn auch nicht all zu ernst gemeinte Bemerkung voran. – Sebastian Kisters kann in seiner teils feuilletonistischen Darstellung eines nicht verbergen: Sein Fußballherz schlägt blau-weiß! Vielleicht erklärt diese Vermutung, dass die Themenstellung nicht das hält, was sie zunächst verspricht: Nämlich die ausgewogene Untersuchung, wie sich die internationalen Triumphe von Schalke und

Dortmund auf die Menschen und auf die Struktur des Ruhrgebiets ausgewirkt haben. Kisters konkretisiert seine These, die Region habe sich durch die besagten Europacup-Erfolge neu entdeckt, im wesentlichen am UEFA-Cup-Sieg des FC Schalke 04. Uns hätte interessiert, in wieweit der Champions-League-Erfolg des BVB zu diesem Bewußtseinswandel beigetragen hat. Leider bekommen wir diese Frage nicht differenziert beantwortet.

Insgesamt hat es Sebastian Kisters aber für meinen Geschmack verstanden, mit fundierten Arbeitsergebnissen herauszustellen, dass traditionelle Vereine wie Borussia Dortmund, Schalke 04, aber auch Klubs wie der VfL Bochum, MSV Duisburg oder Rot-Weiß Essen für einen Großteil der Menschen im Ruhrgebiet zu einem Stück ideeller Heimat geworden sind. Das Ruhrgebiet und der Sport haben in der Tat einen erstaunlichen Wandel durchlebt. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass der Fußball für das Revier mittlerweile nicht nur ein Image- und Identitätsfaktor ist. Längst ist der Fußball in unserer Region auch ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Dass sich Tradition, Leidenschaft und kommerzielles Handeln nicht ausschließen müssen, dafür steht gerade Borussia Dortmund, mit mehr als 60.000 Zuschauern pro Heimspiel der meist besuchte Bundesligaklub. Woche für Woche zieht die Borussia und der Volkssport Fußball insgesamt Tausende von Menschen in den Bann. Vom „Kicken“ auf

den Bolzplätzen bis hin zum Gemeinschaftserlebnis im Stadion – unser faszinierender Sport verbindet die Menschen und schafft Kommunikation. Gerade im Revier. Sebastian Kisters hat nicht nur diesen Aspekt in ansprechender Weise dargestellt.

Abschließen möchte ich meinen kleinen Beitrag mit einer persönlichen Bemerkung: Im vorletzten Absatz seiner Arbeit führt Sebastian Kisters ein Zitat von mir aus dem Jahre 1998 an: „Wenn Lars Ricken mit zwei Schalker Spielern ins Fernsehstudio fliegt, wünscht er sich, dass der Flieger abstürzt. Den haben wir so erzogen.“ Diese Aussage, zu der ich mich in einem kleinen nichtöffentlichen Kreis tatsächlich habe hinreißen lassen, war flapsig gemeint und ist dennoch absolut unpassend gewesen. Ich habe mich für diese Aussage entschuldigt.

Michael Meier

Gerd Willamowski, Dieter Nellen, Manfred Bourrée (Hg.): Ruhrstadt. Die andere Metropole. Herausgegeben für den Kommunalverband Ruhrgebiet. Essen 2000. 655 S.

Thomas Rommelspacher schreibt in seinem Beitrag „Die zweite Chance: Der steinige Weg zu urbanen Lebensformen“ in dem hier vorliegenden Band: „Eines hat sich ... seit der Jahrhundertwende nicht verändert: Wie einst die königlich-preußische Regierung in Berlin so verweigern heute die Sozialdemokraten in der Düsseldorfer Landesregierung dem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltung und eine eigene politi-

sche Arena. Sie beharren darauf, dass die 1818 erfolgte Aufteilung des Raumes zwischen Ruhr und Emscher unter drei Regierungspräsidenten die sinnvollste Weise ist, den größten deutschen Ballungsraum zu verwalten.“ (S. 83) Die Pläne der sozialdemokratisch geführten Landesregierung gingen in der Tat noch weiter. Mit dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) sollte die einzige administrative Klammer des Großstadtgebietes „Ruhrrevier“ aufgelöst werden, seine Aufgaben auf die Kommunen übertragen und eine neue Organisation, die „AgenturRuhr“, die „gestalten, nicht verwalten“ sollte (so die damalige nordrhein-westfälische Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis), geschaffen werden. Die für die SPD in NRW ungewohnt schlechten Ergebnisse der letzten Kommunalwahl haben diese Pläne vereitelt. Inzwischen haben der KVR, Konkurrenzparteien der Sozialdemokraten, Vereine und Initiativen eine Debatte initiiert, die als „Ruhrstadt“-Diskussion lebhaftes Echo in den regionalen Medien findet. In einer vom Verein „Pro Ruhrgebiet“ im November 2000 durchgeführten Internetumfrage stimmten 56,4 % der fast 40.000 Teilnehmer für die „Ruhrstadt“ als anzustrebende Organisationsform des Ruhrgebiets. Vor diesem Hintergrund der sich wieder formierenden Diskussion um eine angemessene administrative Einheit ist der Titel des Bandes zu verstehen.

Mit dem Buch will der Herausgeber Kommunalverband Ruhrgebiet neue Sichtweisen auf das Ruhrgebiet eröffnen und alte Klischees in Frage stellen. Es ist der Schlußpunkt unter das Geschichtsprojekt Historama Ruhr 2000, in dem nach identi-

tätsstiftenden Wurzeln des Ruhrgebiets gefahndet wurde. Das mit 655 Seiten und über 600 Photos und Illustrationen ausgestattete, überformatige und fast vier Kilogramm schwere Werk richtet sich an eine breite, aber zunächst nicht genau bestimmbare Leserschaft, die eingeladen wird, die Region mit ihren äußerst vielfältigen ökonomischen, siedlungsgeschichtlichen, kulturellen, künstlerischen, landschaftlichen und auch intellektuellen Traditionen kennenzulernen oder sich ein bereits bestehendes Bild von Vielfältigkeit, Unverwechselbarkeit etc. bestätigen zu lassen.

Über 50 Autoren unternehmen den Versuch, im Wechsel von Essay, Reportage, Bericht und Analyse allgemeinverständlich die großen Entwicklungslinien der letzten 100 Jahre in den unterschiedlichsten Themenfeldern aufzuzeigen.

Die Themenpalette ist so breit wie das Buch schwer und dick. Der bekannte Satiriker und Titanic-Redakteur Thomas Gsella erfährt das Revier von West nach Ost mit der Straßenbahn und teilt die Erfahrungen seiner kurzen teilnehmenden Beobachtung den Lesern mit. Der Essener Innovationsforscher Erich Staudt beschäftigt sich mit dem berühmten Ruhrgebietsfilz; der Verleger Ludger Claßen verweist in seinem Beitrag „Die stille Revolution – Studentenstadt Ruhrgebiet“ auf die eher leisen Erfolge der Hochschulen im Revier: „Der ... Anteil von etwa 20 Prozent (der Studenten, J. B.) aus Arbeiterfamilien könne aber nach wie vor als Besonderheit der Ruhrgebietshochschulen gelten und unterstreiche die Bedeutung der Hochschullandschaft für die Bildungschancen insbesondere von Kindern aus Arbeiterfamilien“ (S. 282); während

der WDR-Korrespondent Hagen Beinhauer mit der Forschungslandschaft an Ruhr und Emscher hart ins Gericht geht und fordert: „Nicht Kleckern. Klotzen!“ (so der Titel seines Beitrages, S. 294 ff.).

Harry Lehmann vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie zeichnet den Wandel von der Kohle zur Sonne als Energielieferanten nach und Ulrich Schreiber zieht eine kritische Bilanz der Theatergeschichte; auch darf die „geheimen Magie“ der Currywurst und des Bochumer Bermuda-Dreiecks nicht fehlen (S. 610 ff.).

In diesem Buch wird alles behandelt, was nur in irgendeiner Form mit dem Ruhrgebiet zusammenhängt. Peinlich genau wird auch darauf geachtet, daß alle größeren Städte der Region mit einer angemessenen Zahl von Themen und Bildern vertreten sind. Das scheint mir nun doch ein Hinweis darauf zu sein, an welche Zielgruppe sich dieses Buch wendet: Es ist in erster Linie für die Leserschaft in der Region geschrieben. Mit der gleichen Intention, die sich auch im Kultur- und Geschichtsspektakel Historama Ruhr 2000 finden läßt, wird auch in diesem Band ein Stück Identitätsarbeit für die Region, für die sich formierende „Ruhrstadt“ geleistet.

Im ersten Aufsatz des Bandes, den man durchaus als Einleitung oder als Progammatik des Buches lesen kann, deutet Klaus Tenfelde, Leiter des Instituts für Soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, an, worum es geht: „Dieses Selbstbewusstsein (einer im Strukturwandel neu entstandenen bürgerlichen Mittelschicht, die „Neue Mitte“, J. B.) sucht nach der historischen Verankerung, nach den ge-

schichtlich begründeten Besonderheiten der Region, um sich ihr Bild von ihrer Heimat zu machen, sich zu orientieren, um zu wissen, wo man herkommt und hin will.“ (S. 17/18) „Integrationskern“ dieser Neuen Mitte ist nach Tenfelde eine klassenübergreifende Erinnerungsgemeinschaft, in deren Mittelpunkt die Schwerindustrie steht.

Das vorliegende Buch bietet vor allem für jene eine reichhaltige Fundgrube an Primärliteratur, die sich mit dem Thema Entstehung einer regionalen Identität beschäftigen wollen. Für alle diejenigen, die an dieser Thematik weniger interessiert sind, ist es ein opulent ausgestatteter Band anspruchsvoller Reiseliteratur, der nicht nur einige kurzweilige Lesestunden verspricht, sondern der auch dazu auffordert, sich durch eigene Anschauung vor Ort ein eigenes Bild vom Revier zu machen.

Jörg Becker

Karl Eckart, Oliver Neuhoff u. Erhard Neuhoff (Hg.): Das Ruhrgebiet. Geographische Exkursionen. Gotha 2000 (Perthes Exkursionsführer). 216 S.

Der vorliegende Band versammelt 19 Exkursionen, die während des 27. Deutschen Schulgeographentags in Duisburg (Okt. 2000) durchgeführt wurden.

Zu Beginn des Buches wird in kurzen Artikeln das Ruhrgebiet im „dynamischen“, „ökonomischen“, „ökologischen“ usw. „Wandlungsprozeß“ vorgestellt, worunter im wesentlich ein nach dem länderkundlichen Schema gegliederter regionaler Über-

blick zu verstehen ist, der den herkömmlichen Themenkanon in sehr übersichtlicher und auch reichhaltig illustrierter Form abarbeitet.

Diese überwiegend recht gelungene Mischung aus Text, Karten, Abbildungen und Fotografien (Unzulänglichkeiten wie etwa eine Karte über den kommunalen Ausländeranteil im Ruhrgebiet, die bei niedrigen Quoten eine freundliche hellblaue oder -grüne Signatur zeigt, um bei höheren Anteile in immer dunklere und intensivere Rottöne überzugehen, sind eine seltene, aber dennoch erwähnenswerte Ausnahme) charakterisiert auch die Exkursionsbeschreibungen selbst. Diese werden jeweils von einer Karte begleitet, mittels derer die Exkursionen zum großen Teil auch nachträglich und individuell durchgeführt werden können.

Wohl im wesentlichen aus konzeptionellen Gründen weisen die Exkursionsbeschreibungen teilweise erhebliche qualitative Unterschiede auf. Auf der eher negativen Seite finden sich zwei Typen von Exkursionen: Zum einen gibt es den häufigen Typus des traditionellen Gesamtüberblicks, der meist einen Titel wie „Stadt X im Strukturwandel“ trägt und von der Siedlungsgeschichte über markante Bau- und städtebauliche Problemzonen bis zu beispielhaften Projekten des staatlich geförderten Strukturwandels ein breites Spektrum stadt- oder regionalgeographischer Themen anreißt, ohne eines der angesprochenen Probleme auch nur ansatzweise in eine übergreifende Fragestellung einordnen zu können.

Zum anderen wird – wenn auch verhältnismäßig selten – ein Exkursionstyp

dokumentiert, der eher als Freiluftseminar tituliert werden könnte, da er kaum auf die vor Ort beobachtbaren Objekte eingeht, sondern sie nur als Schlüsselreiz für das Aufzählen von historischen, sozial- und wirtschaftsgeographischen Daten, von detaillierten Angaben zu Einzelheiten der Bauleitplanung oder gar von Meßergebnissen bodenkundlicher Siebungsvorgänge verwendet.

Recht gelungen und auch für den Leser mit Gewinn, z. T. sogar mit Genuß nachzuvollziehen sind hingegen solche Exkursionen, die sich zum einen auf ein konkretes Thema konzentrieren (und nicht nur die Metapher „Strukturwandel“ durchdeklinieren), das dann umfassend und unter verschiedenen Aspekten behandelt wird, und zum anderen auch die speziellen Möglichkeiten der Anschauung vor Ort kontingent in den Exkursionsablauf einpassen. Daß dies keine Frage des gewählten Themas ist, zeigt das breite Spektrum von Exkursionen dieses Typs, das von den Tendenzen der Stadtentwicklung in Oberhausen (hier vor allem zur „Neuen Mitte Oberhausen“; G. Wood) über die Verkehrsproblematik in Dortmund (Chr. Marquardt) bis zu den Umweltproblemen im Ruhrgebiet (J. Hergert, S. Harnischmacher, H. Zepp) reicht, um hier nur einige Beispiele anzuführen.

Insgesamt eignet sich dieser Band sowohl für Leser, die einen ersten Einblick in verschiedene Aspekte der aktuellen Entwicklungen im Ruhrgebiet gewinnen wollen, als auch – mit gewissen Einschränkungen – für solche Leser, die auf der Grundlage der beschriebenen Exkursionen vor Ort eigene Eindrücke zu bestimmten Themen sammeln möchten.

Sowohl für die gelungenen wie auch die weniger gelungenen Exkursionsbeschreibungen bleibt jedoch das grundsätzliche Manko bestehen, daß sie einerseits keine wissenschaftlichen Abhandlungen sind, andererseits aber auch nicht den Vorteil von tatsächlichen Exkursionen aufweisen: den Exkursionsleiter nach eigenem Erkenntnisinteresse intensiv befragen zu können.

Dieses (zweite) Manko läßt sich selbstverständlich nur durch eine tatsächliche Exkursion beheben. Das Buch zeigt nun auch, wer offensichtlich zu welchem Thema Exkursionen durchzuführen in der Lage und bereit ist – eine zusätzliche, gerade für in der Hochschulausbildung Tätige sehr wichtige Information, die als zusätzlicher Nutzen des vorliegenden Bandes anzusehen ist.

Wolfgang Aschauer

Henry Beierlorzer, Joachim Boll, Karl Ganser (Hg.): Siedlungskultur. Neue und alte Gartenstädte im Ruhrgebiet. Braunschweig/Wiesbaden 1999. 166 S.

Dieses Buch ist eines der IBA-Abschlussbücher, die in den Jahren 1999 und 2000 als resümierende und wertende Präsentation der Arbeit dieser 10jährigen Internationalen Bauausstellung erschienen. Einleitend spannt Karl Ganser den thematischen Rahmen. Ausgehend von dem Gegensatz zwischen (vorindustrieller) Siedlungskultur, in der menschliche Bedürfnisse Größe und Form des Hauses bestimm(t)en, und (industriellem/postindus-

triellem) Wohnungsbau als der Herstellung des Serienproduktes „Wohnung“ war es das Ziel der IBA, Siedlungen zu bauen bzw. weiter zu bauen, nicht Wohnungen zu verstreuen. „Mieterinnen und Mieter sollten beteiligt werden, Gemeinschaftseinrichtungen sollten hinzukommen, und trotz der Naturferne von Agglomerationen sollte die Beziehung zur Natur wieder möglich sein. Mit Energie und Wasser sollte sparsamer und intelligenter umgegangen werden. Und all dies in einer städtebaulichen Gestalt, die ein ‘kleines Stück Stadt’ realisieren will – mit Bauten, die sich sehen lassen können, und vielleicht sogar mehr als das.“ Diese Ziele wurden in einer Region zu realisieren versucht, die ganz gegen eine weit verbreitete Auffassung – zumindest im mitteleuropäischen Rahmen – der Zeit voraus ist, weil sie früh industrialisiert wurde, deshalb auch früh deindustrialisiert wurde und als eine der ersten die Phase des „Wandels ohne Wachstum“ erreichte, die geprägt ist von rückläufigen Einwohnerzahlen, Überalterung, Entwertungen auf dem Immobilienmarkt und schwer kalkulierbarer Nachfragen, die jedoch der Siedlungskultur eine neue Chance bieten könnte.

Im ersten Großkapitel „(Stadt)Baukultur“ macht Wolfgang Pehnt zunächst Sprünge nach vorn und blickt zurück auf die Interbau Berlin 1957 und die IBA Berlin 1983/1987 sowie auf die besonderen Aufgaben der IBA Emscher Park. Dirk Meyhöfer und Peter Zlonicky stellen in ihren beiden Beiträgen die historischen architektonisch-städtebaulichen Bezüge im Bau von Gartenstädten im Ruhrgebiet dar, Jörg Blume stellt die neue Gartenstadt Seseke-

Aue und die Küppersbuschsiedlung auf einer ehemaligen Industriebrache vor.

Der Bau, der Umbau und der Weiterbau von Siedlungen oder deren punktuelle Erneuerung bedarf der Planung, diese wiederum bestimmter Organisationsformen und Arbeitsweisen. Ob und wie diese unter bestimmten Zielsetzungen zu verändern seien und einer neuen „Planungskultur“ bedürfen, diskutiert Klaus Selle. Selbstbausiedlungen als Formen und Orte sozialen Wohnens stellt Henry Beierlorzer am Beispiel mehrerer einschlägiger IBA-Projekte vor.

Unter dem Obertitel „Wohnkultur“ geht es um Nachbarschaft, die in alten Arbeitersiedlungen aufgrund prägender sozio-ökonomischer Gemeinsamkeiten angenommen wird, die bei den neuen Mietergemeinschaften in den Neu- und Weiterbauten unterstellt wird und von der behauptet wird, dass man sie durch Wohnarchitektur steuern/fördern können. Beatrix Novy setzt diesen zum Teil übertriebenen Annahmen ihren Beitrag mit dem Titel „Euphorie und Normalität nachbarschaftlicher Gemeinschaftsprojekte“ entgegen, wobei sich zeigt, dass nachbarschaftliche Normalität möglicherweise vor allem auf einer „mittleren Distanz“ stattfindet. Der letzte Teil des Buches stellt schließlich die 21 IBA-Siedlungsprojekte auf jeweils einer Doppelseite vor.

Insgesamt ist dieses Buch als eine anregende, weil facettenreiche bilanzierende Dokumentation des IBA-Planungszieles „Wohnen im Park“ zu empfehlen.

Hans-Werner Wehling

Roland Günter: Im Tal der Könige. Ein Handbuch für Reisen zu Emscher, Rhein und Ruhr. Mit Fotos von Roland Göhre, Günter Mowe und Hilmar Pabel. 4. völlig überarbeitete und erweiterte Aufl. Essen 2000. 560 S.

In der nunmehr vierten Auflage liegt das „Handbuch für Reisen zu Emscher, Rhein und Ruhr“ von Roland Günter vor. „Im Tal der Könige“ – so der zunächst mysteriös klingende Haupttitel – hat sich als wahrer Verkaufsschlager seit seiner ersten Auflage im April 1994 erwiesen. Mittlerweile fanden 17.000 Exemplare ihre Käuferinnen und Käufer. Das zu Ende gegangene Jahrzehnt der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park hat mit dem Finale 1999 den Autor veranlasst, eine völlige neubearbeitete und um die IBA und ihre Projekte erweiterte Fassung vorzulegen. Das in den vorherigen Auflagen am Anfang stehende Kapitel zur vorindustriellen Entwicklung im Ruhrgebiet wurde demgegenüber herausgenommen und soll demnächst Bestandteil einer eigenständigen Publikation werden.

Roland Günter, seit 1971 Professor für Kunst und Kulturgeschichte in Bielefeld, lebt seit 1974 in der Siedlung Eisenheim in Oberhausen. Auf seine eingangs gestellte Frage nach den Königen im „Tal der Könige“, dem „Dreistromland“ an Emscher, Rhein und Ruhr, gibt sein Gegenüber am Tresen die kurze und klare Antwort: „Die Könige? Das sind wir!“ (13) – die Menschen im Ruhrgebiet. Und diesen Menschen widmet der Autor einen besonderen Platz. An hervorgehobener Stelle des Bu-

ches, im Vorsatz und auf der Innenseite des Rückendeckels, erscheinen eine Reihe von Portraitfotos, quasi als Reverenz an die Menschen im Ruhrgebiet. Für die Öffentlichkeit unbekannte Menschen, z. B. der Ex-Bergmann Günter Schröder aus Gelsenkirchen oder Friedhelm Gillen aus Essen bei seiner täglichen Arbeit des Plakatierens, finden sich neben Prominenten wie dem ehemaligen Krupp-Manager Bertold Beitz oder der streitbaren Professorin für Theologie, Uta Ranke-Heinemann. Das Reisehandbuch ist ein Buch über die Menschen an Emscher, Rhein und Ruhr und darüber, wie sie ihr „Tal der Könige“ gestaltet haben und gestalten: „Hier stehen die Pyramiden nicht in der Wüste, sondern mitten unter dem Volk“ (12). Daß dem Autor darüber hinaus die Menschen *seiner* Siedlung Eisenheim besonders wichtig sind, zeigt sich nicht zuletzt auf der Doppelseite 464/465. Auf 16 Fotos wird das Alltagsleben und das Zusammenleben in Eisenheim detailreich und liebevoll dokumentiert, wenn auch durch die Auswahl vielleicht ein wenig idyllisch verklärt.

Wie der jetzige Bundespräsident Johannes Rau, damals in seiner Funktion als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, in seinem Vorwort schreibt, macht Roland Günter es den Lesenden nicht immer leicht: „Keine Arbeitersiedlung, keine Kirche, kein industrielles Bauwerk wird präsentiert ohne den Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Entwicklungen über die Jahrhunderte hinweg“ (10). Aber gerade damit gelingt es Roland Günter, über die Darstellung der Tätigkeit der Menschen zu allen Zeiten das Werden dieser heute hochkomplexen Industrieland-

schaft eindrucksvoll zu dokumentieren und dies für touristische Zwecke nutzbar zu machen. Dabei richtet sich das Buch sowohl an vielseitig Interessierte, die das Ruhrgebiet unter fachkundiger Anleitung „auf eigene Faust“ erkunden wollen, als auch an „Kenner“ des Ruhrgebietes, denen das Buch einen fundierten Abriss zu den vergangenen 150 Jahren Industriegeschichte liefert. Der Autor geht weitgehend chronologisch vor. Er spannt den Bogen von den „Industriedörfern“ und dem industriell bestimmten Ausbau der Städte bis hin zur IBA Emscher Park in jüngster Zeit.

In den zwanzig Kapiteln werden alle für den Industrialisierungsprozeß wichtigen Einschnitte, Ereignisse und Einflüsse dargestellt: Wandel der Städte um die Jahrhundertwende, Arbeitersiedlungen, Gartenstädte, Veränderungen im Bauwesen, Öffentliche Bauten, Reformversuche der Weimarer Republik, Industriearchitektur, NS-Zeit und Weltkrieg, Nachkriegsjahre, Bürgerinitiativen, industrielles Verbundsystem, Infrastruktur, Industriekultur, Umweltsituation, Alltagsleben, Bildung, Theater und Museen. Die meisten der Kapitel sind gleich aufgebaut. Der einführende Text stellt das Thema in den historischen Zusammenhang und benennt kritisch die gesellschaftlichen Implikationen. Wo immer möglich, bemüht sich der Autor um Authentizität: Zeitzeugen beschreiben in wörtlicher Rede ihre Sicht der Dinge, z. B. über die Lebensverhältnisse und die öffentlichen Auseinandersetzungen während der Zeit der Weimarer Republik (162-165). Oder aber es werden Hintergrundinformationen geliefert, etwa zum beruflichen Werdegang des ehemaligen

IBA-Chefs Karl Ganser in der „Biographie des Dirigenten“ (403). In einem z. T. sehr ungewungenen und unkonventionellen Stil erfährt der Leser viele Details, so z. B., auf das Nötigste reduziert und sehr vereinfacht, zur komplizierten geologischen Struktur des Raumes: „Dadurch engen sie (die Kontinente, F. S.-D.) den Ozean ein: er hebt ächzend seinen Boden und legt ihn in Falten – so entsteht das Rheinische Schiefergebirge“ (433). „Orts-Hinweise“ benennen hierzu zahlreiche Standorte im gesamten Ruhrgebiet, soweit vorhanden unter Angabe des Straßennamens und der Hausnummer. Zur Ästhetik der Industrie der 20er Jahre wird für den Bereich Elektrizität und Licht z. B. genannt: „Ventilatoren-Haus (1925 von Fritz Schupp/ Martin Kremmer) in der Zeche Holland in Gelsenkirchen-Ückendorf (Ückendorfer Str. um 219)“ (170). Daneben werden dem Leser in umfangreicheren Textabschnitten vertiefende Informationen zu einzelnen Standorten geboten, z. B. „Schau-Platz: Fritz Schupp und Martin Kremmer entwerfen Zollverein XII in Essen-Katernberg, ...“ (176). Neben Angaben zur Biographie der beiden Architekten liefert der Text Hintergrundinformationen zur architektonischen und technischen Konzeption der Anlage und schließt mit „Orts-Hinweisen“ zu weiteren industriellen Zweckbauten im Ruhrgebiet, die von Schupp und Kremmer geschaffen wurden.

Losgelöst von den vorgenannten Abschnitten zu den Entwicklungsphasen im Ruhrgebiet wird der Leser und Reisende in einem abschließenden Kapitel exemplarisch zu einer Reihe von „Schau-Plätzen“ geführt. Diese stellen wichtige Meilenstei-

ne in der Nachkriegsentwicklung dar. Hierzu zählen etwa Oberhausen-Eisenheim und der lange Kampf um den Erhalt der Siedlung, der – was der Autor bescheiden nicht erwähnt – von ihm und der Bewohnerschaft initiiert, engagiert begleitet und letztlich mit Erfolg beendet worden ist. Am Schluß des Buches bietet zudem ein umfangreicher Anmerkungsapparat je Kapitel zahlreiche Hinweise auf weiterführende Literatur.

Mag der/die Lesende anfänglich noch bei der Schreibweise des Wortes „Garten-Stadt“ an einen Fehler im Trennprogramm der elektronischen Textverarbeitung glauben, so wird doch sehr schnell deutlich, daß es ein durchgängiges Prinzip des Autors ist, zusammengesetzte Substantive mit Bindestrich zu schreiben. So wie immer von „Schau-Plätzen“ oder „Orts-Hinweisen“ die Rede ist, so findet sich beispielsweise auf den Seiten 12/13 die folgende Schreibweise zusammengesetzter Substantive: Stufen-Pyramide, Bus-Halte, Arbeits-Pause, Mittelmeer-Küste, Industrie-Epoche, Struktur-Wandel, Trink-Halle, Hochhaus-Bunker, Wasser-Turm, Arbeits-Landschaft, Lebens-Möglichkeiten, Kohle-Barone, Schlot-Barone, Kanonen-König. In der 2. Auflage von 1995 heißt es hierzu auf der Seite des Impressums: „Der Autor schreibt zusammengesetzte Worte absichtsvoll mit Binde-Strich. Er hält dies für leichter lesbar und sieht es als einen Impuls an zum Nachdenken über Wort-Bedeutungen. Auch Sprache ist gestaltbar“. Ein entsprechender Hinweis auch in der vorliegenden Auflage wäre sicherlich hilfreich gewesen und hätte im Vorfeld mögliche Irritationen beim Lesen ausräumen können. Die ungewöhnliche Schreibweise als eingesetztes Stilmittel hat

in der Tat beim Rezensenten zum Nachdenken über manche Wortbedeutungen geführt: auch Sprache ist gestaltbar, so wie die Region gestaltbar ist – zu allen Zeiten durch den Menschen. Ob der Text durch die besondere Schreibweise, die nicht ganz konsequent durchgehalten worden ist, leichter lesbar ist, bleibt aber dem Urteil eines jeden Einzelnen überlassen.

Stärker gewöhnungsbedürftig ist hingegen der über große Passagen stakkatoartige Schreibstil durch Aneinanderreihung von einzelnen Wörtern oder Satzteilen: „Im Denk-Mal werden Zusammenhänge in symbolischer Form dargestellt. Das Denk-Mal drückt Wirtschafts-Geschichte (aus, F. S.-D.). Sozial-Geschichte. Kultur-Geschichte. Städtebauliche Bezüge. Dabei können wir feststellen, daß dies alles miteinander zusammenhängt. Wirtschaft ist immer eine soziale und kulturelle Form – des Umgangs mit Menschen. Nicht nur mit Arbeitern, sondern ebenso mit Angestellten und Managern“ (323).

Drucktechnisch sind einige Abbildungen zu klein und nur noch mit Mühe zu erkennen: z. B. das Panorama und der entsprechende Kartenausschnitt der Gutehoffnungshütte in Sterkrade (273), die Zeichnung Bruno Tauts zur Stadtkrone (133) sowie etwa die Karte der Dortmunder Nordstadt (64), bei der zudem ein Hinweis auf die fehlende Einnordung angebracht wäre.

Insgesamt besticht das vorliegende Werk durch seine ideenreiche Konzeption, seine Inhaltsvielfalt sowie durch seinen Detailreichtum. Dem selbstgesetzten Anspruch, ein Handbuch für Reisen zu sein, wird es, von den genannten Einschränkungen

gen abgesehen, voll gerecht. Es ist ein Buch, das fasziniert und zum Lesen, Erleben der Landschaft und zum Kennenlernen der Menschen reizt. Den „... Querschnitt (gemeint ist das Arbeitsfeld Ruhrgebiet im Industriezeitalter, F. S.-D.), in dem alles nebeneinander steht – und in Spannung zueinander gerät“ (12) für den Leser und Besucher fassbar und verständlich gemacht zu haben, ist das Verdienst Roland Günters. Selbstkritisch fragt der Autor in seiner Einleitung: „Idealisiere ich? Manchmal scheint’s mir so. Aber wenn ich von meinen vielen Reisen zurückkomme, sehe ich mit frischem Blick: Es stimmt!“ (13). Roland Günter ist stolz auf die Region und die Leistungen ihrer Menschen: „Für mich ist dies das interessanteste Terrain der Erde“ (11).

Der Blick auf die Leistungen und Schicksale Einzelner sorgt für eine liebenswerte und gleichzeitig engagierte Darstellung der Region, die nicht nur die „große Politik“ im Auge hat: ein anregendes und gleichzeitig informatives Handbuch, ein umfangreiches Kompendium, das Reisen im Ruhrgebiet in einen vielschichtigen Wissens-, Erfahrungs- und Erlebniszusammenhang stellt.

Friedrich Schulte-Derne

Dirk Hallenberger: Heimat und Industrie. Zur Literaturgeschichte des Ruhrgebiets. Essen 2000. 334 S.

Um es vorwegzunehmen: „Heimat und Industrie“, der Titel des vorliegenden Bandes über die Literatur des Ruhrgebiets, hält nicht, was er verspricht! Zumindes wenn man als Geograph mit jenem Vorverständnis an die Dissertation des Germanisten Dirk Hallenberger herangeht, das im Hinblick auf den Heimat-Begriff an den jüngeren Regionalismus-Debatten der eigenen Zunft geschult ist. Denn die Kontroversen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben haben, kreisen u. a. um einen Heimatbegriff, der – um es verkürzt zu formulieren – nicht nur mit der Vorstellung vom harmonischen Leben in landschaftlicher Verwurzelung verbunden ist, sondern mit dem in letzter Konsequenz auch das Bewusstsein (z. B. von Heimat) als etwas Räumliches begriffen werden soll (vgl. Hard 1987, 132).

Während die wahrnehmungsgeographischen Bemühungen, emotionale Bindungen des Menschen an ihren Lebensraum zu erfassen, zu systematisieren und die damit zusammenhängenden Identifikationen als strukturgebende Indikatoren zum Zwecke der (wissenschaftlichen) Regionalisierung zu begreifen, auf eine solche „projektive Verdinglichung“ (ebd.) hinauslaufen, ist Hallenberger von Verstrickungen dieser Art doch weit entfernt. Und das liegt vor allem daran, dass der Autor grundlegend jede auch nur im Ansatz zu vermutende Gleichsetzung von regionaler Herkunft und Literatur vermeidet, um nicht „in den

Stallgeruch ideologisch verbrämter literarischer Heimatkunde“ (14) zu geraten. Anstelle der Literatur *des* Ruhrgebiets stellt Hallenberger konsequent die „Literatur über das Ruhrgebiet“ (15) in den Vordergrund und isoliert damit das Inhaltliche vom Räumlichen, wenn auch das Regionale als geographisch und historisch bestimmbares Bezugssystem dient. Mit anderen Worten: Ein Schriftsteller, der über das Ruhrgebiet schreibt, muss nicht notwendigerweise dort leben.

„Heimat“ bzw. „Heimatliteratur“ sind denn auch in der literaturgeschichtlichen Perspektive auf das Ruhrgebiet lediglich Aspekte unter anderen, und zwar spielen diese Kategorien vor allem für die Zeit der Jahrhundertwende eine gewisse Rolle. Sozusagen als Fortsetzung von Reiseberichten, die sich auf die Ruhr als Reiseweg und touristische Attraktion beziehen, entstehen ab Ende des 19. Jahrhunderts Schriften zur lokalen Heimatkunde oder -geschichte, zu meist verfasst von Lehrern oder Redakteuren vor Ort. Diese Werke bleiben aber über den lokalen Rahmen hinaus in der Regel unbekannt. Bezeichnenderweise kann das Ruhrgebiet mit der *Heimatkunstabewegung* der Jahrhundertwende nicht in Verbindung gebracht werden. Diese Gegenbewegung zum Naturalismus, die sich im Sinne des bürgerlichen Realismus von der schlichten Heimatliteratur mit dem Anspruch, Kunst zu sein, absetzt und das Ziel verfolgt, „deutsche Stämme und Landschaften in die Literatur einzuführen“ (34), findet nach Hallenberger kein Interesse am Ruhrgebiet, weil dieses mit den rheinischen und westfälischen Traditionen sowie den Folgen des regen Einwanderungsgeschehens zu hetero-

gen strukturiert ist und sich so einer Typisierung im Sinne der Bewegung entzieht. Letzteres wird sicherlich zutreffen, beim ersten Aspekt verkennt Hallenberger allerdings, dass Autoren wie beispielsweise Heinrich Sohnrey sich durchaus auf den Landschaftsbegriff beziehen und nicht auf politische Ländergrenzen.

Eine zweite Strömung, die Hallenberger zur Heimatliteratur rechnet, befasst sich thematisch mit dem Konflikt, der zwischen Bauerntum und Bergbauindustrie entsteht; hierbei nimmt die Literatur vornehmlich die Perspektive des bedrängten Bauerntums ein.

Einen weiteren Schwerpunkt der Literatur über das Ruhrgebiet setzt Hallenberger erwartungsgemäß im Bereich der Dichtung der Arbeitswelt, und zwar mit drei durchaus verschiedenen Akzenten.

Zunächst zeigt er am Beispiel des Bergarbeiterdichters Heinrich Kämpchen die „authentische“ Arbeiterdichtung mit dem Ziel der politischen Aufklärung und kulturellen Identitätsbildung unter Arbeitern: „Träume vom besseren Leben“ lautet das Motto des Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionärs Kämpchen, der in seiner Lyrik vor allem die Solidarität der Bergleute einfordert. Dabei verwendet er – in Anlehnung an Heine – für Arbeiterdichtung ansonsten untypische Elemente wie Parodie und Polemik. Neben Kämpchen spielen für die Arbeiterdichtung der politisch etwas ‚gemäßigtere‘ Ludwig Kessing sowie in Bezug auf das Drama der programmatisch stark dem Naturalismus verhaftete Emil Rosenow eine Rolle.

Ein zweiter Akzent wird im Bereich sog. Industriedichtung gesetzt. Hierbei

handelt es sich um Literatur, die im Vergleich zum oben genannten Schwerpunkt weniger den Arbeiter bzw. dessen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt rückt, sondern thematisch zunächst vielmehr auf Industrie und Technik in ihrem für die Zukunft des Menschen uneingeschränkt vorteilhaften und bewundernswerten Charakter sowie auf die dadurch hervorgebrachten extremen, aber heilsbringenden Veränderungen setzt. Vertreter dieser Literatur schlossen sich 1912 zum Dichterbündnis *Werkleute auf Haus Nyland* zusammen. Der absolute Fortschrittsglaube geht den Autoren und ihren Schriften im Laufe der Zeit allerdings verloren; ebenso lässt die Bindung an das Thema „Industrie“ nach. Die Programmatik des Dichterbundes – über weite Strecken gewissermaßen die positivistische Variante einer Literatur der Arbeitswelt – wendet sich auch inhaltlich gezielt gegen den Naturalismus mit seinen zeitkritischen Tendenzen.

Aus dem Bund der *Werkleute auf Haus Nyland* gehen bereits die ersten Vertreter einer bürgerlichen Arbeiterdichtung hervor. Einer von ihnen, Otto Wohlgenuth, gründete 1923 die Gemeinschaft *Ruhrland*, die ein loser Zusammenschluss von Schriftstellern und bildenden Künstlerlern war. Ähnlich wie die Mitglieder der *Werkleute* gingen die meisten Dichter einem bürgerlichen Beruf nach. Deren Werke entfernten sich jedoch deutlich von der kritiklosen Haltung der *Werkleute* gegenüber dem Industrialismus, sie wurden ‚sozialer‘. Andererseits unterschieden sie sich von der ‚kämpfenden‘ Arbeiterliteratur durch die fehlenden politisch-appellativen Aspekte.

Neben Reisebeschreibungen, Heimatliteratur und Literatur der Arbeitswelt in ihren verschiedenen Facetten tritt in Hallenbergers „Literaturgeschichte des Ruhrgebiets“ die durch Ereignisse der Zeitgeschichte initiierte Dichtung: Ruhrkampf und vor allem Ruhrbesetzung riefen zahlreiche literarische Reaktionen hervor.

Das historische Ereignis des Ruhrkampfes führte auf der einen Seite zu literarischen Produktionen (vor allem: Romane) mit einer dezidiert klassenkämpferischen Position von Autoren aus dem Umfeld der KPD und des *Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller* (BPRS) und auf der anderen Seite – mit dem Übergang in den Nationalsozialismus – zu völkisch-nationalen Reaktionen. Letztere sind zumeist autobiographisch angelegt und stammen überwiegend von ehemaligen Freikorps-Kämpfern. Von diesen Schriften aus führt ein gerader Weg zum Thema „Ruhrbesetzung“, das nun nicht mehr überwiegend durch Romane, wohl aber so gut wie vollständig von der nationalistischen Seite literarisch repräsentiert wird.

Die Textsorte Roman mit ihrer relativen ‚Geschlossenheit‘ hat schließlich eine besondere Bedeutung in der Literaturgeschichte des Ruhrgebiets. Seit dem Ende der 20er Jahre, nachdem sich das Ruhrgebiet als literarisches Thema endgültig konsolidiert hat, beginnt die Stadt Essen einen Literaturpreis auszuschreiben und sorgt so sowohl für eine lebhaftere Diskussion um den Ruhrgebietsroman als auch für dessen verstärktes Entstehen. Ähnlich wie bei der Literatur zum Ruhrkampf erscheinen in der

Folgezeit Romane der verschiedensten inhaltlichen und politischen Ausrichtungen, wobei auch der Heimatroman bzw. das Thema „Heimat“ vorübergehend wieder an Bedeutung gewinnen.

Hallenbergers Systematik, die primär vom Ruhrgebiet als industriell geprägten Raum ausgeht, betont konsequent den Beginn des Strukturwandels als wesentlichen Einschnitt in die Entwicklung (wichtiger z. B. als das Kriegsende) und führt den Leser mit dem Ausblick auf einen Neuanfang zu Beginn der 60er Jahre zum (vorläufigen) Schluss.

Abgesehen von den eingangs angesprochenen Unstimmigkeiten im Hinblick auf den Titel (Verkaufsstrategie!?) bietet die vorliegende Arbeit mit ihren facettenreichen Darstellungen eine hervorragende Orientierung zur Literatur des Ruhrgebiets und aufgrund der sorgfältig recherchierten Textzusammenhänge beschert sie ein kurzweiliges Leseerlebnis. Ein Nachteil (auch und gerade im Hinblick auf das stärker überblicksbezogene Lesen) besteht freilich darin, dass es nur wenige Versuche des Autors gibt, seine Leser mit Zusammenfassungen über die etwas abstrakter verlaufenden Entwicklungsprozesse der Literaturgeschichte des Ruhrgebiets zu versorgen.

Literatur

Hard, Gerhard 1987: „Bewußtseinsräume“.

Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewußtsein zu erforschen. In: Geographische Zeitschrift 75. S. 127-148.

Hans-Jürgen Hofmann

Renate Kastorff-Viehmann (Hg.): Die grüne Stadt. Siedlungen, Parks, Wälder, Grünflächen 1860-1960 im Ruhrgebiet. Essen 1998. 239 S.

Den „Kohlenpott“ in seiner Siedlungsstruktur durch Grün- und Erholungsflächen oder die „Rückgewinnung von Natur“ zu verbessern, war das Ziel der Grünplanungen im Ruhrgebiet seit den 1970er Jahren - von den Revierparks über die regionalen Grünzüge bis hin zum Emscher-Landschaftspark der Internationalen Bauausstellung.

Dass es 1970 Grünplanung schon seit mindestens einem Jahrhundert in dieser Stadtlandschaft – wenn sie denn je eine „Stadt“ war – gegeben hat, die einerseits „Urbanes“ betont hat, andererseits verhindert hat, dass aus „Suburbanem“ „Urbanes“ hat werden können, zeigt dieses Buch auf.

Nach einem einleitenden kurzen Überblick über die Besiedlung des Ruhrgebietes folgen die beiden ersten weit gefassten Beiträge über die Bedeutung Robert Schmidts hinsichtlich der Zielsetzungen und Implementierung einer regionalen Grünflächenpolitik (Ursula von Petz) bzw. über die seit Mitte des 19. Jhs., d. h. schon seit Beginn der regionalen Industrialisierung realisierten Projekte kommunaler Grünplanung – die Stadtparks, die Stadtgärten, die Wälder (Renate Kastorff-Viehmann). Ansätze gesamtstädtischer Planung werden in diesen kommunalen Planungen sichtbar, Grünflächen werden allmählich zum (prestige-trächtigen) integrativen Bestandteil städtischer Planung. Hermann Josef Bausch widmet sich dann am Beispiel des Landkreises Dortmund der im Ruhrgebiet wich-

tigen Variante der Volksgärten, und zwar sowohl hinsichtlich ihres theoretisch-ideologischen Hintergrundes als auch hinsichtlich der Prozesse ihrer Realisierung. Als Gelsenkirchen-Buer noch die Stadt Buer war, wurde sie bekannt als die „Industriegroßstadt im Grünen“. Auf- und Ausbau des Buerschen Grüngürtels stellt Stefan Goch ausführlich dar. Drei kleinere Beiträge über die Ruhr, den Landschaftswandel in Gelsenkirchen-Schalke und über das „Vaterland“ in Dortmund-Hostedde beschließen den Band.

Ein für das Ruhrgebiet wichtiges und interessantes Thema wird in einem breiten Rahmen präsentiert. Hinzu kommt eine Fülle von Plänen und aussagekräftigen historischen Fotos. Mindestens diese hätten es jedoch verdient, dass das Buch auf besserem Papier gedruckt worden wäre.

Hans-Werner Wehling

Annette Krus-Bonazza: *Einwanderer im Ruhrgebiet: 1945-1995*. Erfurt 2000. 127 S.

21 Angehörige unterschiedlicher Immigrantengruppen, die nach 1945 in das Ruhrgebiet einwanderten, erzählen in diesem Buch über ihr persönliches Schicksal. Aufgeteilt nach unterschiedlichen Einwanderergruppen präsentiert die Autorin in zehn Kapiteln Zitate aus einer Reihe von Interviews und reichert sie mit teilweise privaten Fotos an. Diese Präsentation wird durch ein kurzes Vorwort sowie durch eine Seite Literaturnachweise eingerahmt.

Der Sutton-Verlag, spezialisiert auf Alltags- und Regionalgeschichte, legt mit dieser Veröffentlichung eine erste Darstellung von Immigrantengruppen im Rahmen der Reihe „Erzählte Geschichte“ vor. Die übrigen Veröffentlichungen in dieser Reihe konzentrieren sich auf regionalgeschichtliche Darstellungen. Zwei weitere Bände aus dieser Reihe („Rußlanddeutsche Erinnerungen“ – veröffentlicht 2001 und „Zwangsarbeit in Berlin 1940-1945“ – veröffentlicht 2000) gehören mit ihren Themen im weiteren Sinne ebenfalls in diesen migrationshistorischen Kontext.

Die Autorin, die bereits andere regionalhistorische Publikationen zum Ruhrgebiet vorlegte, bietet dem Leser in jedem Kapitel eine Reihe von längeren Interviewziten aus ihren Gesprächen mit Zuwanderern, die sie mit einer kurzen Kapiteleinführung einleitet. Das Buch ist somit insbesondere für solche Leser gedacht, die sich über eine Textauswahl aus biographischen Interviews mit Immigranten einen Eindruck von der Zuwanderungssituation im Ruhrgebiet der Nachkriegszeit verschaffen wollen. Die Veröffentlichung dient also vor allem als Lesebuch.

Allerdings bleibt das Bedürfnis nach weiteren Informationen unbefriedigt. Die mit etwa einer halben Seite allzu kurzen Kapiteleinführungen bieten keinen Einblick in den migrationshistorischen Kontext und verweisen auch nicht auf weiterführende Informationen. Die am Ende publizierte Liste von Literatur zur Einwanderung ist mit zwölf bibliographischen Angaben ebenfalls deutlich zu knapp ausgefallen und führt zudem überwiegend auch noch eher schwierig zu beschaffende Aufsatzliteratur auf. Es

fehlen also letztlich wichtige Bestandteile von Lesebüchern: eine thematisch umfassende Einführung in das Thema sowie ausreichende Hinweise zum Weiterlesen.

Thomas Schwarz

Susanne Peters-Schildgen: „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet: Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne bis 1945. Hg.: Stadt Herne und Kommunalverband Ruhrgebiet. Essen 1997. 431 S.

Im Gegensatz zum Lesebuch von Annette Krus-Bonazza bietet diese Veröffentlichung eine tiefgehende Darstellung der Zuwanderung in das Ruhrgebiet, am Beispiel der Stadt Herne. Sie beginnt historisch etwa mit der Zeit um 1840 und führt den Leser an das Thema in zwei Kapiteln zur „Herkunft und Entwicklung der Bevölkerung“ sowie zu „Ein- und Auswanderungsbestimmungen“ in den regional- und migrationshistorischen Kontext ein. Ergänzt wird diese historiographische Quellenstudie durch Interviews mit den Nachkommen der Immigranten. Diese Methode der „oral history“ verstärkt die Aussagekraft der schriftlichen Quellen und vermittelt einen lebensnahen Einblick in die Alltagsprobleme der Zuwanderer aus Sicht ihrer Nachkommen. Die Studie wird ergänzt durch rund 100 Abbildungen und Fotos sowie durch einen umfangreichen Anhang aus Statistiken, einem Vereinsverzeichnis und einer umfangreichen Bibliographie.

Die Geschichte der Zuwanderung in diese Region ist die Geschichte ihrer Indu-

strialisierung. Darin unterscheidet sich die Untersuchungsregion nicht von den anderen sich entwickelnden Städten des Ruhrgebiets und ähnlichen Industrieregionen des Deutschen Reiches. Der Bergbau im Ruhrgebiet und im speziellen in der Region Herne setzte um 1840 eine Urbanisierung in Gang, die zunächst auf Arbeitskräfte aus der unmittelbaren Region, also vor allem dem agrarischen Westfalen, und auf englische und irische Bergbauexperten und Bergleute zurückgriff. Bereits damals, in dieser Phase eines zersplitterten Deutschen Reiches, erschwerte der Ausländerstatus auch für Zuwanderer aus den nicht-preußischen deutschen Kleinstaaten die Integration. Ihre Naturalisierung, also die Zuerkennung der preußischen Staatsangehörigkeit, gehörte damals zu den wichtigen Instrumenten staatlicher Politik. Der Ausländerstatus bildete aber auch den Hebel für polizeiliche Interventionen bei Streiks und anderen politischen Aktivitäten. Ausweisungen konnten die Folge sein.

Seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelte sich innerhalb dieser Zuwanderergruppen ein umfassendes kulturelles Leben und ein lebendiges Vereinswesen. Die Autorin schildert im Detail die Aufbauphase dieser Selbstorganisationen, die, wie in anderen Städten des Ruhrgebiets auch, zum Teil eng mit der Katholischen Kirche verknüpft waren. Selbstorganisation und politische Partizipation waren – dies macht nicht nur diese Veröffentlichung deutlich – kein „Rückzug ins Ghetto“, sondern eine folgerichtige Phase der „Seßhaftwerdung“. Hierin unterscheidet sich diese Zuwanderung nicht von jüngeren Immigrationsbewegungen nach Deutschland:

Vereinsgründungen, kirchliche Seelsorge und politische Betätigung insbesondere im sozialdemokratischen Milieu wurde von Gewerbe- und Unternehmensgründungen begleitet. Nicht erst die vorliegende Arbeit zu Herne hat diese Entwicklung umfassend beschrieben. Zuwanderer wurden zu Minderheiten. Die Autorin schildert diesen Prozeß detailliert und verweist auf den in der aktuellen Migrationsforschung allerdings nicht unumstrittenen Zusammenhang von ethnischer Segregation und Assimilationspolitik.

Die Integration wurde aber auch von Widerständen und Rassismus in der einheimischen Bevölkerung begleitet. Insbesondere in der Weimarer Republik verstärkten etwa die „Volkstumskämpfe“ im Osten des Deutschen Reiches Stereotypen und Ressentiments vor allem gegenüber der wichtigsten Zuwanderergruppe, den polnischen Arbeitern und ihren Familien. Die bis heute gängigen antisemitischen Vorurteile entstanden im Zuge der Zuwanderung ost-jüdischer Flüchtlinge, die in Herne insbesondere in den zwanziger Jahren eintrafen. Die Autorin berichtet von den Problemen der ersten britischen Immigranten, über die „Polenkrawalle“ Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den jüdischen und den Sinti- und Roma-Opfern der Vernichtungspolitik sowie der Zwangsarbeit in der Region.

Seit den frühen siebziger Jahren und mit den migrationshistorischen Arbeiten von Christoph Kleßmann und Ulrich Herbert stellt die historische Migrationsforschung insbesondere am Beispiel des Ruhrgebietes Materialien und Analysen zur Verfügung, die auch für die Forschungsarbeiten zur deutschen Nachkriegsimmi-

gration wichtige Anknüpfungspunkte liefern. Parallele Entwicklungen im historischen Kontext werden deutlich, die von der Selbstorganisation von Zuwanderern bis hin zum Transfer von Stereotypen in der Aufnahmegesellschaft reichen. Insofern ergänzt die vorliegende Veröffentlichung dieses Bild und die zahlreichen übergreifenden Darstellungen, etwa von Klaus Bade, in idealer Weise um spezifische regionalhistorische Aspekte. Sie ergänzt sie außerdem um wichtige, in der Forschung weniger untersuchte Themenbereiche, wie Weiterwanderungs- und Rückkehrprozesse. Insofern bildet die Veröffentlichung von Susanne Peters-Schildgen eine wichtige Quelle sowohl für den regionalgeschichtlich wie migrationshistorisch interessierten Leser. Es ist zu wünschen, daß weitere solcher Studien das Bild des Landes als historischer Einwanderungsgesellschaft vervollständigen.

Thomas Schwarz

Bernd Belina: Kriminelle Räume. Funktion und ideologische Legitimierung von Betretungsverboten. Kassel 2000 (Urbs et Regio, Band 71) 164 S.

Als mich vor vier Jahren eine engagierte Göttinger Studentengruppe doch davon überzeugen konnte, dass grosse Exkursionen einen Sinn machen können, so lag das auch an der Zentrierung auf das Thema „Öffentlicher Raum in der Innenstadt“. Der wirtschaftliche, planerische und polizeiliche Umgang mit dem öffentlichen Raum in

den Stadtzentren zeigte bei aller Verschiedenheit der Formen und Mittel – Räumung des Lettenareals in Zürich 1995, die Ausweisung von sog. „Gefährlichen Orten“ in Berlin, Videoüberwachung der Innenstadt von Glasgow seit Ende 1994 – doch Gemeinsamkeiten in der ästhetisierten Kommerzialisierung und der zunehmenden staatlichen Kontrolle. Diese Entwicklungen hatte zu jener Zeit bei Stadtplanern und -soziologen wie auch bei angloamerikanischen Geographen eine warnende Debatte über die Gefahren des Verlustes von öffentlichem Raum ausgelöst. Die perfektionierten staatlichen „eyes upon the street“ wie die soziale Ausgrenzung durch „disneyfication of public space“ würden nicht nur integratives Gemeinschaftsleben gefährden, sondern auch das demokratische System. Denn der „Verlust“ des öffentlichen Raumes sei zugleich auch ein Verlust der Öffentlichkeit. Es war eine konstruktiv-kritische Debatte über den angemessenen Zugang und Gebrauch des öffentlichen Raumes, überwiegend getragen von der Sorge, der Staat setze sein von ihm selbst eingerichtetes Rechtsinstitut aus Naivität oder Parteilichkeit aufs Spiel.

Zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser Art wissenschaftlichen Argumentierens wie auch zur Erklärung der neuen Formen staatlicher Kontrolle von öffentlichen Räumen wäre es überaus nützlich gewesen, wenn die Arbeit von Bernd Belina über die seit 1992 in Bremer Innenstadtrandgebieten praktizierten Betretungsverbote schon vorgelegen hätte. Denn sie bietet nicht nur eine logisch stringente Analyse des Sachverhaltes. Diese „eigenständige und eigenwillige Darstellung“, so die Herausgeber

der Reihe ‚Urbs et Regio‘, fordert auch zur Überprüfung gewohnter Sichtweisen heraus, der Sichtweise auf Wissenschaft allgemein wie der auf geographische Untersuchungen speziell.

In dem ersten Punkt unterscheidet sich der Verf. von den oben erwähnten Studien, weil er sich nicht an einer Diskussion beteiligt, die von der reformerisch-kritischen Sorge um das Funktionieren vorgefundener Gegenstände getragen ist. Seine persönliche Kritik an dieser neuen Form staatlicher Repression ist Ausgangspunkt, aber nicht Maßstab seiner kritischen Analyse. Deren Zweck, so der Verf., sei „vorurteilsfreie“ Klärung des Sachverhaltes. „Die Erklärung der Kontrollpolitik ... will einfach nur richtig sein“, wie er im Vorwort schreibt. Sein Hinweis, er nutze in der Kritik der herrschenden Verhältnisse das „weitläufige Gebäude des Marxismus“, soll eben nicht als bekennder Auftakt zur Parteilichkeit der Analyse verstanden werden. Methodologen des wissenschaftlichen Denkens werden an dieser Stelle, ohne auch nur eine der Erklärungen näher zu prüfen, Naivität ausmachen wollen. Und auf postmoderne Wissenschaft Eingeschworene werden das Interesse an rationaler Erklärung als anmaßende Verblendung und falsche Haltung zum Denken zurückweisen. Diese gewöhnliche, aus dem Zweifel an der Nützlichkeit geborene prinzipielle Skepsis gegenüber (wissenschaftlichen) Urteilen teilt der Verf. nicht: „Wenn Sozialwissenschaft einen anderen Sinn haben soll, als Affirmation bestehender Verhältnisse zu sein, sei ihre Aufgabe Ideologiekritik, d. h. die Aufdeckung von Falschheit und Aufgeladenheit in Wissenschaft und Alltagsbewußtsein“.

Diesem Anspruch, sachlich begründete Ideologiekritik zu betreiben, kommt der Verf. konsequent nach. Seine Studie, welche die beiden Fragen nach der politisch ökonomischen Funktion der Betretungsverbote und deren Legitimation mittels der Ideologie vom „kriminellen Raum“ beantworten will, gliedert sich in vier Kapitel. Zunächst legt er in Auseinandersetzung mit Kant, Bacon, Bachelard, Marx, Althusser, Foucault und Gramsci dar, was er unter Ideologie versteht. Im zweiten Abschnitt diskutiert er den Raumbegriff. Nach diesen allgemeinen Darlegungen folgt dann in den Kapiteln Globalisierung und Kriminalität die Beantwortung der zwei Untersuchungsfragen. Auch hier werden grundlegende theoretische Positionen aufgegriffen und kritisiert wie z.B. Regulationstheorie, die Rolle des Nationalstaates in der Globalisierung, Kriminalität als Konstrukt, fordistischer Sicherheitsstaat oder die Konzepte von ‚defensible space‘ und ‚broken windows‘. Das thematisch breite Spektrum führt zwangsläufig dazu, dass manche Punkte sehr knapp diskutiert werden. So wird beispielsweise die anderenorts foliantenfüllende Debatte ‚Was ist der Raum‘ (vulgärmaterialistisch, idealistisch und historisch materialistisch) auf gut zwanzig Seiten abgehandelt. Diese Verfahrensweise hat ihm wohl die Kritik der Herausgeber eingetragen, die Arbeit enthalte „manche Unbekümmertheiten theoretischer Herleitung und Ausführung“. Welcher Fehler (oder welche Haltung) damit auch immer gemeint sein mag – eines kann man positiv festhalten: Der Verf. konzentriert die Diskussion auf die für seine Fragestellung zentralen Argumente, entwickelt seine Kritik

sachlich und pointiert, den Leser zur Stellungnahme und Auseinandersetzung herausfordernd, schreibt klar, deutlich (und manchmal auch sehr deutlich) und nicht ohne Witz, wenn er seine Ausführungen mit Textpassagen aus der Rockmusik würzt.

Anregend und ungewöhnlich ist die Arbeit auch als geographische Analyse. In Anlehnung an Lefèbvre, Smith und Harvey versteht der Verf. Raum nicht als Abstraktum, sondern als „konkrete räumliche Praxis im Rahmen der konkret vorliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse“. Mit dieser historisch-materialistischen Konzeptualisierung von Raum nimmt er die schon vielfach (von Hard, Bahrenberg, u. a.) und zu recht geführte Kritik am Containerraum auf und kann die von Werlen geforderte Betrachtung von Raum als erfahrungsabhängige Bedeutung einbeziehen, ohne wie dieser in einer idealistischen Sackgasse zu landen. Betretungsverbote sind demnach eine räumliche Praxis, deren differenzierte Erklärung über verschiedene Dimensionen und Aspekte erfolgt. In diesem Fall gehe es entscheidend um die Aspekte der ‚Produktion des Raumes‘ und dessen ‚Dominierung und Kontrolle‘, und zwar sowohl hinsichtlich der materiellen räumlichen Praxis (Form der Materialität und Form der repressiven Kontrolle) wie deren Wahrnehmung (Produktion von räumlichen Ideologien und Form der ideologischen Kontrolle). Aufgabe und Thema geographischer Analyse bestehen demnach in der Erklärung, für welche Zwecke die materiellen räumlichen Praxen wie deren (ideologische) Repräsentationen von Raum ein Mittel darstellen, welchen ökonomischen und

politischen Interessen die räumlichen Praxen dienen. Damit verfällt die Erklärung nicht einem (in der Geographie zu gern praktizierten) Raumpfetischismus. Denn nicht das Räumliche ist Gegenstand oder gar erklärender Faktor, sondern es geht um die Erklärung der räumlichen Praxis (hier der Betretungsverbote) als eines gesellschaftlichen Phänomens.

Zu welch aufschlußreichen Ergebnissen das führen kann, demonstriert der Verf. in den Kapiteln ‚Globalisierung‘ und ‚Kriminalität‘. Dass die neue räumliche Politik der Betretungsverbote und anderer repressiver Maßnahmen im öffentlichen Raum großstädtischer Zentren mit der interurbanen Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb begründet wird, ist nicht neu (aber deshalb auch nicht falsch). Der Verf. bezieht sich aber nicht auf die veränderte Konkurrenz und Standortproduktion als Lage. Er erläutert in Anlehnung an Harveys Konzept des ‚spatial fix‘ diese Form der Umstrukturierung von Räumen als ein Mittel, Krisen im Akkumulationsprozeß des Kapitals zumindest vorübergehend zu überwinden. Im hergestellten ‚globalisierten‘ Weltmarkt benutzen Städte das Erscheinungsbild ihrer Innenstädte, um mittels dieses ‚symbolischen Kapitals‘ Unternehmen zu attrahieren. Teil dieser Raumproduktion sei es, diesen Zweck störende Erscheinungsformen zu bekämpfen. Im Unterschied zur fordistischen Ära erfolge die Kontrolle von Raumausschnitten durch den ganz und gar nicht ohnmächtigen nationalen ‚Wettbewerbsstaat‘ und seine lokalen Apparate nicht mehr über eine ‚integrierenden Einflussnahme auf den ganzen Menschen‘, sondern nur noch als Bekämpfung von stö-

renden Erscheinungsformen mangelnder Integration.

Insofern gehe es bei den Betretungsverbote auch gar nicht um die Beseitigung von Drogenelend und Gewalt, sondern um das Freihalten von Raumausschnitten von unerwünschten Menschen. Zur ideologischen Legitimierung dieses Interesses werde der konkrete Ort auf einen abstrakten Raumausschnitt reduziert, der dann mit der Bedeutung ‚Gefährlichkeit‘ bzw. ‚Kriminalität‘ aufgeladen werden könne. Welche Zwecke Kriminalpolitik am „Standort Deutschland“ verfolgt, wie ‚Kriminalität‘ konstruiert wird, wie von der konkreten Tat abstrahiert wird auf das Individuum, die Gruppe oder hier den Raumausschnitt ‚gefährlicher Ort‘, worin also das Ideologische des ‚kriminellen Raumes‘ besteht und welche Rolle die Wissenschaft, besonders die Kriminalgeographie und -ökologie, als Lieferant räumlicher Ideologien spielt, legt der Verf. in seinem vierten, höchst interessantesten Kapitel dar.

Insgesamt handelt es sich um eine gut durchdachte, sachlich und auf hohem theoretischen Niveau argumentierende, konsequent ideologiekritische Arbeit. Diese im ursprünglichen Wortsinn radikale Kritik, die in der deutschen Geographie sehr selten zu vernehmen ist, will und sollte eine streitbare Auseinandersetzung hervorrufen, nicht nur in der politischen Geographie und in der Sozialgeographie. Sie ist auch allgemein ein anregendes Beispiel dafür, wie man sozialwissenschaftliche Analysen in der Geographie konzipieren und dabei die Fallstricke des räumlichen Denkens vermeiden (und kritisieren) kann. Aufgrund der politischen Aktualität des Themas

(Kriminalisierung, Globalisierung, Standortpolitik) wie der kritischen Auseinandersetzung mit grundlegenden Sachverhalten und Ideologien verdient die Studie es aber auch, außerhalb der Fachwissenschaft wahrgenommen und diskutiert zu werden. Bedauerlich ist es, dass manche Argumentationen und Themen nur sehr kurz gestreift werden, was angesichts der ungewöhnlichen Kritik die Auseinandersetzung erschweren mag. Hier muss man sich allerdings in Erinnerung rufen, dass es sich um eine Diplomarbeit mit kurzer Bearbeitungszeit handelt. Es ist daher nur zu wünschen, dass der Verf. Interesse und Gelegenheit hat, sie demnächst ausführlicher zu entwickeln und darzulegen.

H.-D. von Frieling

Wilfried Heller: Innenansichten aus dem postsozialistischen Rumänien. Sozioökonomische Transformation, Migration und Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum. Berlin. 227 S.

Wissenschaftlich fundierte geographische Arbeiten über Rumänien haben Seltenheitswert. In den Massenmedien, zumindest im deutschsprachigen Raum, wird in der aktuellen Berichterstattung Rumänien oft ohne seine vielschichtigen regionalen Differenzierungen behandelt, dies im Zusammenhang mit unreflektierten negativen Wertungen, die vielfach auf flüchtigen persönlichen Eindrücken oder überhaupt nur auf der unreflektierten Weitergabe von unbewiesenen Behauptungen bestehen.

Es ist daher zu begrüßen, dass ein profunder Kenner der Geographie Rumäniens, Wilfried Heller, ein neues Buch herausgebracht hat. Der Autor war einer der ersten, der (in politisch noch schwierigen Zeiten) eine flächendeckende Analyse der regionalen Disparitäten in Rumänien erarbeitet hat (Heller 1979).

Er bleibt auch in dieser Publikation seiner Tradition treu, räumliche Gesamtzusammenhänge mit ausgewählten Einzelanalysen zu kombinieren. In den einleitenden Kapiteln des Buches werden daher Informationen über die aktuelle sozioökonomische Differenzierung des Landes gegeben (unter besonderer Berücksichtigung der Demographie und insbesondere der Migration).

Der Hauptteil der Arbeit besteht sodann in der Präsentation der Ergebnisse der Expertenbefragungen und Befragungen von privaten Haushalten. Die für die Detailuntersuchung ausgewählten Dörfer sind über ganz Rumänien verstreut. Somit wird ein Nachteil einiger anderer Arbeiten vermieden, die sich meist auf Teile von Siebenbürgen oder des Banats beziehen. Die Expertengespräche wurden auf mehreren Ebenen durchgeführt: auf der nationalen Ebene (Interviews in Bukarest), auf der regionalen Ebene (Interviews in den Hauptstädten von Verwaltungskreisen) und auf der lokalen Ebene (in den ausgewählten Gemeinden).

Die Befragung bezieht sich vor allem auf folgende Bereiche: politische und rechtliche Verhältnisse, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation, Lebensstandard und Einkommensverhältnisse, Landwirtschaft, übrige Wirtschaft und Wirtschaft allgemein, Infrastruktur und Dienstlei-

stungsbetriebe, Migration, demographische und soziale Verhältnisse, Wohnungsbau und Raumordnung, Umweltprobleme.

Ein großer Verdienst der Publikation ist es, dass die genannten Problembereiche jeweils von Experten auf den drei genannten verschiedenen Ebenen beurteilt werden. Hierbei kamen größere Unterschiede zutage: So wird beispielsweise die Wanderung auf der nationalen Ebene negativ bewertet, auf der regionalen Ebene neutral bis leicht negativ, und auf der lokalen Ebene erfolgt eine ambivalente Einschätzung mit Nennung einiger Vorteile.

Wichtig ist, dass die Ergebnisse der Expertenbefragungen auch durch eine Befragung von Privathaushalten (ca. 1000 Personen, von denen 822 Haushaltsvorstände waren) ergänzt wurde (in Zusammenarbeit mit Studierenden der Soziologie der Universität Cluj-Napoca) (wiederum in den ausgewählten Gemeinden). In diesen Befragungen werden einige Spezifika der Entwicklung in Rumänien, die in der Literatur recht wenig belegt sind, sehr gut herausgearbeitet. So ist z. B. auf die größer werdende Gruppe von Städtern hinzuweisen, die in das Dorf pendeln, um dort das ihnen über eignete Land zu bearbeiten. Aufgrund der Ergebnisse der Haushaltsbefragung geht der Autor auch der Frage nach den „Verlierern des Umbruchs“ nach. Seiner Meinung nach gehören hiezu zweifellos zahlreiche Frauen und ehemalige Industriearbeiter, auch wenn sie von der reprivatisierten Landwirtschaft aufgefangen wurden. Der abschließende Satz zur Frage, wie die Veränderungen des gesellschaftlichen Umbruchs wahrgenommen werden, kann auch aufgrund der Forschungen des Rezensenten

unterstrichen werden: „Obwohl zahlreiche Menschen durch die Probleme, die der gesellschaftliche Umbruch mit sich gebracht hat, verunsichert und resigniert sind, kann trotzdem nicht von einer Interessellosigkeit oder gar Lethargie der Bevölkerung hinsichtlich gemeinschaftlicher Belange gesprochen werden, was mit den geäußerten Wünschen und Forderungen der Befragten im Hinblick auf Dorfentwicklungsmaßnahmen begründet werden kann.“ (85)

Der Hauptteil des Buches und die Feldarbeit sind im Jahre 1996 entstanden. In der Zwischenzeit sind durch die Aufnahme Rumäniens als offizieller Beitrittsbewerber der EU einige Veränderungen vor allem auf institutioneller Ebene eingetreten. Für die räumliche Entwicklung interessant ist die Einführung neuer EU-konformer Gebietsgliederungen, die Gründung von Entwicklungsagenturen (wenn auch teilweise nur auf dem Papier) und überhaupt das Einführen eines komplett neuen Raumordnungsdenkens. In diesem Zusammenhang entstehen auch zahlreiche neue offizielle und offiziöse Untersuchungen über die Regionalentwicklung Rumäniens. Es wäre nun sehr interessant, die Gedankengänge, die der vorliegenden Studie zugrunde liegen, weiterzuführen und im Hinblick auf den Einfluss der EU-Konzeptionen zu ergänzen. Der Verdacht liegt nahe, dass viele der ins Gespräch gekommenen EU-Konzeptionen in der breiten Bevölkerung noch weitgehend unbekannt sind und hier eine große Aufgabe im Bereich der Information besteht.

Insgesamt ist zu betonen, dass das vorliegende Buch unter anderem durch die räumliche Ausgewogenheit und die Ori gi-

nalität des Materials (Befragungen) eine wichtige Grundlage für alle weiteren regionalen Untersuchungen Rumäniens darstellt. Es sollte in der Literaturliste jeder künftigen geographischen Untersuchung über Rumänien nicht fehlen. Auch dem interessierten Laien sei diese Lektüre empfohlen.

Literatur

Heller, Wilfried 1979: Regionale Disparitäten in Griechenland und Rumänien. Göttingen (= Göttinger Geographische Abhandlungen 74).

Michael Sauberer

Manfred Büttner (Hg.): Geisteshaltung und Stadtgestaltung. Referate, gehalten auf dem Geographentag in Potsdam 1995. Frankfurt/M. 1997. 374 Seiten.

Geographie der Geisteshaltung – was ist das? Oder was könnte das sein? Worin unterscheidet sich eine Geographie der Geisteshaltung von anderen Fachkonzeptionen? Was kann und will sie eigenes leisten im Gegensatz, in Ergänzung oder im Vergleich zur Mentalitätsforschung oder der Wahrnehmungsgeographie? Und warum ist der Begriff „Geisteshaltung“ gerade im Zusammenhang mit Fragen der Stadtgestaltung besonders produktiv? Diese und ähnliche Fragen brannten mir unter den Nägeln, als ich den Titel der Publikation las. Denn die Überschrift macht neugierig. Der Terminus „Geisteshaltung“ verspricht eine ori-

ginelle Betrachtungsweise, die so traditionell klingt, daß sie fast schon wieder aktuell sein könnte. Und auch die in dem Band versammelten Autoren stellen eine interessante Mischung unterschiedlicher fachwissenschaftlicher Perspektiven dar.

So viele Fragen ich vor der Lektüre hatte, so viel Verwunderliches begegnete mir im Laufe der geistigen Durchwanderung von Seite zu Seite. Am Ende muß ich zugeben, verstehe ich nicht wirklich, was vor allem der Herausgeber, manchmal einzelne Autoren und auch der Verlag mit diesem Buch, das gleichzeitig der erste Band einer neuen Schriftenreihe „Geographie im Kontext“ ist, bezwecken wollen. Worin bestehen meine Verständnisprobleme?

Manfred Büttner ist sowohl der Herausgeber der Schriftenreihe als auch der Herausgeber des vorliegenden Bandes. Nicht weniger als fünf der insgesamt 17 inhaltlichen Beiträge stammen aus seiner Feder. Hinzu kommen zwei weitere Texte, die er in seiner Doppelfunktion als Herausgeber von Reihe und Band als Vorworte schreibt. Trotz der insgesamt sieben Texte *Büttners* gelingt es ihm in meinen Augen leider nicht, eine präzise Aufgabenstellung des Sammelbandes oder eine einleuchtende Systematik der Beiträge zu präsentieren. Weder aus einem der beiden Vorworte noch der Einleitung wird deutlich, in welchem Verhältnis eine Geographie der Geisteshaltung zur Sozial- oder Wahrnehmungsgeographie, zur Mentalitäten- oder Identitätsforschung steht. Die schönen deutschen Wörter „Geist“ und „Geisteshaltung“ werden zwar verwendet, aber nicht auf ihren Gehalt und ihre heutige Tragfähigkeit hin

überprüft. Damit bleiben für mich zwei sehr wesentliche Fragen offen. Die Sinn- und Zweckhaftigkeit einer Geographie der Geisteshaltung bleibt ungeklärt in der Schwebe. Das aber ist kein guter wissenschaftlicher Stil. Denn wenn wir uns in wissenschaftlichen Diskursen nicht immer wieder bewußt bemühen, auf bestehende Beiträge, Konzepte und Argumentationslinien Bezug zu nehmen, so zerrinnen uns die Erträge der Wissensproduktion zwischen den Fingern. Auf diese Weise ist Erkenntnisfortschritt nicht wirklich möglich.

Die fehlende konzeptionelle Einordnung und Diskussion der Aufgabenstellung des Sammelbands schlägt sich in der Folge auch in seiner opaken Systematik nieder. So gliedert sich das Buch in drei Abschnitte. Der erste Teil nimmt den Buchtitel direkt spiegelverkehrt wieder auf. Er widmet sich also dem Thema „Stadtgestaltung und Geisteshaltung“. In den Kapiteln zwei und drei werden zunächst „Regionale Identitäten und Geisteshaltung“ und schließlich Beiträge zur „Geographiegeschichte“ präsentiert. Warum ein Sammelband über Geisteshaltung und Stadtgestaltung zu einem Drittel aus Beiträgen zur Geographiegeschichte bestehen muß, ist weder von selbst einsichtig noch wird es begründet. Und warum der interessante Beitrag von *Josef Birkenhauer* zum „Gang der Kultur über die Erde – Zu einem geographiegeschichtlichen Topos“ nicht in dem eigens der Geographiegeschichte gewidmeten Kapitel drei eingeordnet ist, sondern schon im zweiten Abschnitt auftaucht, ist undurchsichtig. Schon solche offensichtlichen Gliederungsfehler deuten darauf hin, daß

über die Struktur des Gesamtwerkes nicht konsequent nachgedacht wurde.

Am Ende bleiben einer Leserin dieses Bandes deshalb zwar einzelne gute Beiträge in der Erinnerung, die man als solche individuell genießen kann. Diese Aufsätze könnten jedoch fast genauso gut isoliert in einer Fachzeitschrift veröffentlicht sein und wären dort ebenso zugänglich und verständlich, weil sie intellektuell auf eigenen Füßen stehen und in sich schlüssig sind. So macht es etwa Freude, *Erdmann Gormsens* reich bebildeter Schilderung über den „Städtebau im Wandel gesellschaftlicher Leitbilder“ zu folgen oder *Lutz Holzners* pointierte Sichtweise zur „Geisteshaltung des Pluralismus“ in den USA knapp und präzise präsentiert zu bekommen. Auch *Jürgen Strassels* Interpretationen zur inhaltlichen Bedeutung von Stadtparks als Interpretationsfolie und „Beitrag zu vielen gesellschaftlichen Diskursen“ (119) über Natur, Kunst, Arbeit oder Freizeit ist inspirierend. Diese und weitere Beiträge wie der von *Wolfgang Aschauer* über die Ethnizität der Donauschwaben sind einzeln betrachtet sehr interessant. In der Zusammenstellung des Sammelbandes unter der leider im Nebulösen gelassenen Wolke der „Geisteshaltung“ gewinnen sie jedoch im wechselseitigen Zusammenspiel nichts an Kraft, gemeinsamer Aussage oder Bedeutung. Deshalb ist es eigentlich fast schon bedauerlich, daß sich einzelne so gute Texte in einem insgesamt mißlungenen Sammelband verbergen.

Ilse Helbrecht

Klaus Wolf und Claudia Maria Scholz: Bebauung 'Am Riedberg Frankfurt am Main'. Vorschlag zur funktionalen und sozialräumlichen Verknüpfung der geplanten Neubauten der Universität Frankfurt am Main und beabsichtigten Bebauung des 'Riedberg Geländes' durch die Stadt Frankfurt am Main 1999 (Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der J.W. Goethe-Universität Frankfurt/M., Materialien 27). 199 Seiten.

Die Studie dokumentiert die Ergebnisse eines Gutachtens, das von der Stadt Frankfurt und der J. W. Goethe-Universität an das Frankfurter Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung in Auftrag gegeben worden ist. Die Expertise thematisiert die funktionale und sozialräumliche Verknüpfung von geplanten Neubauten der Universität mit der Bebauung des Riedberg-Geländes durch die Stadt. Bekanntlich sind in traditionsreichen Hochschulstädten über lange Zeiträume hinweg unverwechselbare bauliche und soziale Verbindungen mit ihrer Universität entstanden. Die meisten Hochschulen mit Campuslagen aus den 60er und 70er Jahren haben daran gemessen wenig Vergleichbares aufzuweisen. Nur bei einigen Neugründungen wie im Falle von 'Louvain-la-Neuve' in Belgien hat sich die Vernetzung mit anderen städtischen Funktionen günstig entwickeln können. Standortverlagerungen von Teileinheiten an die Peripherie, wie das Beispiel der TU München-Garching es veranschaulicht, führen ebenso zu zahlreichen, meist negativ empfundenen Auswirkungen, die weit in den privaten Alltag der betroffenen Hochschulangehörigen hineinreichen.

Die Arbeit untergliedert sich in zwei Kapitel. In einem kürzeren Hauptabschnitt werden Konzepte der Nutzungsmischung diskutiert und gleichzeitig in die unterschiedlichen Leitbilder der Stadt eingeordnet. Im zweiten Hauptteil der Untersuchungen werden die Komponenten im Verhältnis Universität-Stadt für die planerische Problemlösung 'Am Riedberg' ausführlich analysiert, bewertet und maßnahmenorientiert aufbereitet. In einem kurzen Überblick werden im internationalen Vergleich Lagebeziehungen von Hochschulen typisiert, um darauf aufbauend gesicherte Vergleiche und Aussagen für die Standortverflechtungen am 'Riedberg' treffen zu können. In eigenen Abschnitten kommen die Nutzungskombinationen zwischen Universitätseinrichtungen mit 'Wohnen', 'Arbeiten', 'Sich Versorgen' und 'Übriger Infrastruktur' zur Sprache. Die sozialräumlichen Zusammenhänge werden jedoch nur in einem Ausblick auf die Ansätze zur Bewertung 'vernetzter Strukturen' andiskutiert. Gestützt auf die Resultate verschiedener sozialwissenschaftlicher Erhebungen zur aktuellen Lebenssituation selbst, sollen Nutzungsmischungen im Städtebau lediglich als „Bedienungsrahmen“ für individuelles Verhalten verstanden werden. Allein die Tatsache, daß eine wachsende Zahl unter den Studierenden in festen Partnerschaften lebt und zusätzliche soziale Verantwortung auf sich nimmt, führt zu neuen 'sozialen Netzwerken' und einer veränderten 'Verwendung von Zeit' in der Stadt. Über das eigentliche Studium hinaus entstehen dadurch sozialräumliche Interaktionen, die sich mit Nutzungskombinationen planerisch kaum beeinflussen lassen.

Im Resultat des Gutachtens, den Vorschlägen zur funktionalen und sozial-räumlichen Gestaltung des Universitätsumfeldes 'Am Riedberg' erkennen Klaus Wolf und Claudia Maria Scholz die Bedeutung lebensweltlicher Zusammenhänge, die sich aus den Bedürfnissen der späteren Nutzer überschauen lassen. Sie verstehen ihr Konzept als 'evolutorische Idee' einer Weiterentwicklung in gemischten Nutzungen der gewachsenen Stadt, so wie sie das Leben ihrer Bewohner widerspiegelt. Aus dieser wechselseitigen Dynamik heraus formulieren sie konkrete Vorschläge zur Gestaltung des Umfeldes der Universität am Standort 'Riedberg' in Form einer 'Mischungsmatrix'. Mit einer Bewertungskala werden alle geplanten universitären Bauvorhaben nach ihren Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel, Dienstleistungen etc.) eingestuft. Klar definierte Leitsätze bestimmen schließlich in sehr übersichtlicher Weise die künftige Situation 'Am Riedberg Frankfurt am Main'. In der skizzierten Ausarbeitung des Gutachtens überzeugt die Studie darüber hinaus durch das methodische Vorgehen. Für den politischen Abwägungsprozeß zwischen Verwaltung, Akteuren und Betroffenen werden im Dialog mit den Auftraggebern (Stadt und Universität) Leitlinien und Ziele formuliert, die einzelne Maßnahmen und Alternativen begründen. Offen bleiben jedoch die Wege der Umsetzung einzelner Projekte über partizipative Impulse, Lernprozesse oder interaktives Management zwischen den Beteiligten.

Die Frankfurter Untersuchung kann als Gutachten und mustergültige methodische Studie all jenen ausdrücklich zur Lektüre

empfohlen werden, die sich in ein sehr überzeugendes Beispiel der anwendungsorientierten Stadtforschung einarbeiten wollen.

Franz Schaffer

L'avenir des villes des Alpes en Europe / Die Zukunft der Alpenstädte in Europa. *Revue de Géographie alpine* Jg. 87, Nr. 2. Bern 1999. 146 S.

Die Alpen sind ein Bremsklotz der Entwicklung: ein Riesen-Steinhaufen, der die Kommunikationsgeschwindigkeit bremst, Städtewachstum einschränkt und so Wirtschaftswachstum und Innovation behindert. Das ist die Sichtweise der Raumwirtschaftler und der marktliberalen EU-Planungsbürokratie. Man kann nicht sagen, dass sich das obige Buch, in dem Beiträge eines Symposiums versammelt sind, hiergegen stemmte. Für die Mehrheit der Beiträge bleibt Bevölkerungs- und Beschäftigungs-Wachstum das Hauptkriterium der Analyse. Ein Grund dafür mag sein, dass Einkommen und Arbeitsplätze auch der Alpenbewohner an Wachstumsraten im Sekundär- und Tertiärbereich gebunden sind. Auch die Mehrheit der Alpenbewohner ist mittlerweile in dem Sinne 'urbanisiert' (*Perlik*), dass sie in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Klein- und Mittelstädte in den Alpen arbeiten, oder in die Metropolen am Alpenrand pendeln, während sie ihre Wohnung in der nahen

Kleinstadt oder im nähergelegenen Taldorf („Agglomerationsraum“) oder in weiter entfernt liegenden, inzwischen durch Straßen gut erschlossenen Seitental- und Bergdörfern („periurbanisierter Raum“) beibehalten. Freilich wird die Lage der Bewohner in diesem Buch nicht weiter reflektiert – es geht um wirtschaftliche Spezialisierung, Bevölkerungsentwicklung, bestenfalls um Zersiedelung.

Der Band ist, wie die meisten Konferenz-Reader, recht heterogen. Er ist insofern gut aufgebaut, als alle Beiträge zu Beginn sorgfältig zusammengefasst werden; das ist auch notwendig, da sie auf Deutsch, Französisch und Italienisch verfasst sind. Eingerahmt werden sie von einem Einstiegsartikel (*Messerli*) und einem Synthese-Versuch (*Bätzing*). Der Einstiegsartikel erklärt die Perspektive: Gesucht wird nicht die älplerische Besonderheit, sondern das Allgemeine raumwirtschaftlicher Entwicklung. In dieser Sichtweise hat die Industrialisierung die Alpenstädte nur „verlangsamt“ und „geschwächt“ erfasst – stärker geprägt wurden sie bis in die siebziger Jahre von einer „vorschnellen“ Tertiärisierung. *Bätzing* betont freilich am Schluss, in diesen 70er Jahren sei das Maximum an Industrialisierung erreicht worden. Die Qualitäten der Industrialisierung, die Vor- und Nachteile von Tertiärisierung bleiben in diesem Buch aber weitgehend im Dunkeln. Die Berge haben jahrhundertlang Transport und Kommunikation behindert und ließen eine bandförmige Siedlungsstruktur in den Tälern entstehen – ein Entwicklungsnachteil, der die für Wachstum und Innovation so erwünschten Verflechtungsknoten und ‘Dichte’-Werte nicht zustande kommen

ließ (in Ew. pro km² stehen die Alpenstädte, umgeben von Gesteinsmassen, in der Tat schlecht da). Die neue „postfordistische“ Phase erscheint nun als Entwicklungschance. Die Kommunikationsgeschwindigkeit erhöht sich auch im Alpen-Inneren, und neuerdings halten Klein- und Mittelstädte in der „flexiblen Spezialisierung“ gut mit, wie an Bevölkerungs- und Arbeitsstätten-Zunahmen ablesbar ist.

Bätzing beklagt zum Schluss, dies werde bezahlt mit Flächenversiegelung in allen Haupttälern und geschehe auf Kosten einer niedergehenden Landwirtschaft – aber nur in zwei Beiträgen, typischerweise von PlanerInnen, werden die Zersiedlung und die Belastung mit Individualverkehr thematisiert. Am Beispiel einer Gemeinde zeigt *Keckeisen* die Verachtfachung der Siedlungsfläche bei gleichbleibender Bevölkerungszahl auf; sie verweist auch auf die Mühsal von Planern, wenn sie Baumaßnahmen durchsetzen wollen, welche *nicht* auf Normal-Erwerbstätige zugeschnitten sind. *Röschel/Sammer* prognostizieren eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs bis 2015 um 30-40 %, der Wegelängen gar um 80 %; dem wird ein nicht sehr einfallreiches Verkehrskonzept für mittlere Städte entgegengesetzt. Wichtigere Fragen werden vermieden: Ist ein Siedlungs-Rückbau denkbar – angesichts des erheblichen Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstums im ganzen Alpenraum? Wie erklärt sich der Rückstand des öffentlichen Verkehrs, der doch vom Vorteil bandartiger Siedlungsstrukturen profitieren könnte? Hat der Pkw nicht wesentlich zum Erhalt vieler Bergdörfer beigetragen – auch um den Preis, dass diese nun von Geo-

grafien als Teil von „Urbanisationszonen“ gesehen werden?

Den wirtschaftsgeografischen Kern des Bandes machen drei Beiträge aus. *Perlik* behandelt das Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen seit den 80er Jahren. In Kernstädten ist es gering, in Agglomerationsgemeinden besonders bei Arbeitsplätzen hoch, und in „periurbanen“ Zonen erscheint es mittelmäßig und ausgewogener. Ein gewisse Stagnation der italienischen Alpenstädte begründet er mit deren stärker industriellem Charakter – was aber nicht weiter belegt wird. Ebenso simpel gestrickt (jedenfalls aus sozialwissenschaftlicher Sicht) ist auch *Pumains* Entwicklungsmodell von Stadtssystemen. Es geht ebenfalls von Bevölkerungszuwachsraten aus und reichert diese lediglich um Hinweise auf die Spezialisierung von Städten an, die in diesem (französischsprachigen) Beitrag nicht weiter belegt werden. Danach nimmt auch im Postfordismus die Tendenz zu Hierarchisierung zu: Innovationsvorteile geben den Metropolen einen uneinholbaren Vorsprung – diese finden sich aber nicht in den Alpen, sondern an ihrem Rand. Mittelstädte können mithalten, wenn sie sich ökonomisch spezialisieren – aber sie laufen Gefahr, bei nachfolgenden Strukturveränderungen rasch abzusteigen. Genauer erfährt man schließlich bei *Torricelli*. Er unterteilt die schweizerischen Alpenstädte nach wirtschaftlicher Ausrichtung: Industriell geprägte entwickelten sich relativ stabil; unternehmensbezogene Dienstleistungen waren im Alpenraum nur schwach ausgeprägt. In beiden Hinsichten dominierten die großen Agglomerationen Genf/Lausanne, Bern und v. a. Zürich, welche Pend-

ler bis hinein in die Innerschweiz anziehen. Verwaltungs-, Freizeit- und Wohnfunktionen dagegen haben den mittleren Städten der Alpen erhebliche Bevölkerungszuwächse beschert, wenngleich auch sie in der Schweizer Rezession der 90er Jahre meist Arbeitsplätze verloren. Gemessen in Pendlerbeziehungen haben jedenfalls die Metropolen ‘europäischer Größenordnung’ ihre Einflussbereiche ausgedehnt. Aber einige mittelgroße „urbane Zonen“ in den Alpen holten mittlerweile auf – nicht nur durch Tourismus (z. B. Davos), sondern auch durch funktionelle Mischung (v. a. Chur) oder durch industrielle und tertiäre Spezialisierung (v. a. die Städte des Wallis).

Der Alpenraum scheint wirtschaftlich auseinanderzufallen: die traditionsgeprägten Teile mit ihrem Gemisch von niedergelagerter Landwirtschaft, kleiner Industrie und Tourismus bleiben zurück; von Globalisierung und flexibler Spezialisierung des Postfordismus profitieren nur die Räume mit spezialisierter Industrie, gemischten Dienstleistungen und agrarindustrieller Landwirtschaft (das ist wohl auch die Einsicht von *Gaidos* italienischem Beitrag). Die Kleinteiligkeit der neuesten Wirtschaftsentwicklung scheint insofern der Mehrheit der Alpenstädte zugute zu kommen – soweit sich das in Wachstumsraten niederschlägt. Kann man es sich jedoch heute noch leisten, nur diese ins Zentrum zu stellen?

Rainer Neef

Eike W. Schamp: Vernetzte Produktion. Industriegeographie aus institutioneller Perspektive. Darmstadt 2000. 248 S.

Ausgangspunkt des Buches sind die dramatischen Veränderungen der industriellen Produktion in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Flexibilisierung der Produktion, Globalisierung, neue IuK-Techniken, Unternehmensnetzwerke – die Stichworte sind schnell bei der Hand, und sie erzwingen nach Schamp eine grundlegende Selbstverständigung in der (deutschen) Industriegeographie: „Die sozialwissenschaftlichen Theorien haben gezeigt, dass traditionelle ökonomische Ansätze, die überwiegend auf dem Faktor Transportkosten beruhen, nicht mehr ausreichen: Eine sozio-ökonomische Begründung im weiteren Sinne ist notwendig.“ Es bedarf heute „einer systemischen Sichtweise der Industriewirtschaft“, die eine institutionenökonomisch und evolutiv ausgerichtete Regionalforschung leisten soll. Aufgabe des Buches ist es, die entsprechenden Konzepte kurz vorzustellen, aufeinander zu beziehen und ihren empirischen Ertrag zu überprüfen.

Im ersten Abschnitt stellt Schamp das weitgehend bekannte Spektrum von Theoreiansätzen (Zyklentheorien, Regulations-theorien, Institutionenökonomie, evolutivische Ökonomie) vor. Im (auch vom Umfang her) zentralen zweiten Abschnitt wird dann die Bedeutung der Institutionen in der industriellen Produktion untersucht. Hier wird zuerst die Produktion als technisch-organisatorisches System bestimmt, dann räumliche Strukturen für das Einzelunternehmen und schließlich für ein Netz-

werk von Unternehmen betrachtet. Einige Aussagen zu den institutionellen Ebenen des Marktes und des Staates schließen diesen Abschnitt ab. Der dritte Abschnitt bezieht dieses Theorieangebot auf das Problem der regionalen Entwicklung, und der vierte Abschnitt formuliert ein Zwischenresümee für die industriegeographische Forschung.

Im Spektrum der vorliegenden Bestandsaufnahmen und Einführungen, die in ähnlicher Weise eine Umorientierung der Industriegeographie fordern, hat Schamps Buch einige Vorzüge: Es bringt eine weitgefaßte Zusammenschau der verschiedenen Theoriebausteine, vermittelt diese sehr unpräzise und bezieht zahlreiche empirische Befunde mit ein. Der weite Theoriehorizont wird beispielsweise in dem Kapitel über die „Industriewirtschaft als verbundenes System“ deutlich, wo Schamp relativ unbekannte bzw. im deutschen Sprachraum noch kaum behandelte Ansätze referiert. Der Reichtum des empirischen Fundus ist vor allem bei der Betrachtung der regionalen Entwicklung augenfällig. Hier werden neben den bekannten Raumtypen der alten Industrieregionen und der neuen Technologieräume auch industrielle Entwicklungsländer und die postsozialistischen Transformationsländer einbezogen. Die empirische Evidenz und die Formen von regionaler Spezialisierung und Netzwirkbildung sind in diesen Raumtypen noch wenig untersucht. Dabei ist der Vergleich unterschiedlicher Gesellschafts- und Raumtypen für eine institutionell ausgerichtete Industriegeographie zweifellos eine wesentliche Aufgabe.

Schamp möchte nach eigenem Bekun-

den den Zwischenstand der geleisteten Arbeit dokumentieren. Dieses hochgesteckte Ziel erfüllt er überzeugend. Und unter der Hand belegt dieses Buch noch mehr. Bereits zu Beginn der Debatte über die Industriedistrikte am Ende der 80er Jahre war eingewandt worden, es handle sich hier um Theoriekonzepte, in denen die regionale Verflechtung zugunsten anderer sozio-ökonomischer Fakten und Trends überhöht werde. Gerade Schamps akribische Sichtung des empirischen Materials und seine zurückhaltenden Bewertungen lassen die diskutierten Befunde um so stichhaltiger erscheinen. Und überblickt man die Summe der empirischen Ergebnisse, dann spricht doch mehr für die Relevanz institutionengeleiteter Ansätze als dies einige der Protagonisten zur Zeit selbst annehmen mögen.

Für die deutsche Industriegeographie ist dieses Buch Teil eines Aufholprozesses vor allem gegenüber den angelsächsischen Vertretern. Nicht die bloße Raumausstattung (und schon gar nicht die naturgegebenen Lagequalitäten) bestimmen die regionalökonomische Struktur, sondern spezifische Wertschöpfungszusammenhänge einschließlich deren Verbindungen zu gesellschaftlichen Institutionen. Daß ein gutes Stück Weg zu gehen bleibt, zeigt sich, wenn Schamp noch pauschal eine Versozialwissenschaftlichung der Industriegeographie und eine Abkehr von Natur- und Technikdeterminismus fordern muß. Erst wenn dies akademischer Standard geworden ist, wird die Debatte um die Eignung der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Konzepte auch in Deutschland Früchte tragen.

Christoph Scheuplein

Martin Wentz (Hg.): Die kompakte Stadt. Frankfurt/Main, New York 2000 (Die Zukunft des Städtischen, Band 11). 272 S.

Unter dem programmatisch wegweisenden Begriff der „kompakten Stadt“ liegt nun der elfte Band der Reihe „Die Zukunft des Städtischen“ vor, die vom damaligen Frankfurter Planungsdezernenten Martin Wentz initiiert worden war. Mit der Dokumentation von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie der Vorlage einer Vielzahl relevanter Textbeiträge aus dem In- und Ausland hat diese Reihe wichtige Impulse für den urbanistischen Diskurs in Deutschland gegeben. Auch dieser vorläufig letzte Band der Reihe präsentiert eine außergewöhnlich anregende Sammlung von Texten, er ist vorzüglich ediert und kombiniert in bewährter Form allgemeine Sichtweisen zum Thema Stadtentwicklung mit Beispielen aus der Frankfurter Planungspraxis.

Mit dem anspruchsvollen, aber auch oft mißverstandenen Begriff der „kompakten Stadt“ verbindet sich im herrschenden, überwiegend planerisch orientierten Diskurs ein Leitbildbündel, das gemeinhin den spätmodernen Entwürfen vom Typus der „Zwischenstadt“ oder „Netzstadt“ gegenüber gestellt wird. Es subsumiert solche Auffassungen von Städtebau, die vor dem Hintergrund der europäischen Stadtbaugeschichte heute auch als nachhaltig gelten sollen: kurze Wege, soziale Integration, ökologische Verträglichkeit. Aufgrund scheinbar widersprüchlicher empirischer Befunde zur gegenwärtigen Stadtentwicklung – Investition und Aufwertung in Innenstädten einerseits, Fortgang der Wohn-

und Gewerbesuburbanisierung andererseits – und angesichts offenkundiger Grenzen traditionellen Planens hat dieser Begriff zu recht eine strittige Rezeption erfahren. Welche Region ist für diesen Diskurs besser geeignet als Rhein-Main, mit ihrer Parallelität von massiger Konzentration hochwertiger Nutzungen und zugleich immer weiter ausufernden Aktionsradien?

Das Buch macht glücklicherweise erst gar nicht den Versuch, eine ökologisch-technische Politik des Stadtbbaus mit Werkzeugen wie Dichte, Mischung und Polyzentralität zu begründen, wie dies hierzulande im Kontext der traditionellen europäischen Stadtidee oft geschieht. Denn dieser Vorgehensweise sind enge Grenzen gesetzt. So werden die einer solchen Sichtweise zugrunde liegenden Thesen durch empirische Befunde nicht oder nur sehr partiell gestützt, schon was die Beschreibung der städtischen Realitäten angeht. Programmatisch weisen sie in mindestens zwei verschiedene, durchaus entgegengesetzte Richtungen – je nachdem, wie stark man den Zusammenhang zwischen der Nutzung des Stadtraums und den baulich-räumlichen Strukturen sehen will. Und dieser Kontext hat sich unter den Bedingungen von Informationstechnik, neuen Raumlogiken und Interdependenzen globaler und lokaler Dynamiken fortlaufend verändert, was nicht ohne Auswirkungen auf diese Debatte bleiben kann.

Der einleitende Beitrag des Herausgebers verdeutlicht die Absicht, Kompaktheit als Strukturlogik einer nachhaltigen Stadtentwicklung neu zu definieren, ohne diesen Terminus gleichzeitig als inhaltsleeres Schlagwort, als Kampfbegriff gegen

Flächenwachstum und moderne Raumdynamiken per se einzusetzen. Um der Mehrdimensionalität des Städtischen gerecht zu werden, reicht ein vorrangig städtebaulicher Zugang zu diesem Gegenstand, wie Wentz konzidiert, allein nicht aus. In der Konkretisierung dieses Gedankens bleibt der Autor aber unentschlossen und vage. Und die Rolle der Stadtplanung darin zu sehen, einen „Rahmen“ für die „Entfaltung der Stadt“ zu setzen, ist noch nicht sonderlich innovativ. Diese Unentschlossenheit in der Bewertung des Bestehenden entspricht jedoch ohne Zweifel der Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen Entwicklung, erst recht mit Blick auf die Prognose dessen, was in den kommenden 15 Jahren trendbestimmend sein könnte.

Suchbewegungen dominieren daher das Terrain, und hier sind Gestaltungsfragen sicher leichter zu beherrschen als treffsichere Analysen und Bewertungen der aktuellen Raumnutzungen. Zu beidem liefert der Band eine reichhaltige Palette von Positionen und Interpretationen. Die einzelnen Beiträge kommen aus sehr unterschiedlichen Disziplinen, was zweifellos zu den Stärken des Buchs beiträgt; u. a. seien genannt Städtebau (Albers), Architektur (Sieverts, Christianse), Soziologie (Schmals), Geographie (Bördlein/Tharun), Umwelt (Petersen), Stadtplanung (Krau, Schneider). Der Mehrwert dieser Zusammenstellung offenbart sich vor allem dort, wo – aus dem Gehäuse der Leitbildkonstruktionen ausbrechend – nach neuen Interpretationsfiguren gesucht wird: etwa bei Gerd de Bruyns Rede von den „Perforationen des Urbanen“, womit der Durchlässigkeit, der Porosität des Raumes phänomenologisch

auf den Grund gegangen wird; oder bei Kees Christianse, der die Suche nach der verloren gegangenen Urbanität über die kompakte Stadt für sinnlos hält, weil sich die Stadt entwickeln würde, wohin sie will. Er plädiert für mehr Aufmerksamkeit gegenüber den „Korridorgebieten“ der städtischen „Kulturlandschaften“ – also einem System von Punkten und Linien, in denen sich bisher kaum vereinbare Stadtkomponenten (insbes. die „sperrigen“ Nutzungen und Infrastrukturen) in Verbindung bringen lassen und somit eine „mehrfache Urbanität“ erzeugen.

Die eher theoretisch reflektierenden Aufsätze des Buches werden ergänzt durch Planungsbeispiele aus der Region Rhein-Main, die auf verschiedene Teilräume gerichtet sind: Innenstadt, Mainufferräume, Planungen in der Peripherie, der Flughafen als Teil einer neuen „Dienstleistungsstadt“. Wenn es ein gemeinsames Credo der in diesem Band versammelten, überaus lesenswerten Beiträge gibt, dann ist es vielleicht die Einsicht in die Notwendigkeit, den Diskurs über die urbane Form mit einer Vorstellung von (stadt-)gesellschaftlicher Entwicklung zu verknüpfen. Die Frage, inwieweit sich diese Stadtgesellschaft wiederum räumlich äußert, gehört zweifellos zu den bleibenden Herausforderungen an die Stadtforschung.

„Die kompakte Stadt“ lenkt den Blick auf zwei weitere Publikationen, die mit dem gleichen Begriff arbeiten. Zum einen ist dies das 1996 erschienene Standardwerk zu dieser Diskussion aus Großbritannien, das überwiegend städtebaulich und stadtplanerisch orientiert ist und eine Reihe sorgfältig untermauerter Thesen zu diesem

Thema zusammenstellt (Jenks/Burton/Williams 1996). Insbesondere die Gegenüberstellung der Argumente von „Zentristen“ und „Dezentristen“ (M. Breheny) bietet der deutschen Diskussion um die urbane Form einen besonderen Anschauungswert. Zum zweiten ist dies die Dortmunder Dissertation von Gerd Held, die den Begriff der kompakten Stadt auf eine erfrischend unkonventionelle, intellektuell anregende Weise behandelt (Held, 1998). Ausgehend von der Frage, welche Bindekräfte die „moderne“ europäische Stadt heute zusammenhalten, ist Held in der postfordistisch-segmentierten, differenzierten Ökonomie der spanischen Stadt Elche fündig geworden. Mit einem theoretischen Ansatz, der angelehnt ist an die Institutionenökonomie, wird der Strukturwandel einer Low-Tech-Branche (Schuhfertigung) analysiert. Der zentrale Befund: Aus der spezifischen, sozial-räumlich fragmentierten Organisation von Produktion und Arbeit, die dort vorgefunden wird, resultiert ein neues Vermögen der Stadt zur räumlichen Konzentration. Denn dieses „Produktionsmodell“ ist auf räumliche Nähe geradezu angewiesen: Nur so können die Akteure zu möglichst geringen Transaktionskosten produzieren. An diesem Punkt scheinen wirtschaftliche Sachzwänge und die Rekonstruktion des Städtischen *in* der Stadt – anders als im klassischen Auflösungsdiskurs – eine positive Verbindung einzugehen. Damit wird eine Sicht auf grundlegende Eigenschaften des Städtischen möglich, die sich der Kompaktheit als ökonomischer Strukturlogik bedient, ohne sie als rein gestalterische, mitunter auch ideologisch gewendete Hülle vor die Stadt zu hängen.

Literatur

Jenks, M., E. Burton, K. Williams (eds.)
1996: *The Compact City: A Sustainable Urban Form?* London (UK).

Held, G. 1998: *Potentiale der kompakten Stadt. Eine institutionenökonomische Studie über die spanische Schuhstadt Elche.* Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 87 [Blaue Reihe]).

Markus Hesse

Hans-Jürgen Bieling u. Jochen Steinhilber (Hg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie.* Münster 2000. 351 S.

Das Buch bietet eine anspruchsvolle und vielfältige Übersicht zum Stand der kritischen Europaforschung. Theoretischer Leitfaden der meisten Beiträge ist die modernisierte Regulationstheorie im Sinne Gramscis, in der Form der Amsterdamer Schule und aus der Perspektive, die von der Marburger Forschungsgruppe um Frank Deppe entwickelt wurde.

Einige Stichworte verdeutlichen das Spektrum der Analysen, die allesamt von einer widersprüchlichen Situation der aktuellen europäischen Integration ausgehen und grundlegende sozialökonomische mit zivilgesellschaftlichen und politischen Strukturen und Tendenzen verknüpfen: Veränderung europäischer Staatlichkeit, hegemoniale Projekte der Integration, Geschlechterpolitik, Steuerharmonisierung, trans-

ationale Klassen und europäisches Regieren, Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas, Dynamik des sozialdemokratischen Neoliberalismus, EU-Integration und Osterweiterung, Wandel kritischer Integrations-theorien.

Methodologisch wird damit eine Forschungslücke geschlossen, die für die kritische Theorie der europäischen Integration bisher bestand. Denn es liegen durchaus beachtliche Programme und politische Alternativvorschläge für die Gestaltung und Veränderung der Europäischen Union bzw. der europäischen Politik vor, aber es gibt nur wenige und zumeist auch nur fachbezogene Untersuchungen, die sich diesem Thema mit komplexer analytischer Zielsetzung widmen und dabei grundlegend gesellschafts- und politiktheoretisch orientiert sind. Diese Studien liefern also erst die theoretisch-analytischen Grundlagen für Programme, die den aktuellen Weg der funktionalistischen und neoliberal-marktfetischistischen Europäisierung in Frage stellen und „ein anderes Europa“ anstreben: sie stellen das kritische Europaprojekt vom (utopischen) Kopf auf die (materiellen und ideellen) Füße, ohne gleich dem vorherrschenden und letztlich resignativen „Realismus“ der regierenden Europapolitik zu verfallen.

Im Rahmen dieses Beitrags möchte ich drei Aspekte hervorheben, die der hier angewandte Ansatz besonders interessant und weiterführend bearbeitet: 1. die Frage nach dem „historischen Block“ aus sozialen Klassen, politischen Gruppierungen, sozialen Gruppen, Kapitalfraktionen und sozialökonomischen Segmenten in der europäi-

schen Gesellschaft, der das dominante Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion trägt; 2. die Rolle der entsprechend handelnden und argumentierenden herrschenden Klasse in ihrer transnationalen Ausprägung, am Beispiel des European Round Table of Industrialists (ERT) und 3. die Probleme einer EU-Osterweiterung unter den von globaler Wettbewerbsfähigkeit und interner Kapitalisierung (nahezu) aller Lebensbereiche selbstgesetzten Bedingungen.

1. Der „historische Block“ der Wirtschafts- und Währungsunion Europas

Die Thematik wird in mehreren Darstellungen dieses Buches aufgegriffen; Stephen Gill bringt sie in einer Anmerkung auf den Punkt. Danach sind vor allem die Interessen der großen Finanzhäuser und Unternehmen, der Regierungsbürokratien und der EU-Organisationen sowie der deutschen und der französischen Regierung, die hierbei entscheidend wirken. Zu dem umfassenden historischen Block, der mit den mächtigen Kapitalgesellschaften in Verbindung zu sehen ist, gehören weiterhin viele andere Interessen und Identitäten, z. B. privilegierte Beschäftigte, Akademiker, kleine Geschäftsleute, aber auch internationale und nationale Firmen im Rechnungswesen, in der Rechts- und Unternehmensberatung, der Werbung, der Öffentlichkeitsarbeit, der Computertechnik und dem Aktienhandel; zusätzlich zählen dazu Unternehmer im Bildungsbereich, Architekten, Stadtplaner, Designer und Top-Sport-Stars als Vermarkter von Unternehmensinteressen. Der Block wird nach Gills Einschätzung von den größten und international mobilsten transnationalen Konzernen dominiert, umfasst

aber gleichzeitig die allgemeinen Interessen von Kapital und Arbeit sowie Elemente des Staatsapparates.

Mit dieser Macht- und Herrschaftsanalyse grenzt sich der neogramscianische Ansatz deutlich von den flachen pluralistischen Politiktheorien ab, die Europa als eine Vielheit konstruieren, in der fast alle sozialen und ökonomischen Gruppierungen eine gleichberechtigte Rolle spielen und am gesellschaftlichen Geschehen in gleichem Ausmaß partizipieren. Zugleich wird eine markante Trennungslinie gezogen gegenüber dominant ökonomischen Analysen von Sozial- und Klassenstruktur, die sich mit Hilfe von scheinbar rein objektiven Kriterien komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen widmen und dabei die seit Max Weber einfach nicht mehr zu übersehenden subjektiven und mentalen Verkettungen von Strukturen und Tendenzen weitgehend ignorieren.

Diese Methodologie ermöglicht eine tiefergehende Betrachtung von Globalisierung und Europäisierung der bedeutendsten sozialen Sphären. Sie kulminiert in der Feststellung, daß sowohl die eurokapitalistische Regulation als auch die transnationale Globalisierung keine ehernen Gesetze darstellen, sondern von präzise bestimmbar Gruppierungen dominiert und vorangetrieben werden, die sich innerhalb des entsprechenden historischen Blocks eine ausreichende Basis für ihre spezifischen Interessen und Strategien sichern können (vgl. auch Röttger 1997). Für die EU wird dieser Zusammenhang am Beispiel der sog. Stabilitätskriterien deutlich gemacht, deren Träger und Nutznießer ganz offensichtlich die genannten Gruppen

und Segmente bilden; in der globalen politischen Ökonomie setzt sich die Spitze des Machtkartells aus den Eliten der G-7-Staaten und den Kapitalfraktionen der stärksten Sektoren des internationalen Investments, der Produktion, des Finanzsektors sowie der virtuellen Akkumulation zusammen, wobei die USA politisch und ökonomisch eine herausragende Funktion innehaben.

2. Die Rolle des European Round Table of Industrialists (ERT) als Beispiel für transnationale Klassenverhältnisse im europäischen Kontext

Das Verfahren der Synthese eines Machtblocks impliziert stets das Herausfiltern eines „harten Kerns“ im Zentrum; dieser kann am ERT, einem 1983 in Brüssel gegründeten und dort bis heute ansässigen politisch-lobbyistischen Verbund von 45 der größten und am stärksten transnationalisierten Industriekonzerne Europas, verortet werden. Der ERT hat im Lauf der Jahre ein transnationales Eliten-Netzwerk entwickelt und verfügt über direkte Einflussmöglichkeiten auf die EU-Kommission, den Europäischen Rat und die Brüsseler Organe und Politiken; er stößt genau in diejenigen offenen Räume, welche die EU-Institutionen einem gezielten Konzernlobbyismus anbieten (König 1999). Er hat schrittweise den Weg der großen europäischen Unternehmen und der europäischen Politik von einem europäischen Protektionismus zum neoliberalen Globalismus mitgetragen und gefördert und bildet spätestens seit der Zustimmung zur Währungsunion eine der entscheidenden Säulen für die Politik der Deregulierung, der Arbeitsmarktflexibilität, der Verkleinerung des öffentlichen Sektors durch Privatisierung,

also für jene Sozialökonomie, die auch als „disziplinierender Neoliberalismus“ definiert werden kann, d. h. eine Wirtschaftspolitik, die nur noch dann positive materielle und ideelle Sanktionen erteilt, wenn diese Maximen befolgt werden. Im System der EU kann dieser Prozess einer politisch-ökonomischen Durchsetzung von oben an der Kontroverse zwischen der siegreichen Strategie „Wettbewerbsfähigkeit“ und den gescheiterten Versuchen einer europäischen Sozialunion oder wenigstens Sozialpolitik anschaulich gemacht werden. Spätestens seit 1993 hat sich auch in den offiziellen Dokumenten der EU die Freiheit der Märkte und des Kapitals durchgesetzt, während die Mobilität der Arbeitskräfte dahinter deutlich zurückbleiben muss. Eine Besonderheit des ERT sieht einer der Autoren darin, dass hier – in verständlichem Rückbezug auf die europäischen Strukturen – durchaus noch Elemente einer europäischen Ordnungspolitik, im Sinne eines „rheinischen Kapitalismus“, vorgebracht werden, die eher den Interessen des industriellen Kapitals als der Finanzunternehmen nahekommen, weil in der Industrie reale gesellschaftliche Beziehungen eine größere Bedeutung behalten als in virtuellen oder rein monetären Sektoren.

Eine Systematik, die den ERT mit europäischen Klassenverhältnissen gleichsetzt bzw. diesen als eine herrschende Klasse ansieht – und dieser Eindruck entsteht im Text – muss kritisch hinterfragt werden. Denn es werden weder deutliche Kriterien für eine Klassenanalyse benannt, noch wird eine europäisch-transnationale Klasse in ihrer Zusammensetzung oder ihrer Genese beschrieben. Der ERT könnte evtl. als ein

Sinnbild für eine bestimmte, aber auch in manchen Zügen nur partielle Klassenpolitik begriffen werden, die sich im Europa der EU spezifisch abzeichnet. So gesehen ist hier noch einiges vom eigenen Anspruch her zu erbringen, und es ist keineswegs sicher, ob es gelingen wird. In diesem Punkt wird das Vorgehen den Vorgaben einer gramscianischen Komplexität nicht gerecht.

3. Problematik der EU-Osterweiterung

Bei der Lektüre der ursprünglichen Idee eines Vereinigten Europa, wie sie aus den europäischen Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus und teilweise aus den Konzentrationslagern hervorgegangen ist – d. h. einer Idee, die nach 1945 direkt auf einen europäischen Bundesstaat abzielte und die Rekonstituierung der Nationalstaaten verhindern wollte, weil diese im 20. Jahrhundert zwei Mal (1914 und 1933/39) grundsätzlich versagt und ihre Existenzberechtigung verloren hatten – kann die Struktur und Genese der überaus zähen, widersprüchlichen, wirtschaftlich dominierten und kaum demokratisch beeinflussten Entwicklung der europäischen Einigung eigentlich nur als Realität gewordene Negativvision gelesen werden, die sich die klassischen Föderalisten so niemals vorgestellt hatten (Niess 2001).

Eine Steigerung dieses Szenarios des Negativen scheint aber nicht ausgeschlossen. Das zeigt zumindest die auch für Geographinnen und Geographen höchst interessante Betrachtung der Probleme einer Osterweiterung unter den Bedingungen der EU-Gegenwart. Nach Ansicht von D. Bohle steht diese unter dem Vorzeichen, sie nur

dann zuzulassen, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums der EU in der Triade, d. h. auf dem Weltmarkt stärkt. Demgemäß geht es hier offenbar um eine sehr selektive Einbindung von Sektoren der osteuropäischen Wirtschaft und Kultur, die insgesamt einen gleichberechtigten Marktzugang ebenso verhindert wie angemessene Übergangsfristen oder Transferleistungen; das bedeutet, dass die osteuropäischen Regionen erneut in eine Situation geführt werden, in der sie im 19. und 20. Jahrhundert schon immer waren: in die Peripherisierung. Diese unterminiert langfristig die gesamteuropäische Stabilität im Sinne einer Friedensperspektive und verschlechtert die Chancen für eine gleichberechtigte Einigung der Staaten oder Regionen Europas.

Im Zusammenhang mit der bereits über Westeuropa geführten geopolitischen Debatte über ein „Kerneuropa“ innerhalb der EU-15 müsste dann bezüglich Osteuropa die Frage gestellt werden, ob hier nicht tatsächlich eine Mitgliedschaft zweiter Klasse projiziert wird, die von Anfang an aus den wesentlichen Integrationsbereichen ausgeschlossen bleibt. Wenn dann noch zusätzlich betont wird, dass Deutschland für die Erweiterung eine besonders hohe Verantwortung hat (Kühnhardt/Pöttering 1998), kann auch die Frage nach einer erneuten Kolonialisierung unter großmachtchauvinistischen Axiomen aufgeworfen werden. Eine Lehre des abgelaufenen Jahrhunderts müsste für alle Europäer sein, dass gerade diese Großmacht „in der Mitte Europas“ in Osteuropa verheerend gewirkt hat und sich hier größte Zurückhaltung geziemen würde.

Als Fazit der hier vorgelegten kritischen Studien zur Integration Europas kann angenommen werden, dass sie vom theoretischen Niveau und der Erklärungskraft für die politische Ökonomie des aktuellen Europa im Zeichen des Neoliberalismus den funktionalistischen und institutionalistischen Ansätzen überlegen sind. Es bleiben aber Defizite bei der Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge und bei der Berücksichtigung kultureller Phänomene, die weithin unterschätzt werden, für die europäische Entwicklung aber eine zunehmende Bedeutung bekommen. Einen möglichen Rahmen dafür könnte das Konzept einer Union europäischer Staaten bilden, das von den Widersprüchen Selbstorganisation versus Politik, Wettbewerb versus Gerechtigkeit sowie Macht- versus Werteliten (Schwengel 1999) durchsetzt ist; das ist zwar ein anderes Thema, aber es könnte mit einem kulturell erweiterten und erst

dann gesamtgesellschaftlichen Ansatz in der Tradition Gramscis kompatibel sein.

Literatur

- König, J.-G. 1999: Alle Macht den Konzernen. Das neue Europa im Griff der Lobbyisten. Reinbek.
- Kühnhardt, L., H.-G. Pöttering 1998: Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen. Osnabrück.
- Niess, F. 2001: Die europäische Idee – aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt/Main.
- Röttger, B. 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster.
- Schwengel, H. 1999: Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft. Berlin.

Heinz Arnold

Zeitschriftenrevue

Berichte zur deutschen Landeskunde

ISSN 0005-9099

74. Band, Heft 1, 2000

Marc Höhmann: Raumbezogene Konfliktforschung auf der lokalen Ebene – Das Beispiel Flächenrecycling in Köln. S. 11-29.

Paul Reuber: Macht und Raum – Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gebietsreformen. S. 31-54.

Günter Wolkersdorfer: Raumbezogene Konflikte und die Konstruktion von Identität – die Umsiedlung des sorbischen Dorfes Horno. S. 55-74.

Dirk Ducar, Günter Heinritz: Zur räumlichen Organisation politischer Parteien in Deutschland. S. 75-82.

74. Band, Heft 2, 2000

Harald Bathelt: Räumliche Produktions- und Marktbeziehungen zwischen Globalisierung und Regionalisierung – Konzeptioneller Überblick und ausgewählte Beispiele. S. 97-124.

Sabine Hafner: Chancen und Grenzen einer netzwerkorientierten regionalen Strukturpolitik. Das Beispiel der Schloss- und Beschlagindustrie im Kreis Mettmann (Nordrhein-Westfalen). S. 125-148.

74. Band, Heft 3, 2000

Klaus Fehn: Kulturlandschaftspflege als Beitrag zu einer nachhaltigen Regional-

entwicklung in unterschiedlichen Landschaftstypen – Tagungsbericht – S. 193-195.

Dietrich Denecke: Geographische Kulturlandschaftsforschung – für eine Kulturlandschaftspflege bezogen auf unterschiedliche Landschaftsräume. S.197-219.

Winfried Schenk: Zum nachhaltigen Umgang mit räumlichen kulturhistorischen Werten in der bundesdeutschen Planung. S. 221-235.

Ulrike Grabski-Kieron, Ortwin Peithmann: Kulturlandschaftspflege als Beitrag zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Regionen mit agrarischer Intensivnutzung. S. 237-248.

Heinz Quasten, Jan Manuel Wagner: Kulturlandschaftspflege in altindustrialisierten Räumen. S. 249-282.

Andreas Dix: Beiträge der Geographie zur Kulturlandschaftspflege. Ein Überblick zur aktuellen Situation in Deutschland. S. 283-302.

Cartographica Helvetica

ISSN 1015-8480

23, 2001

Henk A. M. van der Heijden: Heinrich Büntings Itinerarium Sacrae Scripturae, 1581. S. 5-14.

Martin Brunold: Das Astrolabium. S. 19-25.

Irma Nosedá: Die grosse Landnahme zu Lasten der Gewässer im 19. Jahrhundert: am Beispiel der Linth-Korrektion. S. 27-34.

Daniel Speich: Das Planarchiv der Eidgenössischen Linthkommission. S. 35-38.

Cornelsen Aktuelle Landkarte

8/2000

Ulrich Theißen: Binnenschifffahrt in Mitteleuropa.

9/2000

Peter Fischer, Beate Zuschlag: Kanada – zweitgrößtes Land der Erde.

10/2000

Hans-Peter Konopka: Simbabwe – Niedergang eines afrikanischen Hoffnungsträgers.

2/2001

Peter Fischer: Erdöl: Rohstoff nur für Reiche?

3/2001

Gerhard Popp: Tourismus in Asien.

Erdkunde

ISSN 0014-0015

2000, Bd.54/3

Günter Mertins, Jan Marco Müller: Die Verlagerung hochrangiger Dienstleistungen aus der Innenstadt von Bogotá/Kolumbien: Etappen – Parameter – Auswirkungen. S. 189-197.

Ulrich Jürgens, Martin Gnad: Gated Communities in Südafrika – Untersuchungen im Großraum Johannesburg. S. 198-207.

Axel Priebs: Die Kopenhagener Ørestad und die Hamburger HafenCity – Chancen und Risiken marktorientierter Ansätze bei städtebaulichen Großvorhaben. S. 208-220.

Rainer Wehrhahn: Zur Peripherie postmoderner Metropolen: Periurbanisierung, Fragmentierung und Polarisierung, untersucht am Beispiel Madrid. S. 221-237.

Paul Gans: Approaches explaining regional differences in fertility decline in India. S. 238-249.

Andreas Heigl, Joachim Schwarz: Transmigration – Eine Mobilitätsstudie in einer Herkunftsregion. S. 250-262.

Valeri Goldberg, Christian Bernhofer: Ein Konzept zur Regionalisierung des Klimas komplexer Mittelgebirgslandschaften, veranschaulicht am Beispiel des Ost-erzgebirges. S. 263-270.

2000, Bd. 54/4

David N. Livingstone: Making space for science. S. 285-296.

Derek Gregory: Culture of travel and spatial formations of knowledge. S. 297-319.

Michael Heffernann: Mars and Minerva: centres of geographical calculation in an age of total war. S. 320-333.

Edward J. Malecki: Knowledge and regional competitiveness. S. 334-351.

Peter Meusburger: The spatial concentration of knowledge. Some theoretical considerations. S. 352-364.

May Stumböck: Natürliche und anthropogene Veränderungen von Vegetation und

- Relief in den Zentralalpen im Spätglazial und Holozän. Eine Fallstudie aus dem Südtiroler Schnalstal. S. 365-375.
- 2001, Bd. 55/1
- Kuno Priesnitz, Ekkehard Schunke: Zur fluvialen Morphodynamik bei Schneeschmelz- und bei Pluvialabfluss in kleinen periglazialen Flussgebieten NW-Kanadas. S. 1-20.
- Bernhard Eitel, Joachim Eberle: Kastanozems in the Otjiwarongo Region (Namibia): pedogenesis, associated soils, evidence for landscape degradation. S. 21-31.
- Hans-Peter Niller: Wandel prähistorischer Landschaften. Kolluvien, Auenlehme und Böden: Archive zur Rekonstruktion vorgeschichtlicher anthropogener Landschaftsveränderungen im Lößgebiet bei Regensburg. S. 32-48.
- Edward Derbyshire, Monique Fort, Lewis A. Owen: Geomorphological hazards along the Karakoram Highway: Khunjerab Pass to the Gigit River, northernmost Pakistan. S. 49-71.
- Kenneth Hewitt: Catastrophic rockslides and the geomorphology of the Hunza and Gigit River Valleys, Karakoram Himalaya. S. 72-93.
- Europa Regional**
ISSN 0943-7142
8. Jahrgang, 02/00
- Annegret Haase, Irina Hudseljak: Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft – dargestellt am Beispiel der Grenzregion zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw. S. 2-18.
- Bernhard Köppen: Auswirkungen des Einkaufstourismus im nordböhmischen Grenzraum. Beispiele zu Sonderformen des tertiären Sektors. S. 19-31.
- Wilfried Heller: Zur sozioökonomischen Transformation im ländlichen Raum Rumäniens. Arbeitsmarkt und Beschäftigungssituation sowie Lebensstandard und Einkommensverhältnisse aus Sicht von Institutionen und anderen Akteuren unterschiedlicher räumlicher Ebene. S. 32-41.
- József Benedek: Sozialer Wandel im ländlichen Raum Rumäniens. S. 42-54.
8. Jahrgang, 03-04/00
- Herbert Kalthoff, Eckehard F. Rosenbaum: Wirtschaftswissenschaftliche Transformationsforschung: Stand, Probleme und Perspektiven. S. 6-12.
- Heinz Fassmann: Zum Stand der Transformationsforschung in der Geographie. S. 13-19.
- Thomas Ott: Angleichung, nachholende Modernisierung oder eigener Weg? Beiträge der Modernisierungstheorie zur geographischen Transformationsforschung. S. 20-27.
- Hans-Joachim Bürkner: Globalisierung, gesellschaftliche Transformation und regionale Entwicklungspfade in Ostmitteleuropa. S. 28-34.
- Helmut Klüter: Räumliche Aspekte von Transformationsproblemen aus systemtheoretischer Perspektive. S. 35-51.
- Karl-Dieter Keim: Statement zur Plenumsdiskussion Perspektiven zukünftiger Transformationsforschung. S. 52-53.
- Horst Förster: Transformationsforschung:

Stand und Perspektiven. S. 54-59.

Jörg Stadelbauer: Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung. S. 60-71.

Geographica Helvetica

ISSN 0016-7312

Heft 2, 2000

Jürgen Hasse, Sabine Malecek: Postmodernismus und Poststrukturalismus in der Geographie. Einleitung zum Themenheft. S. 103- 107.

Wolfgang Zierhofer: A priori ohne Apriori. A-moderne, Sprachpragmatik und Geographie. S. 108- 118.

Jürgen Strassel: Der Garten als Mythos. S. 119-129.

Sybille Bauriedl u.a.: Verkörperte Räume – „verräumte“ Körper. Zu einem feministisch-poststrukturalistischen Verständnis der Wechselwirkungen von Körper und Raum. S. 130- 137.

Karin Kutschinske, Verena Meier: „... sich diesen Raum zu nehmen und sich freizulaufen ...“. Angst-Räume als Ausdruck von Geschlechterkonstruktion. S. 138-145.

Heft 3, 2000

Eckart Ehlers: Geographie in der Welt von heute – Möglichkeiten und Grenzen eines integrativen Faches. S. 153-162.

Andrew S. Goudie: The Integration of Physical Geography. S. 163-168.

Thomas Mosimann: Angewandte Landschaftsökologie: Der Weg von der Forschung in die Praxis. S. 169-183.

René L. Frey: Privatisierung der Infrastruktur und Raumordnungspolitik. S. 184-192.

Markus Gmünder, Nathalie Grillon, Kuno Bucher: Gated Communities: Ein Vergleich privatisierter Wohnsiedlungen in Südkalifornien. S. 193-203.

Sibylle Reinfried: Geographieunterricht in Schweizer Gymnasien nach der Maturitätsreform – Eine Analyse der neuen Geographiepläne. S. 204-218.

Heft 4, 2000

Rainer Volman: Suburbanes Wachstum von Bevölkerung und Beschäftigung als Weg zur dezentralen Mischung von Wohnen und Arbeiten? – Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Nordwestschweiz. S. 225-237.

Philippe Wanner: L'organisation spatiale de la fécondité dans les agglomérations. Le cas de la Suisse, 1989-1992. S. 238-250.

Joris Ernest Van Wezemaal, André Odermatt: Verändert die Marktmiete die residenzielle Segregation? Die Marktmiete aus sozial- und wirtschaftsgeographischer Sicht. S. 251-261.

Karim Mouzoune: Les pratiques spatiales des requérants d'asile dans les abris de la protection civile de Genève. S. 262-268.

Corina Zuber: Kriminalität in Basel – Tatorte und Tatzeiten vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Desorganisationserscheinungen. S. 269-279.

Berard Huber: Ulisse Guinand (1810-1885), un géographe suisse romand influent jadis, oublié aujourd'hui. S. 280-287.

geographie heute

ISSN 0721-8400

Heft 184, Oktober 2000

Werner Klohn: America is back! Die Wirtschaft der USA zu Beginn des neuen Jahrtausends. S. 2-7.

Joachim Eisleb: Die „Mall of America“. Das größte amerikanische Konsumzentrum. S. 8-11.

Werner Klohn: Die US-Zuckerwirtschaft. Neuere Entwicklungen im Zuckerrüben- und Zuckerrohranbau. S. 12-15.

Tammo Rock: Die Tourismusindustrie. Exportschlager der USA. S. 16-19.

Hans-Christoph Ertel: Hauptsache, die Aircondition läuft. Die Energiewirtschaft der USA. S. 20-23.

Rudolf Juchelka: Deutsche Autos made in USA. Das Beispiel BMW. S. 24-28.

Heft 185, November 2000

Ulrike-Petra Neumann-Mayer: Bilder im Erdkundeunterricht. S. 2-7.

Frank Schmidt: Einstiegsbilder. Abbild der Wirklichkeit oder Motivation für die Schüler? S. 8-9.

Johann-Bernhard Haversath: Bilder in Reiseprospekten. Griechenland in vier Aufnahmen. S. 10-13.

Wolfgang Fraedrich: Vom Internetbild zum eigenen Transparent. Tipps und Tricks. S. 14-15.

Christine Wenzel: Fotos in Schulbüchern. Ein Interview mit Jens Fischer, verantwortlich für die Fotoauswahl für Schulbücher bei Klett-Perthes. S. 16.

Ulrike-Petra Neumann-Mayer: Dias und Transparentbilder. Tipps und Tricks zum Einsatz im Unterricht. S. 17.

Hartwig Haubrich: Tafelbilder. Erlernen einer „alten Kunst“. S.18-19.

Armin Dunz, Frank Wagner: Einfach digital! Präsentation von Bildern mithilfe eines Beamers. S. 20-22.

Joachim Krüger: Unterrichtsgeeignete Landschaftsbilder. Foto oder Modell? S. 23-26.

Joachim Krüger: Vom Foto über die Zeichnung zum Modell. Ein grafisches Experiment am Beispiel des Wutach-Überlaufs. S. 27-29.

Uwe Bremse: Vom Schnappschuss zum geographischen Foto. Gekonnt für den Erdkundeunterricht fotografieren. S. 30-33.

Ulrike-Petra Neumann-Mayer: Schüler zeichnen. Eigene Bilder helfen geographische Sachverhalte zu erschließen. S. 34-35.

Ulrike-Petra Neumann-Mayer: Collagen und Fotomontagen. Schüler entwickeln neue Bilder. S. 36-37.

Gertrud Wolf, Petra Sauerborn: Neue Bilder machen Schule. Eine digitale Fotowanderung. S. 38-41.

Heft 186, Dezember 2000

Jürgen Bünstorf: Lateinamerika. Kontinent der Städte. S. 2-7.

Birgitta Huse: Kinderarbeit bei den Maya-Indianern. Modernisierung als Chance und Problem. S. 8-11.

Ursula Kersting: Die Bolivienkiste. Begegnung mit Kindern in den Anden. S. 12-16.

Dieter Allkämper: 500 Jahre Cerro Rico. Was bleibt vom Rohstoffreichtum? S. 17-21.

Dorit Siemers: Exportzonen in Zentralamerika. Ein Weg zur Industrialisierung?

- S. 22-25.
Mark Oliver Koert: Lateinamerika im Reisekatalog. Ausgewogene Informationsvermittlung oder einseitige Darstellung? S. 26-29.
Eberhard Kroß: Raumerschließung in Brasilien. Sechs Strukturskizzen. S. 30-33.
Christine Moder, Claudio Moser: Landkonflikte in Brasilien. Die Arbeit der Landlosenbewegung MST. S. 34-37.
Martina Fuchs: Vom „Käfer“ zum „New Beetle“. Industrieentwicklung in Mexico. S. 38-41.
Helge-Siiri Beyer: Lateinamerika online. S. 42.
Eberhard Kroß: Zucker fürs Auto. Das Schicksal des brasilianischen Alkoholprogramms. S. 43.
- Heft 187, Januar 2001
Gerhard Meier-Hilbert: Nutzpflanzen. S. 2-7.
Gerhard Meier-Hilbert: Medientipps zum Thema „Nutzpflanzen“. S. 8-9.
Lernkartei. S.10-43.
Roland Wachter: Geographische Namen. S. 44.
Olivier Mentz: Fremdsprachiges Sachlernen als Alternative zum „bilingualen“ Erdkundeunterricht. S. 45.
Heinz Gödde: Korea. Erste Schritte zur Wiedervereinigung? S. 46-49.
- Heft 188, März 2001
Johann-Bernhard Haversath: Die Türkei. Nah und fern zugleich. S. 2-7.
Petra Sauerborn, Gertrud Wolf: Die Türkei kennen lernen. Eine Unterrichtsreise für die Grundschule. S. 8-11.
Lothar Rother: Die Automobilindustrie. Eine Säule der türkischen Wirtschaft. S. 12-16.
Ulrike-Petra Neumann-Mayer: Das Klima der Türkei. Nicht nur sonnig und warm. S. 17-19.
Uwe Marth, Zafer Tuncay: Osmans Traum. Vom Geçekondu zur Luxusvilla. S. 20-23.
Christian Ernst, Ulrike Ernst: Lösung in Sicht? Türkisch-griechische Konflikte in der Ägäis und auf Zypern. S. 24-27.
Hans Georg Oberweger: Tourismus in der Türkei. Goldgräberstimmung im östlichen Mittelmeer. S. 28-31.
Gerhard Voigt: Konya. Die „andere“ Stadt. S. 32-35.
Thomas Hoffmann: Wassermacht Türkei. Beschert der Wasserreichtum der Türkei im 21. Jahrhundert die regionale Vormachtstellung? S. 36-41.
Gerhard Voigt: Studienfahrten und Schüleraustausch. Tipps und Erfahrungen. S. 42-43.
- Heft 189, April 2001
Wilhelm Pleiner: Zukunftsperspektiven des europäischen Verkehrs. Entwicklungstendenzen und Prognosen bis 2020. S. 2-7.
Reinhard de Boer: Das Wasserstraßenkreuz Magdeburg. Kernstück des Verkehrsprojektes Nr. 17 Deutsche Einheit. S. 8-11.
Wilhelm Pleiner: Neue Wege zwischen Dänemark und Schweden. Die „festen Verbindungen“ über den Großen Belt und den Öresund. S. 12-15.
Harald Dittl: LKWs im Huckepack. Kann der kombinierte Verkehr (LKW – Güterzug) die Straßen entlasten? S. 16-20.
Sabine Siefert: 14 vorrangige Verkehrs-

projekte der EU. Das Verkehrskonzept der EU bis 2010. S. 21-23.
Volker Huntemann: TGV – ICE – Eurostar – Thalys. Eisenbahnschnellverbindungen

in Europa. S. 30-33.
Friedrich Eigler: Der Kanaltunnel. Ein Jahrhundertbauwerk bringt Großbritannien dem Kontinent näher. S. 34-39.